

FOCUS ASIEN

Schriftenreihe des Asienhauses Essen

Dokumentation

**Asien und Europa:
Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?**

Tagung 31.10. - 2.11.1997 in Soest

Dr. Klaus Fritsche/Simone Königer (Hrsg.)

Asienhaus Essen



Die Meinungen, die in den vom Asienhaus herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Gemeindefinanzierungsgesetzes der Stadt Essen gefördert.

© 2001 by Asien-Stiftung, Essen

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht, jedoch nur nur Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Asien-Stiftung für das Asienhaus Essen, Bullmannaue 11, 45327 Essen

Telefon: 0201-8303838; Fax: 0201-8303830; e-mail: asienstiftung@asienhaus.de

Homepage: <http://www.asienhaus.de>

ISSN 1435-0459

ISBN 3-933341-10-8

Inhalt

Einleitung	3
Bernd Basting „Asien und Europa: Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?“ – Ein Tagungsbericht	5
Roshan Dhunjibhoy Urteile und Vorurteile – Stereotypen in der gegenseitigen Wahrnehmung.....	9
Thomas Heberer Deutsche Asienbilder: Probleme der Wahrnehmung.....	15
Titi Soentoro Nachhaltige Entwicklung in Indonesien – Anspruch und Wirklichkeit.....	21
Wolfgang Jung Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – mehr als symbolische Politik?	39
Eva Schwinghammer Die europäisch-asiatischen Beziehungen: Geht es nur um Märkte?	49
Mee-Hae Kong Der Status von Frauen und deren Befreiung in der Republik Korea: Neue Überlegungen.....	56
Ulrike Hiller Frauenrolle im Wandel – Frauenleben in Europa	72
Jomo K.S. (mit Mohama Aslam) Globalisierung: Gewinner und Verlierer	81
Walden Bello Die Beziehungen zwischen Asien und Europa unter dem Aspekt der Finanzkrise Südostasiens.....	95
Vorstellung der Referentinnen und Referenten.....	105
Veröffentlichungen aus dem Asienhaus.....	107

Einleitung

„Europa und Asien – Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?“. Unter diesem Titel stand die vom Asienhaus Essen in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung vom 31. Oktober – 2. November 1997 in Soest veranstaltete Tagung. Ziel war es, unterschiedliche und gemeinsame Entwicklungen in verschiedenen Politikfeldern herauszuarbeiten, um auf dieser Grundlage Ansätze für gemeinsame Haltungen gegenüber den globalen Herausforderungen zu diskutieren.

In Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen diskutierten Referentinnen und Referenten aus Asien und Deutschland über

- „Urteile und Vorurteile“ – Stereotypen in gegenseitigen Wahrnehmungen (Roshan Dhunjibhoy, Pakistan, und Prof. Thomas Heberer, Trier)
- Gewinner und Verlierer der Globalisierung (Prof. Jomo K. S., Malaysia und Werner Oesterheld, Düsseldorf)
- Chancen für „nachhaltige Entwicklung“ (Titi Soentoro, Indonesien, und Wolfgang Jung, Wuppertal)
- Änderungen und Konstanten in der gesellschaftlichen Rolle der Frauen (Prof. Mee-Hae Kong, Südkorea, und Ulrike Hiller, Syke)
- Stand und Entwicklung der europäisch-asiatischen Beziehungen (Prof. Walden Bello, Thailand/Philippinen, und Dr. Eva Schwinghammer, Passau)

Natürlich blieb die Tagung nicht vor der Finanzkrise in Südost- und Ostasien unberührt. Schien das „Wirtschaftswunder Asien“ zum Zeitpunkt der Tagungsplanung noch unerschütterlich auf Wachstumskurs, war im Oktober der „Crash“ unübersehbar geworden. Angesichts der Tatsache, daß mit Jomo K.S. und Walden Bello zwei profilierte Beobachter asiatischer Wirtschaftsentwicklung in Soest anwesend waren, sorgte eine Plenumsdiskussion zur „Krise in Asien“ mit Beiträgen dieser Referenten für zusätzliche Spannung.

Mit der vorliegenden Publikation machen wir die Tagungsbeiträge der Öffentlichkeit zugänglich. Sie gibt einerseits einen guten Einblick in die auf der Tagung behandelten Themen und verdeutlicht andererseits gleichzeitig, daß es große Anstrengungen auf europäischer wie asiatischer Seite bedarf, um auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses gemeinsame politische Perspektiven zu entwickeln. Wir hoffen, mit unserer Tagung einen Beitrag dazu geleistet zu haben.

An dieser Stelle ist auch den Kooperationspartnern zu danken, die Tagung wie Dokumentation mitgetragen und durch ihre Unterstützung erst möglich gemacht haben: der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Arbeitskreis Entwicklungspolitik Vlotho, der Asien-AG der Stiftung Umverteilen und der Carl Duisberg Gesellschaft, die Förderung aus Mitteln der Staatskanzlei NRW gewährte.

Abschließend noch ein Wort in eigener Sache. Diese Tagungsdokumentation erscheint als erste Ausgabe der neuen Publikation „Focus Asien – Schriftenreihe des Asienhauses“. In dieser Reihe sollen zukünftig Analysen und Berichte publiziert werden, die Entwicklungen in Asien und den europäisch-asiatischen Beziehungen zum Gegenstand haben. Als Leitgedanke dieser Schriftenreihe kann dabei das von der alternativen NRO-ASEM Konferenz 1996 in Bangkok formulierte Ziel gelten, „alternative Visionen zu fördern, bei denen die Menschen im Mittelpunkt stehen, die sozial und ökonomisch gerecht, ökologisch zukunftsfähig und politisch partizipatorisch sind, und die die Menschenrechte achten“.

Klaus Fritsche, im Dezember 1997

Bernd Basting

„Asien und Europa: Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?“

Ein Tagungsbericht

Das Asienhaus Essen (im Verein mit der Heinrich-Böll-Stiftung) hatte vom 31.10. – 2.11.'97 in das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung ins westfälische Soest eingeladen, um eine große Tagung abzuhalten mit dem Titel „Asien und Europa: Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?“

Es war gelungen, die erste Garnitur deutscher und vor allem asiatischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler bzw. NRO-Vertreter zu Teilnahme und Vortrag zu gewinnen: Prof. Walden Bello, von der Universität Manila, der überdies als Vizedirektor der größten NRO-Netzwerkorganisation im asiatisch-pazifischen Raum fungiert, dem „Focus on the Global South“, Bangkok; Roshan Dhunjibhoy, die viele Jahre als Fernsehreporterin beim WDR gearbeitet hat und heute die Böll-Stiftung im pakistanischen Lahore vertritt; Prof. Jomo K.S., von der Universität Kuala Lumpur in Malaysia; Frau Prof. Mee-Hae Kong, von der Pusan Women's University, Südkorea; Titi Soentoro, die Koordinatorin des indonesischen ‚Bioforum‘; Prof. Thomas Heberer, von der Universität Trier, Prof. Manfred Mols, von der Uni Mainz und Wolfgang Jung, vom Wuppertaler Klimaforschungs-Institut.

Die so personalisierte Kompetenz in Sachen Wirtschaft, Umwelt und Entwicklung in Asien und den asiatisch-europäischen Beziehungen wollte im Vorfeld des geplanten zweiten „ASEM-Gipfels“ (Asia-Europe-Meeting) im April '98 in London die aktuelle Situation der asiatisch-europäischen Beziehungen auf folgende Aspekte hinterfragen:

- Welche Vorurteile gibt es in den gegenseitigen Wahrnehmungen?
- Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer der Globalisierung?
- Welche Chancen gibt es für eine nachhaltige Entwicklung?
- Wie verändert sich die Rolle der Frauen durch die Globalisierung?
- Welche Perspektiven haben die europäisch-asiatischen Beziehungen?

Roshan Dhunjibhoy stellte in dem Eingangsreferat – in gewohnt polemisch-pointierter Manier – die Stereotypen von Asiaten und Europäern in der gegenseitigen Wahrnehmung dar. Asiaten wiesen den Europäern Attribute wie „rassistisch“, „unmoralisch“, „reich und wohlhabend“ und „politisch unlauter“ zu:

„Europäer sind grundsätzlich intolerant gegenüber anderen Kulturen...Ihre politische Unlauterkeit drückt sich z.B. darin aus, daß sie auf der einen Seite Castro als „Diktator“ bezeichnen und wie einen Aussätzigen behandeln, andererseits aber Suharto hofieren, weil er ihnen wirtschaftlich nützt; die Jamat Islami in Pakistan wird als eine fundamentalistische Partei bezeichnet, aber der Sektenprediger Billy Graham wird ersucht, den US-Präsidenten zu beraten.“

Thomas Heberer beleuchtete dann umgekehrt die Klischees der deutschen Wahrnehmung von Asien. Diese seien geprägt von latenten und traditionellen Phobien gegenüber dem fernen Kontinent und seinen Menschen; hatte man früher Ängste vor dem Hunnen- und Mongolensturm, fürchtet man sich heute vor Maoismus und Fundamentalismus und auch – bis zum kürzlichen Börsen-Crash in Asien – vor der dortigen ökonomischen Potenz.

Der Westen wolle als eine „Belehrungskultur“ dem Osten seine, als weit überlegen empfundenen, Wirtschafts- und Politikmodelle aufzwingen. Der Referent plädierte da für einen Haltungswandel: Die Europäer müssten – insbesondere im Zuge des fortschreitenden Globalisierungsprozesses – Asien endlich als einen gleichberechtigten Dialogpartner anerkennen, von dem man auch lernen kann.

Am zweiten Tag verstreuten sich die Teilnehmer zunächst auf vier Arbeitsgruppen, um dann gebannt, mit hohem Wissenszugewinn und intellektuellem Genuß, einer von Manfred Mols moderierten Podiumsdiskussion zwischen den südostasiatischen Gelehrten Jomo K.S. und Walden Bello zu lauschen.

Sie diskutierten Ursachen und Konsequenzen der aktuellen wirtschaftlichen Krise in den vormals wegen ihrer stetigen Wachstumsraten hierzulande bewunderten wie gefürchteten Tigerstaaten. Beide kamen einhellig zu dem Schluß, daß in Südostasien zu wenig in industriell-produktive Sektoren investiert worden sei und statt dessen zuviel in risikoreiche Immobilien- und Finanzspekulationsgeschäfte, zudem noch mit geliehenem Geld aus dem Ausland. Der krisenhafte und strukturdefizitäre Prozeß habe allerdings – in Europa kaum registriert – schon lange vor den Börseneinbrüchen des Sommers begonnen. Den südostasiatischen Volkswirtschaften ermangele es an eigener Potenz zur Produktion höher-wertiger, moderner Technologie und an einer erfolgreichen Umsetzung des wirtschaftlichen Strategiewechsels von der Importsubstitutions- zur Exportorientiertheit. Diese Krise eröffne indes auch neue Chancen, alternative Entwicklungswege zu finden und sich aus der Abhängigkeit von ausländischen Geldern zu lösen. Vielleicht stürzten sogar diktatorische Regime.

Das Kapital müsse künftig wieder stärker in produktive und umweltschonende technologieintensive Branchen fließen, damit ein nachhaltiges Wachstum erreicht werden kann.

Im Hinblick auf die asiatisch-europäischen Beziehungen in einer zunehmend zusammenrückenden Welt formulierte Jomo seinen Eindruck, daß die Menschen in der Konzentration auf die Mehrung ihres Profits und des ökonomischen Fortschritts vergessen hätten, den „Fortschritt des Menschlichen“ zu befördern. Der angeblich inter-zivilisatorische Konflikt zwischen Asiaten und Europäern müsse fortan abgelöst werden durch das gemeinsame Bestreben, eine universelle humane Zivilisation zu gestalten.

Bello forderte, Europa solle in der Menschenrechtsfrage in puncto des brutalen Militärrégimes in Burma und der indonesischen Besetzung Ost-Timors entschiedener Stellung beziehen. In Ost wie in West wäre es vonnöten, die formellen Demokratien in substantielle zu transformieren, welche eine sozial gerechtere Gesellschaft zu schaffen suchten, in der es breiten gesellschaftlichen Gruppen erlaubt sei, mitbestimmend auf den politischen und ökonomischen Prozeß einzuwirken.

Um dies Ziel zu erreichen und zudem die negativen sozialen Effekte der Globalisierung abzumildern, sollten sich europäische und asiatische NRO intensiver als bisher vernetzen und ihre personellen und geistigen Energien bündeln. Der auf das „Ökonomische“ reduzierte Begriff „Globalisierung“ solle positiv erweitert werden um die Intention, die Menschenkinder Asiens und Europas „eins zu machen“.

Am dritten und letzten Konferenztag stand das Vortragen der Arbeitsgruppen-Ergebnisse im Mittelpunkt, die sich wie folgt resümieren lassen:

- Die eigentlichen Gewinner der Globalisierung sind bislang die transnationalen Konzerne, die ihre Profitmöglichkeiten deutlich mehren konnten. Breite Bevölkerungsschichten, in Ost wie West, leiden hingegen unter Sozialabbau, Verlust des Arbeitsplatzes, Absinken der Wohlfahrt und Zerstörung ihrer Umwelt bzw. der Senkung ihrer Lebensqualität;
- In Bezug auf die Formulierung neuer Wirtschaftskonzepte – als Alternative zum Neoliberalismus – herrscht in beiden Weltregionen, auch innerhalb der NRO, bis dato eine weitgehende Hilflosigkeit. Es ist jedoch unabdingbar, solche Konzepte zu entwickeln, damit man global mehr soziale Gerechtigkeit schafft;
- Um die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung auf dem blauen Planeten zu verbessern, muß von NRO-Seite mehr Partizipation in Politik und Wirtschaft erstritten werden. Zudem sollte die asiatisch-europäische NRO-Vernetzung expandiert werden; nicht um ihrer selbst willen, sondern mit der notwendigen Absicht, gemeinsam klare Ziele und Projektstrategien zu erarbeiten;

- Die Rolle der Frauen ist derzeit in Ost wie in West einem Wandel unterworfen. Dabei gibt es Gemeinsamkeiten wie Unterschiede. So scheint beispielsweise eine offene Diskriminierung der Frau in Deutschland und Europa kaum mehr opportun, während sie in Korea noch an der Tagesordnung ist. Und das, obwohl gerade in diesem ost-asiatischen Land eine ausgesprochen aktive Frauenbewegung existiert, wie sich in der akribisch-kritischen Aufarbeitung und Dokumentierung des Zwangsprostitutions-Unwesens während des Zweiten Weltkriegs oder im Kampf gegen die Benachteiligung von Frauen in Familie und Beruf zeigt. Dennoch erscheint die Ohnmacht der progressiven Kräfte in der Frauenbewegung, wie in der internationalen NRO-Szene überhaupt, auf beiden Kontinenten evident und veränderungsbedürftig. Nicht zuletzt sind sie – insbesondere in Asien – deshalb geschwächt, weil es dort eine enge Interessenkonvergenz und Kooperation zwischen Politik, Beamtenschaft und Industrie gibt, die partizipatorische Ansätze kleinzuhalten trachtet. Dem muß durch die Stärkung der Zivilgesellschaften engagiert entgegengewirkt werden;
- Dem asiatisch-europäischen Forum im Oktober in Bangkok gelang es leider nicht, bereits eine große NRO-Gegenkonferenz zum nächsten ASEM-Gipfel (April ,98) vorzubereiten, da es dieselbe aus Mangel an Finanzen wahrscheinlich gar nicht geben wird;
- Die europäisch-asiatischen Beziehungen sollten künftig in größerem Maß als bisher von nicht-ökonomischen Zielen und Inhalten bestimmt werden, wie Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, Verbesserung der Lage von Frauen, Entwicklung von unten und Erhalt der Umwelt.

Roshan Dhunjibhoy

Urteile und Vorurteile - Stereotypen in der gegenseitigen Wahrnehmung

1. Einleitung

Vor ein paar Wochen stattete die Königin von England, Großbritannien und dem Commonwealth Pakistan einen Besuch ab. Wir versuchten sofort, ihrer Majestät zu zeigen, wie gut wir von unseren früheren britischen Lehrmeistern Prunk und Pomp gelernt hatten. Offene Pferdekutschen, 1,80 m große, prächtig uniformierte Leibwächter zu Pferde, Bankette, juwelen-geschmückte Einheimische und Feuerwerke, die wirklich einer Königin würdig waren. Das verleitete einen unserer führenden Politiker dazu, voller Emotion zu verkünden: „Tief im Herzen bin ich immer noch ein Untertan Ihrer Majestät.“

Alte Leute auf der Straße waren umringt von gebannten Zuhörern, als sie erzählten, wie gerecht und diszipliniert es unter der britischen Herrschaft zugegangen war. Nun kamen uns die Geschichten wie Märchen vor: von Polizeibeamten, die keine Schmiergelder annahmen, von unbestechlichen Richtern, und von einer funktionierenden Wasserverteilung für die Bauern aus dem Kanalnetz.

Ein führendes Nachrichtenblatt plädierte sogar (zugestandenermaßen mit einer Spur Sarkasmus): „Oh Allah, gib unserem Land die britische Herrschaft zurück!“

In Asien herrscht bei einem Großteil der Bevölkerung (besonders bei denen der Nachkolonialzeit) die Meinung vor, daß der Westen grundsätzlich reicher, unparteiischer und gerechter sei als die farbigen 'Sahibs', die ihren Platz eingenommen haben. Je mehr wir asiatische Völker im Sumpf der Korruption, wachsender Ungerechtigkeit und finanzieller Misere versinken, um so mehr erscheint die frühere Kolonialzeit in blassem rosigen Schein. Ich muß gestehen, daß ich mich schäme, wenn ich, 50 Jahre nach dem der Union Jack herabgelassen wurde, derartige Äußerungen höre, besonders von den weniger Begüterten der Gesellschaft. Hier enden auch die guten Nachrichten.

Zu Anfang und an vorderster Stelle möchte ich sagen, Haltung und Einstellungen der asiatischen Völker gegenüber dem Westen zu beschreiben, wie ich gebeten wurde, ist fast unmöglich. Asien ist so mannigfaltig und jedes Land hat so unterschiedliche Erfahrungen mit seinen Kolonialherren und den Beziehungen zu ihnen nach der Kolonialzeit gemacht, daß man genau genommen nicht von einer „asiatischen“ Einstellung sprechen kann. Es gibt jedoch ähnliche Entwicklungen, die sich durch schriftliche und gedankliche Äußerungen in Asien belegen lassen. Ich werde versuchen, diese unter folgenden Überschriften zu beschreiben:

Rassismus (Überlegenheitsdenken), wirtschaftliche Ungleichheit, Immoralität, Unehrllichkeit in der Politik und "last but not least", der Islam.

2. Rassismus

In ganz Asien hält die vorherrschende Sichtweise den Westen (d.h. Europa und Amerika) für rassistisch. Das ist nicht so sehr eine Stereotypie, wie es zunächst scheint. Viele asiatische Länder haben ein oder mehrere Jahrhunderte kolonialer Erfahrung mit Europa: mit Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich, Portugal - und im Falle der Philippinen sogar mit Amerika. Diese weißen Mächte waren voll und ganz rassistisch. Sie begründeten ihre Überlegenheit nicht nur auf ihre militärische Macht, sondern vielmehr auf die sogenannte 'Zivilisation' und auf die Tatsache, daß sie zur 'weißen Rasse' gehörten.

Ehrlich gesagt legen aber auch bei uns in Asien sehr viele Menschen Wert auf die 'richtige' Hautfarbe. Die Rubrik 'Heiratsannoncen' in indischen und pakistanischen Zeitungen ist voll von Männern und Frauen, die hellhäutige Partner suchen. Auch wir neigen dazu, auf dunkel-

häutige Menschen herabzuschauen. Ein Erbe der Kolonialzeit? Oder ein noch älteres Erbe unserer arischen Vergangenheit?

Viele von uns wuchsen in Gesellschaften auf, in denen der Unterschied zwischen 'ihnen' (den Weißen) und 'uns' (den Einheimischen) sehr deutlich gemacht wurde. Clubs, Restaurants und selbst einige schulische Einrichtungen waren für Einheimische nicht zugänglich. Der bekannte 'Bund' in Schanghai trug die Aufschrift „Für Hunde und Einheimische verboten“. Natürlich besserte sich das im Laufe der Zeit, aber erst als das in fast ganz Asien zu einem Minderwertigkeitskomplex geführt hatte. Wir glaubten und-um ehrlich zu sein- glauben meist immer noch, daß wir gegenüber dem Westen unterlegen sind.

Tief in seinem Herzen glaubt der Weiße das auch. Nirgends kann das besser demonstriert werden als in Deutschland. In den Medien, wo sich jeder Reporter - ohne jegliche Erfahrungen in Asien - kompetent genug fühlt, über Kultur und Politik dieser Region zu berichten. Auch in der sogenannten 'Entwicklungsländer -Szene' gibt es viele 'Experten', deren Sachkenntnis lediglich auf ein paar Reisen beruht.

Über 500 Jahre lang hat die westliche Zivilisation die Welt dominiert. Globalisierung ist kein Begriff der 90er Jahre. Die kulturelle Globalisierung begann mit der Verbreitung der Bibel und mit dem Kino, als die ganze Welt von New York bis Timbuktu über Charlie Chaplin lachte und die individuellen Phantasien der Kinder durch Mickey Mouse in Einklang gebracht wurden.

Vieles, was uns als wertvoll und erstrebenswert angepriesen wurde, kam aus dem Westen: die Eisenbahn, das Auto, Kühlschrank, Computer, um nur einiges zu nennen.

Sprache, Ansichten, Ideen und der Lebensstil der Weißen schlichen sich in Asien ein, vermischten sich manchmal, und liefen zum Teil mit unseren Begriffen parallel. Dies ergab ein Kulturgemisch, das wir lieben und hassen - weil wir in Wahrheit nicht auf den westlichen Teil verzichten wollen.

Wir haben weitgehend akzeptiert, uns als 'zweitklassig' zu bezeichnen und obgleich im letzten Jahrhundert mehrere kleine Revolutionen gegen die Verwestlichung (Westernisierung) und 'westliche Vergiftung' ins Leben gerufen wurden, liebt die Mehrheit der Asiaten (besonders die städtische Bevölkerung) diesen gemischten Lebensstil und hat ihn weitgehend als **ihren** Lebensstil angenommen.

Sie ziehen Produkte aus dem Westen den einheimischen vor. Sie wollen alle Unterhaltungs- 'Bonbons' wie Kabel, Satellit, TV, Transistor Radios, CD's etc. - und viele dieser Produkte, die ehemals Symbol des Westens waren, werden jetzt im Osten hergestellt.

Wir glauben tatsächlich, daß die Weißen in jeder Hinsicht besser sind als wir. Ihre Erziehung und ihr Unterrichtswesen seien besser, daraus ergibt sich der Andrang auf ausländische Schulen und Universitäten. Ihre Methodenlehre und organisatorischen Fähigkeiten (glauben wir) sind überlegen und das sei der Grund für ihren höheren Lebensstandard.

In einigen asiatischen Gesellschaftssystemen, die dem Kolonialzeitalter folgten, praktizieren wir sogar eine Art umgekehrten Rassismus, wo Weiße mit größerer Rücksichtnahme behandelt werden als die eigenen Leute. Sie sind in unserer Vorstellung immer noch 'Sahibs', die obwohl es sie schon seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr gibt - immer noch die unsichtbaren Herren unseres Denkens sind.

Die Rassismus-Anschuldigungen gegen den Westen wurden in den letzten Jahrzehnten durch Ein- und Auswanderung noch verstärkt. Asiaten, die aus Europa zurückkehrten, berichteten von Schikanen und Ungerechtigkeiten: von mehr oder weniger offensichtlicher Diskriminierung. Man hätte sie spüren lassen, daß sie Menschen 2. Klasse seien. Auch bestand mangelndes Interesse an ihren Kulturen - was wiederum selbst eine Wertung bedeutet, die ihre eigene europäische Kultur über die asiatischen erhebt.

Ich selbst habe etwa 30 Jahre hier in Deutschland gelebt und kann eine lange Geschichte beruflicher und sozialer Diskriminierung erzählen.

Europäer sind intolerant gegenüber anderen Kulturen, obwohl sie manchmal Dinge übernehmen, die ihnen gefallen wie z.B. Mode, Essen oder Mystizismus, aber vielleicht vielleicht unterscheiden wir uns darin nicht - abgesehen von der Tatsache, daß wir durch die Kolonialisierung gezwungen wurden, westliche Kultur anzunehmen und zu leben.

3. Wirtschaftliche Ungleichheit

Eines der in Asien eingebürgerten Vorurteile ist, daß alle Weißen reich sind. Die weißen Siedler ließen sich in den asiatischen Gebieten normalerweise nicht so nieder wie z.B. Siedler in Algerien oder Angola. Es gab hier praktisch keine armen Weißen. In unserer Geschichte besaßen die Weißen Macht, Status und Geld. Sie kamen nur zu uns, um ihre Pflicht zu tun - entweder um Geld zu verdienen oder um den Segen und die Wohltaten von Religion und Zivilisation zu überbringen. Der Weiße trug bei „die Last des weißen Mannes“ nur für eine gewisse Zeit, um dann in den wohlverdienten Ruhestand nach Europa zurückzukehren.

Ich erinnere mich, als in den 60er Jahren die ersten Hippies auf ihrem Weg nach Kathmandu über Pakistan und Indien kamen und einige auf der Straße um Geld bettelten. Ein alter Mann in Karachi schaute sie ungläubig an, und fragte mich dann: „Waren Sie in England?“ „Ja“, antwortete ich. „Aber dort kann es keine armen Leute geben!“ sagte er und schüttelte den Kopf.

Diese Überzeugung vom Reichtum des Westens ist in den Köpfen aller Bevölkerungsklassen fest verwurzelt - auf verschiedenen Bewußtseinssebenen. Viele sind sich der Tatsache bewußt, daß dieser Reichtum auf unsere Kosten erworben wurde. Unsere Rohstoffe und die Zerstörung der einheimischen asiatischen Gewerbe bildeten die Grundlage der industriellen Revolution in Europa. Deswegen neigen einige dazu, westliche Hilfe oder finanzielle Unterstützung als Wiedergutmachung anzusehen, als die Rückzahlung einer alten Schuld. Dasselbe gilt für die Überlassung von Technologien - es wird manchmal als Ausgleich dafür gefordert, daß der Westen unsere Entwicklung gewaltsam unterbrochen hat.

Auch wurde es als die natürlichste Sache der Welt angesehen - in den 50er und 60er Jahren -, daß die arme Bevölkerung der Commonwealth-Länder auf der Suche nach Arbeit ins Mutterland England ging. Wohin sonst? Schließlich hatte der Westen - laut Walter Rodney, einem Aktivisten aus Guyana - seine Kolonien unterentwickelt gehalten. Die ersten Auswanderer wurden angenommen, aber als der Strom der Unterprivilegierten aus den Kolonien langsam answoll, wurden die Tore plötzlich geschlossen. Das führte zu großer Verbitterung und Verärgerung. Das Gefühl, daß der Westen auf unsere Kosten reich bleiben will, ist stark.

Die politisch Gebildeteren betrachten internationale Institutionen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds etc., als vom Westen beherrschte Einrichtungen, die in Wirklichkeit nur Instrumente sind, um zu verhindern, daß Asien Europa auf wirtschaftlichem Gebiet überholt. Manchmal wird sogar der Verdacht geäußert, Hilfe sei wirtschaftlicher Kolonialismus. Bei der Erlangung der sogenannten Unabhängigkeit suchten sich viele asiatische Nationen eine eigene Nationalflagge, eigene Embleme wie eine Blume, einen Vogel und eine eigene Nationalhymne aus, aber auf wirtschaftlichem Gebiet blieben sie mit ihren alten (manche mit neuen) weißen Herren verkettet.

Internationale Handelsvereinbarungen werden als ausbeuterisch und ungerecht erachtet. Der flammende Aufruf von Mohammed Mahatir aus Malaysia, in dem er den Westen beschuldigte, die asiatischen Währungssysteme zu schwächen, war kein einzelner diplomatischer „Ausrutscher“. Er spiegelt nur die stumme Meinung wider, die fast überall in Asien zu finden ist.

Das Mißtrauen gegenüber wirtschaftlichen Einrichtungen des Westens wird noch verstärkt durch die Überzeugung, daß Europa und die USA entschlossen sind, ihre wirtschaftliche Vorherrschaft beizubehalten, mit allen erdenklichen Mitteln. In Asien beurteilte man den Golfkrieg als typisches Beispiel dieser Manipulation. Diejenigen, die nicht „spuren“, oder die zu mächtig oder rebellisch werden, werden vernichtet...genau wie während der Kolonialzeit.

4. Immoralität

Die meisten Asiaten halten die westliche Lebensweise für unmoralisch und nicht erstrebenswert. In ihren Augen ist es eine selbstsüchtige, egoistische Lebensweise, in der sich Familien nicht um die Alten und Kranken kümmern. Die Verantwortung wird an soziale Einrichtungen abgegeben, die die betagten Menschen in lieblose Altenheime und Kranke und behinderte Menschen in Anstalten abschieden, in denen sie die Kleinfamilie nicht stören.

Ein enges Familienleben weicht materiellem Komfort und nur das Geldverdienen zählt. Ihrer Meinung nach vernachlässigen Eltern ihre Kinder und diesen sind wiederum den Eltern eine Last.

Aber vielleicht ist es die sexuelle Freizügigkeit des Westens, die bei den Asiaten den größten Anstoß erregt. Die Tatsache, daß es gesellschaftlich gebilligt wird, daß Männer und Frauen zusammenleben und Kinder haben, ohne verheiratet zu sein, wird als verwerflich angesehen.

Die freie Liebe - obwohl vielleicht insgeheim voller Neid betrachtet - wird als etwas Schamloses und Unverantwortliches betrachtet. Das ist auch einer der Gründe dafür, daß europäische Frauen in einigen asiatischen Ländern belästigt werden. Die Geschichten und Gerüchte, daß weiße Frauen bereit sind, mit praktisch jedem ins Bett zu gehen, sind so verbreitet, daß unsere einheimischen Männer verletzt und erstaunt sind, wenn sie barsch abgewiesen werden und den Grund dafür im Rassismus suchen!

Diktatoren, Mullahs, Brahmanen und andere Fundamentalisten werden nicht müde, vor der subversiven und abfallenden Moral des Westens zu warnen.

Das gängige Vorurteil, daß der weiße Mann - und besonders die weiße Frau - ausschweifend und unmoralisch sind, ist verhältnismäßig neuen Datums. In der patriarchalen Gesellschaft der Kolonialzeit hielt übersteigertes Rassenbewußtsein den weißen Mann davon ab, zu viele sexuelle Übergriffe auf einheimische Frauen zu wagen. Beziehungen zu ihnen wurden aber gebilligt und die weiße Frau von damals war nicht emanzipiert, sondern sich ihrer Stellung bewußt.

Um ehrlich zu sein: die eigentliche Angst, die Angst vor der westlichen Unmoral wird größtenteils von patriarchalischen Männern verbreitet, die fürchten, die Kontrolle über ihre Frauen zu verlieren.

Ein philosophischer Unterschied zwischen unserer Lebensweise und der des Westens sollte jedoch ernstgenommen werden und der betrifft: die Rechte des Einzelnen gegenüber dem Recht der Gemeinschaft. In den meisten asiatischen Gesellschaftsformen wird der Einzelne verpflichtet, seine Wünsche, Bedürfnisse und manchmal sogar seine Rechte dem Wohle der Gemeinschaft unterzuordnen. Deswegen werden die Menschenrechte des Einzelnen oft als unmäßig und egotisch gesehen. Darüber gibt es lange Debatten, die oft von unseren einheimischen Diktatoren mißbraucht wurden. Es besteht jedoch ein echter philosophischer Unterschied, der auch vom Westen oft zu leichtfertig abgetan wird.

5. Unehrlichkeit auf politischem Gebiet

Die meisten Asiaten (ob sie nun Diktatoren sind oder nicht) nehmen dem Westen dieses nachdrückliche Bestehen auf den Menschenrechten übel. Sie sind der Meinung, daß die Handlungsweise des Westens - milde ausgedrückt - selbst Heuchelei ist. Sie finden, daß der Westen bei der Durchsetzung der Menschenrechte sehr unterschiedlich vorgeht und nehmen an, daß politische und wirtschaftliche Gründe bei einem derartigen Herangehen eine Rolle spielen.

Kuba wird wegen seiner Menschenrechtsverletzungen angeprangert, während sich Israel alles erlauben kann. Castro nennt man einen Diktator und er wird wie ein Aussätziger behan-

delt, wohingegen man Suharto applaudiert. Pakistans Jamat Islami wird als fundamentalistisch verdammt, aber ein Billy Graham darf den amerikanischen Präsidenten beraten.

Die Menschenrechtsappelle des Westens werden als Mittel gesehen, Völker politisch zu manipulieren und nicht als Ausdruck wirklicher Besorgnis um das Wohlergehen der Menschen. Die Vorherrschaft des Westens begann vor 500 Jahren und für die Mehrheit der Asiaten existiert sie noch immer. Der Schwerpunkt mag sich von Europa auf die USA verlagert haben, aber sie wird immer noch als die Vorherrschaft der weißen, christlichen Zivilisation über den Rest der Welt gesehen.

Die internationale Politik spiegelt sich in diesem Ungleichgewicht. Der Krieg in Bosnien wurde als die Unterdrückung einer moslemischen Gemeinschaft in Europa gesehen. Auch die Rolle des Staates Israel wird manchmal ebenso betrachtet: als europäischer Keil im arabischen Kulturgebiet Mittlerer Osten, - geschaffen und gefördert um die arabischen Nationen klein zu halten.

Fast alle politischen und wirtschaftlichen Interventionen werden unter diesem Gesichtspunkt beurteilt. Und hierin besteht eine große Einstimmigkeit quer durch alle (Bevölkerungs-) Schichten. Europa - und das ist kein Wunder - wird politisch immer noch durch die Brille von Kolonialiserten gesehen.

Deswegen sieht man auch in der Globalisierung (die vom Westen so gepriesen wird) mehr eine Gefahr als eine Chance. Auch hier wird wieder einmal der Verdacht geäußert, daß sie Mittel ist, Asiaten, Afrikaner und Lateinamerikaner unter Kontrolle zu halten und die Vorrangstellung des Westens zu sichern.

Viele äußern ihre Abneigung gegen die Globalisierung, fragen sich was für eine Art der Globalisierung das ist, die angeblich den freien Austausch von Waren und Gütern in der ganzen Welt befürwortet, aber den Menschen verbietet, sich frei zu bewegen, in der das Motto herrscht, daß eure Rohstoffe (nicht Fertigprodukte) willkommen sind, nicht aber eure Menschen. Und nicht zuletzt wird der Begriff „international“ in Asien oft gleichbedeutend mit „westlich“ interpretiert „Internationale“ Organisationen werden vom Westen geleitet und kontrolliert, genau wie die sogenannte „internationale Meinung“. Zwischen Norden und Süden findet nur wenig intellektueller Austausch statt. Die öffentliche Meinung, Ethik in der internationalen Politik etc. werden vom Westen für die ganze Welt festgelegt. Beiträge und Vorschläge von Seiten der südlichen Ländern werden meist nicht sonderlich begrüßt noch verstanden.

Wir leben immer noch in einer „weißen“ Welt. In diesem Zusammenhang sind viele Asiaten der Meinung, daß der Islam als das neue Feindbild des Westens an die Stelle des Kommunismus getreten ist. Man kann nicht leugnen, daß in der heutigen Welt viele gewalttätige islamische Bewegungen existieren. Aber all diese verschiedenartigen politischen Bewegungen unter dem Begriff „Islam“ zusammenzufassen, ist ganz einfach falsch. Den westlichen Medien ist es gelungen, diese Religion als gewalttätig, unterdrückend und reaktionär darzustellen. Die christliche Religion war für 200 Jahre Inquisition verantwortlich, die Christen kolonialiserten die Welt, und sie organisierten auch den Sklavenhandel. Und doch steht die christliche Religion in der Geschichtsschreibung immer makellos rein da. Sie kann die Vorstellung aufrechterhalten, ein Glaubensbekenntnis von Frieden und Vergebung zu sein.

Den Islam jedoch machte man sofort verantwortlich für so verschiedenartige Bewegungen wie die Taliban (islamische Bewegung in Afghanistan), FIS (Islamisten in Algerien) und die Moslembruderschaft.

Es bedarf wohl keines Kommentars, daß hier etwas ernsthaft falsch läuft.

Abschließend möchte ich sagen, daß die Einstellungen zu Europa und den Europäern in Asien sehr ambivalent sind, eben weil auch die Handlungsweisen und die Haltungen der Europäer unlogisch und widersprüchlich aber auch gleichzeitig beneidenswert gewesen sind.

Wir auf dem südasiatischen Subkontinent sind uns dieses Zwiespaltes bewußt. Wir lieben, bewundern und beneiden unsere früheren Herren und gleichzeitig mißtrauen wir ihnen. Wir können mit diesem Widerspruch leben. Aber kann es Europa?

Thomas Heberer

Deutsche Asienbilder: Probleme der Wahrnehmung

1. Einleitung: Verzerrte Wahrnehmungen

Der chinesische Literat Ku Hung-Ming schrieb:

"Man muß zugeben, daß in der Tat gegenwärtig ein Kampf der Kulturen Europas und des fernen Ostens sich abspielt...diesen Kampf könnte man bezeichnen als einen Kampf zwischen der ostasiatischen Kultur und der mittelalterlichen Kultur Europas."¹

Dieses scheinbar zeitgenössische Zitat scheint sich auf Huntingtons "Kampf der Kulturen" zu beziehen. Aber es ist – im Gegenteil – weitaus älter. Es stammt aus einem Buch Kus, einem der geistig führenden Köpfe um die Jahrhundertwende, aus dem Jahre 1901. Es weist darauf hin, daß die Debatte über kulturelle Konflikte kein Produkt der Gegenwart ist, sondern weit- aus ältere Wurzeln hat.

Nun, von den Veranstaltern der Tagung "ASIEN und EUROPA: Dialog oder Zusammenprall der Kulturen?" wurde ich gebeten, über die Wahrnehmungen von "Asien" in Deutschland zu sprechen. Doch diese Fragestellung weist bereits auf ein Problem hin: Es gibt nämlich keine einheitliche Wahrnehmung von ASIEN. Der Kontinent reicht von Jemen bis Japan und weist somit eine erhebliche größere politische, ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt und Spannbreite auf als Europa.

Doch die o. g. Fragestellung deutet bereits auf die Problematik unseres Asienbegriffes hin. Ursprünglich eine europäische Konstruktion, geschaffen von dem griechischen Geschichtsschreiber Herodot, der sich damit auf Vorderasien bezog, wurden diesem Begriff immer wieder wechselnde Regionen zugeordnet. So wurde Asien lange mit der nordasiatischen Steppe und ihren Reitervölkern identifiziert. Erst der europäische Kolonialismus brachte die Einbeziehung aller Staaten dieses Kontinents in ein Staatensystem und vollzog damit eine Art Einheitlichkeit. Doch noch in den dreißiger Jahren beschrieb ein Buch über Asien mit hohem Verbreitungsgrad nur die Länder von der Türkei bis Indien.² Derzeit gilt Asien als sein wirtschaftlich prosperierendster Teil: Ost- und Südostasien. Das Thema dieser Tagung und seine Inhalte setzen diese Problematik fort: "Asien und Europa", so lautet das Tagungsthema, behandelt wird gleichwohl nur die Region Südostasien.

Lassen Sie mich an den Anfang meines Vortrages eine kurze Darstellung stellen, wie Europa und die Europäer von heute in einer ostasiatischen Zeitung (Asia Times) kürzlich charakterisiert wurden. Europa - so das Blatt - das sei für viele Ostasiaten "ein Freizeitpark mit erstklassigen Museen für überkommene Industriepraktiken, herrlichen Spielplätzen in den Alpen und eleganten Einkaufsmeilen in London, Paris und Rom".

Und die Europäer?

- Sie diskutierten über die NATO-Osterweiterung, als ob die Sowjetunion und der Kalte Krieg noch immer existierten;
- Sie forderten Ostasien auf, von der KSZE zu lernen, seien aber gleichzeitig unfähig, Konflikte im eigenen Vorhof zu lösen (ehemaliges Jugoslawien, Nordirland, Kaukasus);
- Sie belehrten Ostasien, endlich ein Sozialsystem zu schaffen, bauten ihr eigenes aber gleichzeitig ab;

¹ Ku Hung-Ming, Chinas Verteidigung gegen Europäische Ideen, Jena 1921, S. 4.

² Renato Zuccarelli, Asien und Europa, Würzburg 1942.

- Sie priesen sich als Modelle an, während zugleich Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Scheidungsraten und Drogensucht anstiegen;
- Sie redeten von Toleranz und errichteten gleichzeitig doch Barrieren gegen Migration und Multikulturalismus;
- Sie hätten verlernt, was Fleiß und harte Arbeit bedeuteten, seien unfähig, ihre Zukunft zu sichern, frönten lediglich ihrem Individualismus und hofften dabei auf Investitionen aus Asien.

Dieses Bild, das eine ostasiatische Zeitung vom "Westen" gezeichnet hat, erscheint uns suspekt und ruft Widerspruch hervor.

Doch eine ähnliche Häme durchzieht die Schlagzeilen der Ost- und Südostasienberichterstattung der deutschen Presse im Herbst 1997. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- "Ostasiens Zeit des Hochmuts geht zu Ende. Nutzt Europa seine Chance?"
- "Südostasiatische Malaise"
- "Auf der Schwelle gestolpert"
- "Sturm über Asien"
- "Wieviel wiegt Asien?"
- "Asien - doch kein Modell"
- "Blase geplatzt"
- "Die Stimmen Asiens werden leiser"
- "Ende des asiatischen Wunders"
- "Tiger in Wahrheit nur fette Hauskatze".

Wir alle wissen, woher dieser abrupte Wandel vom "Asian Miracle" (so ein Bericht der Weltbank von 1993) hin zur Schadenfreude 1997 kommt: Die Währungsturbulenzen im Sommer und Herbst 1997, die von Indonesien ausgehende Brandkatastrophe und der Börsen-Crash in Hongkong haben zu diesem Stimmungswechsel beigetragen und eine Stimmung hochkommen lassen, die latent immer vorhanden war.

Nun, ein solch rascher Umschwung weist aber auch darauf hin, daß mit "unserem" "Asienbild" etwas nicht zu stimmen scheint. Wie ich schon sagte: Die Idee "Asien" wurde in den Köpfen europäischer Gelehrter als Gegenpol zu Europa geschaffen und verdichtete sich erst aufgrund der europäischen Kolonialexpansion zu einem konkreten Kontinent. Asien verkörperte das Fremde-Barbarische im Gegensatz zur griechisch-antiken, heute "westlichen" Zivilisation. Reitervölker als Bedrohung europäischer "Hochkultur" (Hunnen, Mongolen, Türken), Stalins Gulag (als "asiatische Barbarei" bezeichnet), der sowjetische "asiatische Bolschewismus", die chinesische Kulturrevolution ("blaue Ameisen"), der iranische "Fundamentalismus" bis hin zu den "Killing Fields" in Kambodscha oder dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz 1989 riefen immer wieder das symbolisch im Kopf verhaftete Bild vom "Schrecken Asiens" ins europäische Bewußtsein. Demgegenüber schien der Westen die heile Welt zu verkörpern, mit moderner Ökonomie und Technik, sozialer Sicherheit, christlicher Hochkultur und Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten.

Deutsche Denker haben dieses Feindbild immer wieder bestätigt, etwa Hegel, für den aufgrund der Barbarei es das "notwendige Schicksal der asiatischen Reiche" sei, den Europäern unterworfen zu sein; Johann Gottfried Herder, der asiatische Gesellschaften als "balsamierte Mumien" kennzeichnete; der Historiker Leopold Ranke ("Völker des ewigen Stillstands"), Karl Marx ("asiatische Produktionsweise", die Asien bewegungsunfähig gemacht habe) oder Karl August Wittfogel ("Orientalische Despotie", die notwendig in totalitären Verhältnissen enden müsse). Auch Goethe schloß sich den Warnern vor einer asiatischen Be-

drohung an. 1813, nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft über Deutschland, meinte er:

"Es ist wahr, Franzosen sehe ich nicht mehr und nicht mehr Italiener, dafür aber sehe ich Kosaken, Baschkiren, Kroaten, Magyaren, Kassuben, Samländer, braune und andere Husaren. Wir haben uns seit einer langen Zeit daran gewöhnt, unseren Blick nur nach Westen zu richten und alle Gefahr von dorthier zu erwarten, aber die Erde dehnt sich noch weithin nach Morgen aus."³

Kaiser Wilhelm II. hat das Bild einer asiatischen Bedrohung mit seiner berüchtigten "Hunnenrede" zur Verabschiedung des deutschen Kontingents zur Niederschlagung der "Boxerbewegung" in China im Jahre 1900 auf die Spitze getrieben. Er sagte damals:

"Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie jetzt noch in Überlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name 'Deutscher' in China auf tausend Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!"

Solche Schreckensvisionen entstammen nicht längst verflossenen Zeiten. 1962 hieß es in einem in Deutschland erschienen Buch:

"Der Schatten des Drachen liegt schon über dem Fernen Osten. Ganz Asien, das noch vor wenigen Jahren seine Hoffnung auf China setzte, schreckt jetzt davor zurück...Beinahe alle Chinesen möchten aus Rotchina fliehen...Der Maoismus lebt und blüht im Haß...Sollte der Mann ohne Antlitz sein großes Spiel gewinnen...so würde China ein Monstrum sein, dessen gelbe Atome, diese Atome aus Fleisch, die ganze menschliche Rasse überfallen werden."

Man denke auch an den früheren Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der Ende der sechziger Jahre im Bundestag ausrief: "Ich sage nur China, China, China...", womit er an die "gelbe Gefahr" im Osten erinnern und Angst hervorrufen wollte.

Daß die Schürung von Angst, wenn auch in abgeschwächter Form, fortexistiert, zeigt etwa die Aussage von Richard Herzinger in der "ZEIT":

"Das kommunistische Regime in der Volksrepublik China und die fundamentalistische Diktatur im Iran zählen zu den schlimmsten Verletzern von Menschenrechten. Und sie gehören zu den gefährlichsten Gegenspielern der westlichen Demokratien. China, das am 1. Juli 1997 Hongkong mit Zustimmung des Westens in sein totalitäres System eingliedern wird, hat mit seinen Drohgebärden gegen Taiwan erst kürzlich deutlich gemacht, daß es zur Durchsetzung seiner Dominanzansprüche auch den Einsatz seines enormen militärischen Potentials als legitim betrachtet."⁴

In den Phobien vor dem "islamischen Fundamentalismus" oder dem "Maoismus" pflanzten sich derartige Vorstellungen fort.

"Die Gefahr, die da lauerte" - so der französische Asienwissenschaftler Florian Coulmas - "das waren weder christliche Mitmenschen noch gar freie oder gleiche Brüder, das war lediglich eine gesichtslose, farbige Masse... 'Nach uns die Asiaten?' fragte noch unlängst ein Sonderheft der Zeitpunkte - ironisch vielleicht, aber vor dem skizzierten Hintergrund nicht nur so zu verstehen."⁵

Wurde und wird Asien einerseits als Region der Unveränderlichkeit und der Despotie begriffen, von der eine permanente Bedrohung Europas ausging (ob durch Reitervölker, Revolutionäre oder moderne MigrantInnen), so existierte und existiert hierzulande ein weiteres Moment:

³ Zit. In Franz Altheim, Reich gegen Mitternacht. Asiens Weg nach Europa, Hamburg 1955, S. 13.

⁴ ZEIT, 27.9.96.

⁵ Florian Coulmas, Vom Orient nach Asien, in: Lettre, Heft 33/1996, S. 54-58.

das der Idealisierung. In Zeiten der Krise und des Zerfalls in Europa wurden die Verhältnisse in Asien immer wieder verklärt und romantisiert. So nach dem 30jährigen Krieg (etwa der Italiener Matteo Ricci, Begründer der jesuitischen China-Mission, der dem verarmten und verwüsteten Europa ein neues China-Bild vermittelte: ein großes, mächtiges Imperium mit einem weisen Herrscher an der Spitze, der sich, gestützt auf einen jahrhundertealten Moralkodex, um die Belange seines Volkes kümmerte. Frieden und Harmonie gehörten demnach zu den höchsten Werten dort, Wissenschaft und Kunst wurden als hochentwickelt beschrieben). Die Aufklärer im 18. Jhdt. knüpften an dieses Idealbild an, etwa Leibniz ("vortrefflichstes aller Völker"), Kant ("kultiviertestes Reich der Welt") Rousseau oder Voltaire. In den jeweiligen Idealisierungen des 18., 19. und 20. Jhdts. ging es nicht pauschal um Asien, sondern primär um die beiden Großreiche China und Indien. Exotik und Esoterik standen hier vielfach im Mittelpunkt, was sich auch noch in der Gegenwart, etwa am großen Interesse an Meditations- und Kungfutechniken, Schattenboxen und Qigong zeigt. Zu einem besseren Verständnis der Kulturen Asiens hat die Idealisierung indessen wenig beigetragen.

In den letzten Jahren haben sich die Konfliktlinien neuerlich verschärft. Die Auseinandersetzung um Demokratisierung, Menschenrechte und Wertvorstellungen zwischen Ost-/Südostasien und dem Westen hat an Intensität gewonnen. Globalisierungsprozesse haben, vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, neue Konfliktmuster entstehen lassen. Asien wird heute als dynamischste Region ökonomischer Entwicklung und als neues weltwirtschaftliches Gravitationszentrum angesehen. Dieser Entwicklungsprozeß geht einher mit einem wachsenden Selbstbewußtsein auch in politischen Fragen. Europa und die USA sehen darin eine Herausforderung für die eigenen Ökonomien sowie eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und politischen Dominanz. Dies um so mehr, als die politischen und kulturellen Wertvorstellungen des Westens von den Ländern Ostasiens nicht mehr widerspruchsfrei akzeptiert werden.

Von den westlichen Industriestaaten wird Ostasien als Konkurrent gewertet, wobei als Hauptbedrohungsmacht zunächst Japan ausgemacht wurde, von dem behauptet wurde, es werde als Hauptgegner des Westens die Sowjetunion ablösen, dann China, das im Jahre 2020 über die weltweit größte Wirtschaftskraft verfügen werde, schließlich - abgeschwächt - ganz Ost- und Südostasien.

In den Auseinandersetzungen zwischen beiden Regionen geht es in erster Linie um unterschiedliche Vorstellungen von Entwicklung und verschiedene politische Konzeptionen. Widersprüche entzündeten sich an der Frage der Globalisierung politischer Strukturen und Institutionen (wie Demokratisierung, Verrechtlichung, Gewaltenteilung), an der Globalisierung kultureller Momente (Universalismus von Menschenrechten, Individualisierung, Wertefragen u. a.) oder an ökonomisch-rechtlichen Momenten (z. B. Existenzsicherung vor Verrechtlichung). Multipolarität oder tendenzieller Universalismus, ein Nebeneinander von Systemen, Kulturen und Lebenswelten oder deren Angleichung - diese Fragen führen zu heftigen Kontroversen, die u. a. in der Diskussion über die sog. "asiatische Werte" zum Ausdruck kommen.

2. Der Westen und die "asiatische" Kultur

Die neuere Diskussion über die Rolle der Kultur in den Entwicklungsprozessen Ostasiens und über "asiatische Werte" entstand interessanterweise im Westen (vgl. etwa die Ende der achtziger Jahre einsetzende Diskussion über die Ursache der Erfolge der Schwellenländer) und nicht in Ostasien. Was sind die Ursachen dafür?

Erinnern wir uns an die Ausgangslage: In den Industrieländern hat sich aufgrund kolonialer Vergangenheit sowie relativ erfolgreicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung ein Modell- und Sendungsbewußtsein herausgebildet, das Anspruch auf weltweite Gültigkeit und auf eine Vorbildfunktion erhob. Wie selbstverständlich wurde angenommen, der Rest der Welt müsse vom "westlichen Modell" lernen, wobei der "Westen" die Bedingungen setzte, wann und wie eine Gesellschaft dem Vorbild westlicher Moderne zu entsprechen

schien. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung schien der Sieg dieses "Modells" festzustehen.

Zur gleichen Zeit stand fest, daß die ersten "Schwellenländer" (Südkorea und Taiwan) sich nicht nur wirtschaftlich dem Niveau der Industriestaaten annäherten, sondern auch politisch (Demokratisierung). Genau zu diesem Zeitpunkt setzte auch der gegenwärtige westliche Rekurs auf Spezifika der Kultur ein. Dies läßt sich u. a. den folgenden fünf Ursachen zuschreiben:

1. Im Westen herrschte lange Zeit die Auffassung, er sei entwicklungsmäßig nicht einholbar. Daß regional eine größere Zahl von Ländern sich trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und zum Teil unterschiedlicher Konzepte rasant entwickelte, schien nur durch eine (fiktive) gemeinschaftliche Kultur erklärbar (Stichwort: "Konfuzianismus").
2. Der im Namen überlegener westlicher Kultur auf die Region ausgeübte Druck, Markt-, Menschenrechts-, Demokratie- und Sozialstandards des Westens zu übernehmen, sollte die Öffnung der ostasiatischen Märkte für den Westen fördern helfen, die neuen Konkurrenten westlichen Standards unterordnen und die Lehrmeisterschaft des Westens bestätigen.
3. Die Betonung der Andersartigkeit, die letztlich über Kultur und Werte erklärt wurde, erlaubte die Zuordnung des Momentes der Unfähigkeit zur Übernahme westlicher Werte und Institutionen und verwies die Region damit neuerlich ins Glied der "Rückständigkeit". Demokratie und demokratische Werte werden ebenso wie Menschenrechte vom Westen als eigene Produkte begriffen, die weltweit durchgesetzt werden müssen, wobei Ostasien hierzu nichts neues beitragen könne.
4. Ein neues Feindbild wurde konstruiert (oder nur bestätigt?): der kulturell fremde "Asiate". Gemeint sind nicht nur die sogenannten "Tigerstaaten", die als Wirtschaftskonkurrenten gefürchtet, als Absatzmärkte beschworen wurden, sondern auch China und - in geringem Maße - die ASEAN-Staaten. Die Modernisierung in Ostasien, die sich nicht auf der Grundlage "westlicher" Demokratie herausbildete, sondern auf autoritärem Fundament, stellt eine Herausforderung für das westliche Selbstverständnis dar. Offenbar schienen nicht alle Länder bereit, vom Westen zu lernen, sondern pochten auf kulturelle Eigenbedingungen. Damit wurde eine Spirale in Gang gesetzt: Der Druck des Westens führte in Ostasien zu stärkerer Betonung eigener kultureller Standards; dies wiederum verdichtete westliche Befürchtungen, "die Asiaten" könnten auf Konfrontationskurs gehen. Samuel Huntingtons "Zusammenstoß der Kulturen" brachte die diesbezüglichen Ängste auf den Punkt. Hier läßt sich auch an pauschalisierenden historischen Stereotypen anknüpfen, wie an der "asiatischen Masse" oder der "gelben Gefahr".
5. Die Betonung von Werten wie Einordnung, Unterordnung, Harmonie, Autorität als "asiatische Werte" und die Diskussion über die vermeintlichen Vorteile dieser Werte für die gesellschaftliche Entwicklung (auch in Europa) waren ferner dazu gedacht, die Diskussion über den Abbau von Sozialrechten und die Installierung neuer Pflichten in den Industriestaaten zu fördern: Globalisierung als Legitimationsmoment für Sozialabbau. (Die südkoreanische Politikwissenschaftlerin Eun Jeung Lee bezeichnete die Instrumentalisierung dieser vermeintlichen Werte im Interesse der Disziplinierung der eigenen Bevölkerung durch Anhänger des westlichen Neokonservatismus als westliche "Konfuzianismoslüge".)

Um einige Beispiele zu nennen: So hat Bundespräsident Herzog in seiner Rede im Berliner Hotel Adlon im April 1977 dem deutschen Publikum Asien als Modell hingestellt (Stichworte: wirtschaftliche Dynamik, Tempo, Unternehmensgeist); und die Frankfurter Kulturdezernentin Linda Reisch schrieb nach ihrer Ostasienreise: "Von Asien aus schaut unser altes Europa müde bis dekadent aus. Deutschland depressiv, starr, verfettet und selbstgefällig". In Hong-

kong schlossen sich sogar die Fahrstuhltüren schneller als bei uns.⁶ Auch Helmut Schmidt schlug in diese Kerbe. In der von ihm maßgeblich mit entwickelten "Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten" griff er explizite auf die asiatischen Werte und die Kritik südostasiatischer Führer am westlichen "Überindividualismus" zurück.⁷ Ähnlich argumentierte Meinhard Miegel, Vorsitzender der von Kurt Biedenkopf und Edmund Stoiber ins Leben gerufenen "Zukunftskommission": "der Individualismus unterminiert Gesellschaften geradezu biologisch", und die "Ideologie des Ichs" habe "alle Fasern der westlichen Gesellschaft durchtränkt".⁸ Sogenannte "asiatische Werte", die autoritären Strukturen entstammen, von autoritären Eliten als "Werte" verkauft werden oder in den Industrieländern längst abgelegt wurden, sollen die Menschen hierzulande auf bestimmte Interessen von Staat und Wirtschaft einstimmen und als Allheilmittel gegen Säkularisierung und Werteverfall dienen.

3. Was läßt sich nun als Fazit sagen?

Die in Europa häufig als "Arroganz" neu industrialisierter Länder abgetane ostasiatische Wertediskussion setzt die Behauptung der Existenz unterschiedlicher Werte herab, verhindert einen fruchtbaren Dialog und perpetuiert den Widerspruch zwischen beiden Regionen. Globalisierung darf aber nicht nur als einseitiger Transfer europäisch-westlicher Werte und Institutionen nach Osten, nicht nur als Demokratisierung einzelner Staaten begriffen werden. Vielmehr muß dies auch die Demokratisierung der Beziehungen zwischen den Staaten sowie auf globaler Ebene (z. B. Vereinte Nationen) einschließen. Globalisierung bezieht sich überdies nicht nur auf ökonomische und politische Verwehungsprozesse, sondern auch auf das gemeinsame Bemühen um eine Lösung akuter regionaler und internationaler Probleme, wie Umweltprobleme, bilaterale oder ethnische Konflikte, Wanderungsbewegungen, Ernährungssicherung oder Armutsbekämpfung.

Europa-Nordamerika dominieren zwar die Welt seit der Kolonialzeit, aber mit Ostasien ist in der Tat ein neues Gravitationszentrum entstanden, das sich nicht einfach westliche Standards aufzwingen läßt. Dem Soziologen Wolf Lepenies ist zuzustimmen, daß die europäischen Gesellschaften Belehrungskulturen sind, die selbstgefällig und häufig selbstüberheblich andere Gesellschaften und Kulturen kritisieren. Bei den ostasiatischen dagegen handelt es sich um echte Lernkulturen. Europa sollte ebenfalls lernen, nämlich offener zu werden für einen umfassenden Dialog mit fremden Kulturen. Die Zukunft Europas wird letztlich auch davon abhängen, ob er fähig und bereit ist, "Lernkultur" zu werden. Dies mag provokativ klingen und die Frage aufwerfen, ob Europa seine gesellschaftlichen und politischen Errungenschaften nicht mehr weltweit propagieren soll. Doch im Prinzip geht es mir um etwas anderes: Beide Seiten, Ostasien wie Europa sollten nicht nur - wie Niklas Luhmann sagt - die "symbolischen Aspekte" ihrer Kultur reflektieren, sondern auch die "diabolischen". Erst die Relativierung der eigenen Kultur würde für beide Seiten einen fruchtbaren Dialog ermöglichen.⁹

⁶ Das Beispiel verdanke ich dem Aufsatz von Volker Heins: Wirtschaftswunder durch Demokratieverzicht? Westliche Asienbilder im Zeitalter der Globalisierung, Manuskript für die Tagung "Autoritäre Entwicklungen im Zeitalter der Globalisierung", Universität Bielefeld, 8.-10. 10.97.

⁷ ZEIT, 3.10.97.

⁸ Ebenda.

⁹ Ausführlich dazu: Thomas Heberer, Ostasien und der Westen: Globalisierung oder Regionalisierung?, in: ASIEN, April 1997, S. 5-35.

Thomas König

Bericht aus der AG 2: Welche Chance für „Nachhaltige Entwicklung“

In der Arbeitsgruppe hielten Titi Soentoro aus Bogor, Indonesien, und Wolfgang Jung vom Wuppertal Institut Vorträge. Titi Soentoro beschrieb die Umweltsituation in Indonesien (Waldbrände, Grüne Revolution u.a.) und gab eine Einschätzung über mögliche nachhaltige Entwicklungen und deren Restriktionen. Wolfgang Jung gab internationale Vergleichszahlen über die Entwicklung der Umweltsituation und stellte die Situation in Deutschland und Europa im Überblick dar. Auf die Wiedergabe der Inhalte dieser Referate im Einzelnen wird hier verzichtet.

Als Leitfaden der anschließenden Diskussion wurden vier Fragestellungen/Themen gesammelt:

1. Ist „Nachhaltige Entwicklung“ ein westlich geprägter Begriff?
2. Gemeinsamkeiten und Arbeitsweisen der NRO im Norden und im Süden
3. Internationale Vernetzung
4. Handlungsfelder für eine Zusammenarbeit

Zu 1.:

Diese Frage wurde nicht eindeutig mit ja oder nein beantwortet. Viele Gesellschaften weltweit verfolgen die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung, eventuell auch ohne diesen Ausdruck zu benutzen. In Indonesien wird dieser Begriff als Regierungsbegriff verstanden. Die indonesische Regierung hat viele Konventionen von Rio oder den Nachfolgekongressen unterzeichnet. Auffallend ist, daß solche Erklärungen von der Regierung unterstützt werden, von denen die Regierung keine politische Gefahr erwartet. Die Umweltbewegung ihrerseits benutzt diese Konventionen, um politische Rechte durchzusetzen. Die Durchsetzung der z.T. weitreichenden Umweltgesetze bis auf die lokale Ebene wird häufig durch Korruption auch auf lokaler Ebene erschwert.

Zusammengefaßt wurde festgehalten, daß die Vokabel westlich geprägt ist, aber nicht unbedingt der Inhalt.

In Bezug auf die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 wurde die Gemeinsamkeit zwischen Indonesien und Deutschland festgestellt, daß beide Regierungen den Gesichtspunkt der ernsthaften Beteiligung vieler Bevölkerungsgruppen nicht gerade fördern. Denn das Ernstnehmen der Partizipation stellt gleichzeitig die herrschenden Machtverhältnisse in Frage.

Zu 2.:

Hier haben wir uns auf den Aspekt der neuartigen Zusammenarbeit unterschiedlicher NRO konzentriert. Als Beispiel wurde die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ genannt, eine Zusammenarbeit von Misereor und BUND. Andere Formen sind Planungszellen (Einberufung von Bürgern und Bürgerinnen zur Erarbeitung von Planungsvorschlägen) oder Städtepartnerschaften. Gerade Organisationen aus den Bereichen Entwicklungspolitik und Umweltbewegung gehen neue Allianzen ein. Wesentliche Aspekte der Frage nach der Zusammenarbeit sind: Wer sind die „relevanten“ Akteure? Wer ist die „richtige“ NRO? Die Wertung, die in diesen Begriffen steckt, birgt eine Schwierigkeit in sich, die nicht generell gelöst werden kann. Hier kommt sehr deutlich zum Tragen, welche Personen Kontakte knüpfen und pflegen.

Desweiteren wurde noch berichtet, daß die Arbeitsweise von NRO in Indonesien durch Versammlungsverbote, Verhaftungen von Aktivisten und Manipulation der Informationen für die Bevölkerung eingeschränkt und behindert wird.

Zu 3.:

Zum Thema Vernetzung wurde von Titi Soentoro betont, daß Lobbyarbeit zwischen den NRO in Nord und Süd ein wichtiger Bestandteil sein sollte. Dies bezieht sich sowohl auf die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd als auch auf die Vernetzung unter den Gruppen in einem Land. Von allen Teilnehmenden wurde die Bedeutung und die Möglichkeiten der Vernetzung positiv beurteilt. Gleichzeitig wurde übereinstimmend darauf hingewiesen, daß die Vernetzungsarbeit bei konkreten Anlässen mit klaren Zielen einfacher durchzuführen ist.

Zu 4.:

Als mögliche Handlungsfelder haben wir folgende Themen identifiziert:

- Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise
- Austausch zwischen Nord und Süd in beide Richtungen
- Lobbyarbeit
- Rechte indigener Gesellschaften
- Energiepolitik, besonders im Hinblick auf Einsparungsmöglichkeiten

Die Bedeutung der Energiepolitik wurde von den Teilnehmenden unterschiedlich beurteilt. In Indonesien spielt dieser Aspekt in der politischen Arbeit eine untergeordnete Rolle. Die Rechte der indigenen Völker sind hier von wesentlich größerer Bedeutung.

Abschließend wurde festgestellt, daß in einigen Bereichen weiterer Diskussionsbedarf besteht:

- Was wird in unterschiedlichen Ländern unter der Lokalen Agenda 21 verstanden?
- Wer sind die „richtigen“ NRO und die „relevanten“ AnsprechpartnerInnen?

Positiv konnten wir feststellen, daß seit einiger Zeit Gruppen aus politischen Bereichen zusammenarbeiten, was vor acht bis zehn Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre (z.B. Misereor und BUND oder auch Kooperationen auf lokaler Ebene).

Zum Thema Vernetzung wurde unterstrichen, daß ein Ziel und ein konkreter Anlaß notwendig für eine fruchtbare Zusammenarbeit sind.

In diesem Sinne ist auch Titi Soentoros Anregung zu verstehen, daß die richtigen NRO Unterstützung für das brauchen, was sie sowieso tun.

Titi Soentoro

Nachhaltige Entwicklung in Indonesien - Anspruch und Wirklichkeit

1. Einleitung

Die Tatsache der Waldbrände hat (außer dem Ost-Timor Problem natürlich) Indonesien wieder einmal in den Brennpunkt des internationalen Interesses gebracht, was nicht nur an der Vielzahl der Demonstrationen von Bürgern Malaysias, Singapurs und den Philippinen vor den indonesischen Botschaften in den entsprechenden Ländern abzulesen ist, sondern auch an der Berichterstattung der Weltpresse, wozu auch die deutsche rechnet. "Sofortiges Handeln! Sofortiges Handeln!", riefen die Demonstranten. Das deutet darauf hin, daß der indonesischen Regierung zum Vorwurf gemacht wird, viel zu spät (und wirkungslos) auf das Problem des Waldbrandes mit Gegenmaßnahmen reagiert zu haben. Dies zeigt auch, daß es eine Reihe von - in diesem Zusammenhang die Umwelt betreffenden - Problemen gibt, die nicht leicht von der indonesischen Regierung in den Griff zu kriegen und zu lösen sind.

Der folgende Bericht versucht einen Überblick über die Umweltsituation in Indonesien zu geben und einige Probleme, denen es gegenübersteht sowie strukturelle Hindernisse bei deren Überwindung aufzuzeigen. Mit einer kurzen Gesamtdarstellung all dessen wird deutlich werden, inwieweit der immer wieder gebrauchte Jargon der 'nachhaltigen Entwicklung' in Indonesien realisierbar ist oder ob es nur bei schönen Worten bleibt. Das im Titel dieses Berichts enthaltene Problem wird nach dem folgenden Raster zu beantworten versucht, das vom Asienhaus als Veranstalter dieses Treffens zusammengestellt wurde:

- Situation der Umwelt in Indonesien mit der bekannten aktuellen Umweltkrise als Schwerpunkt
- Entwicklung, die seit der Konferenz von Rio 1992 stattgefunden hat
- Umweltbewußtsein der Bevölkerung, der Unternehmen und der Regierung
- Rechtlicher Rahmen des Umweltschutzes
- Öffentliche Diskussion über die 'nachhaltige Entwicklung' in Indonesien und deren Teilnehmer
- Einschätzung der Stärke der Umweltbewegung in Indonesien und die von ihr aufgestellten Forderungen
- Kommende Anforderungen an die Rolle Europas (oder allgemein an die Industrieländer) bei der Übernahme der Verantwortung und dem Bemühen, eine Lösung für das globale Problem zu finden.

Doch vor der Besprechung dieser Punkte möchte ich einen Überblick über Indonesien im allgemeinen geben, und zwar in bezug auf die Entwicklungspolitik der Regierung und Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, die nach meiner Meinung zusammen das strukturelle Gerüst und die Bedingungen darstellen, die Umweltprobleme in Indonesien schaffen, das von vielen Seiten als eines der Länder auf der Welt mit einer enormen Artenvielfalt (mega-biodiversity) bezeichnet wird.

2. Allgemeines Profil Indonesiens

Indonesien, der größte Archipel der Welt, hat eine Fläche von etwa zwei Millionen Quadratkilometern (Fünf mal so groß wie Deutschland), mit einer Ost-West Ausdehnung von 5.150 Kilometern und einer Nord-Süd Ausdehnung von 1.930 Kilometern. Die Fläche Indonesiens (einschließlich der von Meer bedeckten) kann man mit der von Europa vergleichen. Indonesien besteht aus 17.508 großen und kleineren Inseln, von denen nur etwa 6.000 dauernd

bewohnt sind. Die Länge der Küsten beträgt zusammen 8.0791 Kilometer. Zur Zeit hat Indonesien eine Bevölkerung von mehr als 200 Millionen Menschen, wobei damit gerechnet wird, daß diese Zahl im Jahr 2000 auf 211 Millionen Menschen ansteigen wird. Das bedeutet, daß Indonesien von der Bevölkerungszahl her gesehen in der Welt an vierter Stelle nach China, Indien und USA steht. 88% der Bevölkerung gehören der Religion des Islam an. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 86 Menschen pro Quadratkilometer, wobei Java mit 758 Menschen pro Quadratkilometer die am dichtesten und Irian Jaya mit nur drei Menschen pro Quadratkilometer die am wenigsten bevölkerte Insel darstellen.

3. Die Entwicklungspolitik der indonesischen Regierung

Indonesien ist eine Republik mit einem Präsidenten, der zugleich Staatschef und Regierungschef ist. Seit dem Jahr 1966, dem Beginn der sogenannten 'Neuen Ordnung', hat es in Indonesien eine wichtige und grundlegende Veränderung in der Politik und Wirtschaft gegeben.

Seit Beginn der Regierung der 'Neuen Ordnung' versucht Indonesien seine Wirtschaftsprobleme mit Fünf-Jahres-Plänen (PELITA = Pembangunan Lima Tahun) zu meistern, und zwar beginnend mit dem Jahr 1969. Das Hauptziel dieser Pläne ist das Bemühen, den Wohlstand des indonesischen Volkes durch eine wachstumsorientierte Entwicklungsstrategie zu verbessern. In den Fünf-Jahres-Plänen sind die Grundzüge der Entwicklung festgelegt, die sich in der 'Entwicklungs-Trilogie' als Stabilität, Wachstum und Umverteilung manifestieren. Stabilität wird mit der Durchführung einer Stabilitätspolitik erreicht durch 'Straffung' der parteipolitischen Szene, d.h. 'Fusion der ehemals zehn existierenden auf drei Parteien, Vereinigung der Arbeitergewerkschaften und Abschaffung der Oppositionsparteien sowie strenge Überwachung von Bewegungen, die sich für Demokratie einsetzen; Wachstum wird durch eine wachstumsorientierte Wirtschaftsentwicklung erreicht, angefangen mit einer importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie und danach seit den achtziger Jahren mit einer exportorientierten Strategie; man geht davon aus, daß Umverteilung nach dem erfolgten Wachstum der Wirtschaft einsetzt.

Nach dem Ende des fünften Fünf-Jahres-Plans (1989-1994) und dem Eintreten Indonesiens in die zweite langfristige Entwicklungsphase ist das Vorhaben der gleichen Verteilung der 'Früchte' des Aufbaus noch nicht erreicht. Sogar das Gegenteil ist eingetreten, nämlich ein Unterschied zwischen der Entwicklung von Städten und Dörfern, zwischen Java und den anderen Inseln, ungleiche Verteilung des Einkommens, des Besitzes an Reichtum, der Arbeitschancen, der Gerechtigkeit und so weiter, welche insgesamt den Graben zwischen arm und reich vergrößert haben.

3.1 Entwicklung im Bereich der Wirtschaft

Die Entwicklung der Wirtschaft Indonesiens ist auf zwei Hauptfundamente gebaut, nämlich ausländische Investitionen und Entwicklungshilfe. Die 'Politik der offenen Tür' mit dem Hauptziel, Investitionen aus dem Ausland heranzuschaffen, damit es seine Industrien nach Indonesien verlegt, vor allem im Bereich der verarbeitenden Industrie, ist mit der Hoffnung verbunden, viele Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Devisenausgaben für Konsumgüter, die bis dahin nach Indonesien importiert werden mußten, zu senken. Die genannten Investitionen wurden auch im Bergbaubereich erhofft, zum Beispiel durch den Abbau von Erdöl, Erdgas, Kupfer, Nickel und Gold, und im Landwirtschafts-, Wald-, und Fischfangbereich, deren Produktion in erster Linie für den Export vorgesehen wurde, um die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Im Dienstleistungsbereich flossen ausländische Investitionen in die Bereiche Bankwesen, Versicherungswesen sowie andere Dienstleistungsbereiche.

Die nach der Implementierung des Gesetzes zur Regelung ausländischer Investitionen (PMA) im Jahr 1967 nach Indonesien kommenden ausländischen Investitionen haben die nationale Industrie gestärkt, vor allem die verarbeitende Industrie in den Sparten Textil und Leder, Lebensmittel, Papier, Chemie, Holz und andere, was auch die Schaffung von vielen

Arbeitsplätzen zur Folge hatte. Dennoch reicht das Angebot an neuen Stellen noch bei weitem nicht aus, den bestehenden Bedarf zu decken. Der dadurch entstandene Druck auf die Klein- und Heimindustrie durch Konkurrenz, wie z.B. im Textilbereich, und das neu entstandene Problem der Umweltverschmutzung darf dabei nicht übersehen werden.

Nach ihrer Verteilung gesehen waren die ausländischen Investitionen auf Java konzentriert, besonders die verarbeitende Industrie, die auf den Inlandmarkt orientiert ist. Das ist nicht verwunderlich, da die existierende Infrastruktur auf Java, wie Häfen, Straßen, Flughäfen und Telekommunikation, weit besser und kompletter als auf anderen Inseln Indonesiens ist.

Investitionen in Plantagen, Forstwirtschaft, Fischwirtschaft und in den Bergbau erfolgten hauptsächlich außerhalb Javas, weil es in diesen Regionen viele natürliche Ressourcen gibt. Solche Investitionen benutzen kapitalintensive Technologie und sind exportorientiert.

Diese Entwicklung hat auf der anderen Seite zu einer ungleichen Entwicklung zwischen Java und den anderen Regionen geführt, so daß die Verstädterungswelle auf Java am stärksten spürbar wurde. Die Folge ist in den großen Städten wie Jakarta und Umgebung, wo es am meisten Industrie gibt, eine Umweltzerstörung durch einen hohen Verschmutzungsgrad. Nach einem UNEP Bericht zum Beispiel wird Jakarta in Bezug auf die Qualität der Luft und des Wassers als die dritt-verschmutztteste Stadt der Welt eingestuft.

Neben ausländischen Investitionen spielen Kredite aus dem Ausland eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der indonesischen Industrie. Diese Kredite stammen in erster Linie von den Industriestaaten und internationalen Institutionen wie der Weltbank, dem IWF und der Bank Pembangunan Asia. Sie werden innerhalb des Staatshaushalts für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen verwendet, wie zum Beispiel Transport und Verkehr, für Post und Telekommunikation, Energieerzeugung und Bewässerung, die die Entwicklung einzelner Bereiche der Wirtschaft unterstützen und das Wirtschaftswachstum fördern. Die Auslandsverschuldung ist von Jahr zu Jahr absolut gerechnet gestiegen, obwohl der relative Anteil an Entwicklungsausgaben gesunken ist. Am Anfang der ersten fünf Jahre 'Aufbaupolitik' 1969-70 betrug die Summe der Kredite aus dem Ausland erst 91 Milliarden Rupiah (=77% der Entwicklungsausgaben), und zu Beginn des sechsten Fünfjahresplanes Repelita VI 1994-95 10.012 Milliarden Rupiah (=36,5%).

Das Ergebnis des in Indonesien durchgeführten Entwicklungsmodells ist eine hohe Auslandsverschuldung Indonesiens, die im Jahr 1996 mehr als 100 Milliarden US\$ betrug. Besorgniserregend sind die immer höher werdenden Ratenzahlungsbeträge und die Zinsen. Im Jahr 1994-95 mußten für Schuldendienste schon 17.652,3 Milliarden Rupiah oder 41,7% der gesamten regelmäßigen Staatsausgaben aufgewendet werden. Die Höhe der insgesamt zu zahlenden Raten mit den dazugehörenden Zinsen bewirken, daß die Regierung ihre Routineausgaben zum Beispiel für die ausreichende Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend den ständig steigenden Lebenshaltungskosten oder für die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und Treibstoff/Brennstoff zu Gunsten der unteren Gesellschaftsschicht, immer mehr begrenzt oder ganz streicht.

Auf der anderen Seite hat die Erhöhung der Schuldentrückzahlungsverpflichtungen bereits die Position der indonesischen Zahlungsbilanz verschlechtert.

Zur Zeit wird Indonesien von einer Währungskrise heimgesucht, die einen Wertverfall der Rupiah gegenüber dem US-Dollar von 51% zur Folge hatte. Zu dieser Finanzkrise ist es gekommen, da sich der Bedarf der privaten Wirtschaft an US\$ erhöht hat. Sie muß ihre Auslandsschulden in Höhe von etwa 10 Milliarden US\$, die im Dezember dieses Jahres fällig werden, zurückzahlen. Außerdem muß die indonesische Regierung selbst ungefähr neun Milliarden US\$ zur selben Zeit im Haushaltsjahr 1997/98 zurückzahlen. Diese Situation erhöht den Druck auf die indonesische Rupiah um so mehr, wobei die Devisenreserven Indonesiens zur Zeit nur 21 Milliarden US\$ betragen, gerade genug um die Importe fünf Monate lang zu finanzieren. Der Ernst der Lage hat die Regierung gezwungen, den IWF um Hilfe anzurufen. Obwohl die Verhandlungen mit dem IWF gerade begonnen haben, wissen wir, daß eine Hilfe des IWF die Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung weiter ver-

schlechtern wird, vor allem der Schicht der unter dem Existenzminimum lebenden (Armen). Außerdem wird sich die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen weiter verschärfen, um die Kredite zu finanzieren.

3.2 Politische Stabilität zur Unterstützung der Entwicklungspolitik

Von der 'Trilogie des Aufbaus' ist die Stabilität der Politik herausragend, die heutzutage das Rückgrat des Entwicklungsmodells in Indonesien geworden ist. Die Stabilität der Politik während der mehr als 30 Jahre, die die Regierung der 'neuen Ordnung' an der Macht ist, hat auf der einen Seite bereits die Industrialisierung Indonesiens vorangebracht und beschleunigt, angetrieben durch ausländische Investitionen und Auslandsverschuldung. Auf der anderen Seite jedoch den Bewegungsraum der Bevölkerung eingeengt, an der Entwicklung sowohl durch Einbeziehung in das politische, als auch in das wirtschaftliche Geschehen teilzunehmen, was das Mitentscheiden und Mitbeschließen von Entwicklungsvorhaben und Mitgenießen der Erfolge des Fortschritts bedeuten würde.

Die Maßnahme der Vereinfachung der politischen Parteien-Landschaft hört nicht bei der Verringerung der Anzahl der Parteien auf, sondern erstreckt sich auch auf die Struktur der Unterstützung, die Massenbasis bis zur Ausrichtung und Ideologie, die von den existierenden Parteien vertreten wird. Die [gegenwärtigen] Machthaber vertreten die Auffassung, daß die Anzahl der Parteien und vertretenen Ideologien gleichbedeutend mit der Anzahl der Konflikte und dem Ausmaß der Destabilisierung der vertretenen Politik ist. Die Einsetzung von 75 Militärs als Mitglieder des DPR und 1/3 des MPR mit dem Vorwand, die Verfassung von 1945 (UUD'45) zu schützen, der Zwang das Alleinverteiler-Prinzip anzuerkennen (Gesetz Nr. 3/1985), das die 'Golkar' begünstigende Wahlgesetz und schließlich die Anwendung des von den holländischen kolonialen Unterdrückern hinterlassene Anti-Subversions-Gesetz stellen Schritte der Machtstabilisierung dar, die gleichzeitig als Entmachtung des Volkes bezeichnet werden können.

Die Festlegung im Bereich der Politik, die die Wichtigkeit einer vom Ausland abhängigen Produktionsweise widerspiegelt, verstärkt mit Maßnahmen der Entwicklung und Indoktrination der Staatsideologie, wirkt bereits auf die wirtschaftlichen Tätigkeiten zurück, indem sie eine Schwächung der gegenwärtigen Produktionsweise und eine Verstärkung der Ausbeutung der Menschen und der natürlichen Ressourcen hervorruft. Im Laufe dieses Prozesses werden die Unternehmer und die herrschende Elite zunehmend gestärkt. Die Indoktrination mit der Staatsideologie hat schon eine Art Selbstzensur in jedem einzelnen geschaffen, ein 'Zensor', der sich immer dann als negativer Verdacht 'meldet', wenn eine Denkweise von der offiziellen Doktrin abweicht.

Der Abbau des Bewußtseins, der Kreativität und des innovativen Denkens, der Produkt dieser Indoktrination ist, hat als Spätfolge eine zunehmende Schwächung des Beitrages eines Individuums zur Entwicklung des Produktions- und Reproduktionsprozesses. Obwohl es Parallelen zwischen dem von den westlichen Ländern verwendeten Wirtschaftssystem, nämlich der Marktwirtschaft, gibt, unterscheiden sie sich doch grundlegend in bezug auf die Entwicklung des 'Überbaus'. Politische Einstellungen und Institutionen in den westlichen Industrieländern eröffnen der Bevölkerung einen weiten Bewegungsraum, mit der Folge, daß Bewußtsein, Kreativität und innovatives Denken entstehen, die eine Rückwirkung auf die Stärkung des Produktionsprozesses und die Verringerung der Ausbeutung des Menschen sowie eine effizientere Verwendung der natürlichen Ressourcen haben.

Der positive Einfluß der Entwicklung des beschriebenen Überbaus wird unterstützt von Meinungs- und Informationsfreiheit. Auf diese Weise können Krisen, die von innen oder außen kommen, vorhergesehen und auf positive Weise gemeistert werden. Während das westliche kapitalistische Wirtschaftssystem von der Mehrheit vertreten wird, ist das politische System in Indonesien nach wie vor autoritär. Die Machtanhäufung einer führenden Person oder Gruppierung ohne Kontrolle durch die Bevölkerung ist zu einem Erkennungsmerkmal des politischen Systems Indonesiens geworden. Zu dessen Erhaltung wird dem Volk kein Spielraum zur Meinungsäußerung oder Kanalisierung seines politischen Willens eingeräumt.

3.3 *Umweltpolitik*

Anläßlich eines Seminars in Jakarta erklärte der indonesische Umweltminister Ir. Sarwono Kusumaatmadja, daß die Prinzipien des wirtschaftlichen Aufbaus in Indonesien aus dem Konzept der langfristigen Entwicklung hervorgehen, die auf den Allgemeinen Richtlinien der Staatspolitik der Republik Indonesiens (Garis-Garis Besar Haluan Negara RI = GBHN) beruhen. Die betreffende Stelle in den GBHN von 1973-1978 lautet [übersetzt]: Bei der Durchführung der Erschließung der natürlichen Ressourcen muß rational vorgegangen werden. Die betreffenden Reichtümer der Natur müssen so erschlossen werden, daß die natürliche Umweltstruktur der Menschen nicht zerstört wird, unter Verwendung einer ganzheitlichen Politik und Berücksichtigung der Bedürfnisse der kommenden Generationen.

Damit hat die indonesische Regierung eigentlich schon festgelegt, daß die Entwicklung[spolitik] die Umwelt nicht zerstören und die Bedürfnisse der kommenden Generationen berücksichtigen sollte. Der politische Wille dazu kann an mehreren Maßnahmen abgelesen werden, wie z.B. der Ratifikation von Konventionen im Rahmen der 'nachhaltigen Entwicklung', der Bildung von Kommissionen, die damit betraut sind und der Erstellung von Entwürfen, Programmen und Regelungen mit dem Ziel, die Umwelt zu erhalten und zu pflegen. Inwieweit dieser politische Wille so durchgesetzt werden kann, damit er zu konkreten Taten des Umweltschutz wird, kann man an dem im folgenden dargestellten realen Zustand der Umwelt Indonesiens ablesen.

4. Die Situation der Umwelt in Indonesien und die gegenwärtigen Umweltkrisen

4.1 *Die Situation der Umwelt in Indonesien*

Indonesien gehört zu den Ländern, die sich durch eine Mega-Biodiversifizierung auszeichnen, das heißt es besitzt eine enorme Artenvielfalt zusätzlich zu dem Reichtum an anderen natürlichen Ressourcen.

Es gibt mindestens 47 charakteristische Ökosysteme in Indonesien, angefangen von den Eisfeldern und den Schneewiesen Irian Jayas, bis zu den verschiedenen Formen des Tiefland-Regenwaldes, von Tiefseen bis zu Flachsümpfen, von herrlichen Korallenriffen bis zu Seegrasgärten und Mangrovensümpfen.

Das indonesische Entwicklungsmodell, das auf wirtschaftliches Wachstum und politische Stabilität ausgerichtet ist, hat eine erhebliche Schädigung der Umwelt durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Verschmutzung der Umwelt zur Folge. Umweltschäden werden in Indonesien verursacht durch :

- **Bergbauaktivitäten:** Bis 1997 wurden bereits 481 Lizenzen an Bergbauunternehmen vergeben, im einzelnen für Unternehmen, die Gold, Zinn und andere elementare Metalle abbauen. Außer dem Abbauprozess selbst, dessen Folge Umweltschäden sind, schaffen die Abwässer des Bergbaus ein anderes großes Problem. Die Bergbauabwässer verursachen nicht nur eine Verschmutzung, sondern zerstören auch landwirtschaftliches Gebiet, Plantagen und dem Volke gehörende Wälder, und haben dadurch, daß sie die Subsistenzwirtschaft und das Einkommen der in der Umgebung lebenden Bevölkerung zerstören, auch eine soziale Auswirkung. Der Fall *Freeport* in Timika verdeutlicht dieses Problem.
- **Plantagen-Aktivitäten:** An zweiter Stelle der Investitionen steht nach dem Bergbau der Plantagenbereich, vor allem die Anlage von Ölpalmen-Plantagen. Der plantagenmäßige Anbau von diesen 'Kelapa Sawit' genannten Palmen führt zur Zerstörung von Primärwald sowie den Wäldern und Gärten der Bevölkerung. Ölpalmen-Plantagen verwandeln die Vielfalt des traditionellen Anbaus und Waldes in eine Baummonokultur.
- **Walderschließungs-Aktivitäten:** Die Erschließung von Wald für Ölpalmen-Plantagen, "Industriewald" (Anbau von Bäumen als *Pulp*/Papierrohstoffquelle), Waldkonzessionäre und für Transmigrationsvorhaben verschlingen 65% des indonesischen Regenwaldes mit ei-

ner Abholzungsrate von 1,3 Millionen Hektar pro Jahr. Diese Abholzung zerstört nicht nur die Artenvielfalt der Natur, sondern beraubt auch die von den Erträgen des Waldes lebende lokale Bevölkerung ihrer Lebensgrundlage. Als Folge der Walderschließung wird dieser Schwund an natürlichem Lebensraum auf 51% geschätzt. Vor allem Java und Bali halten bei dieser Vernichtung den Rekord mit 91%.

- **Zerstörung der Mangrovenwälder:** Die Schädigung der Mangrovenwälder ist ebenso einmalig in Indonesien. Ihre Abholzung geschieht, um Raum für Industrieansiedlungen und Wohnungen zu schaffen, sowie für die Anlage von Garnelenzuchtteichen. Eine weitere Schädigungsursache sind Kontamination durch Industrieabwässer. Die meisten Mangrovenwälder erstrecken sich über eine Fläche von 4,25 Millionen Hektar in Irian Jaya, Sumatra und Kalimantan. Diese Fläche verringert sich jedoch drastisch wegen der oben genannten Gründe.
- **Landwirtschaftliche Aktivitäten:** Im Zuge der 'Grünen Revolution' wurden die indonesischen Bauern mit Kunstdünger und Pestiziden bekannt gemacht. Heutzutage sind die Folgen überaus spürbar: Die Verwendung von Chemikalien ist außer Kontrolle geraten. Der Zwang zum Anbau von Super(-Reis)sorten hat das Verschwinden der Originalkulturen und daraus folgend der genetischen Artenvielfalt bewirkt. In den letzten 15 Jahren sind 1.500 lokale Reissorten ausgestorben, als Folge der Verwendung von neuen 'überlegenen' Reissorten. Die Anwendung des javanischen Anbausystems außerhalb Javas, wo die Reisanbauweise unbekannt ist, führt zur Abholzung von Sago-Wäldern, vor allem auf Irian Jaya.
- **Zerstörung der Korallen:** Zur Zeit sind 41% der Korallen in Indonesien in kritischem Zustand, 29% sind vernichtet, 24% sind in einigermaßen gutem Zustand und nur 5% sind noch unberührt. Faktoren, die zur Zerstörung der Korallen führen, sind kommerzieller Fischfang durch *pukat-harimau* Schiffe, die Verwendung von Sprengstoffen und Giften zum Fischfang, Überfischung des Meeres, Sandabbau an den Küsten und die Einleitung von industriellen und häuslichen Abwässern ins Meer.
- **Tourismus:** Neuerdings entwickelt sich der Tourismus zur Haupteinnahmequelle für Devisen. Der Bau von touristischen Einrichtungen wie Hotels, (Zugang zu) Sehenswürdigkeiten, u. a. zerstört offensichtlich immer mehr Strände, Reservoirs, Wasserreservoirgebiete, usw. Die Anlage von Golfplätzen führt zu besonderen Problemen in Indonesien. Außer der Vertreibung der Bewohner von ihren Grundstücken, Anbauflächen und Wäldern bewirkt (der Betrieb) von Golfplätzen auch die Verschmutzung des Grundwassers durch Düngemittel und Pestizide bei der Rasenpflege.
- **Industrie:** Die Investitionen in der verarbeitenden Industrie umfassen 2.150 Projekte, vor allem in der chemischen Industrie (576 Investitionsprojekte), Metallindustrie (567 Projekte), Lebensmittelindustrie (305 Projekte) und Textilindustrie (315 Projekte), die alle hochgiftige Abwässer produzieren. Über 60% der indonesischen Industrie verfügt nur über unzureichende Abwässer-Aufbereitungsanlagen. Das heißt, daß mit dem Steigen der Investitionen in der verarbeitenden Industrie auch die Gefährdung durch giftige Schadstoffe anwächst.
- **Nichtanerkennung der Rechte und des Wissens der traditionellen Bevölkerung:** Diese Bevölkerung besitzt ein überliefertes Können bei der Verarbeitung der natürlichen Ressourcen. Durch die Verachtung ihres angestammten Wissens pflegt und erhält niemand mehr den Reichtum der Natur.

Alles wird noch schlimmer durch die inhomogene Entwicklung in Indonesien, die vor allem auf Java zu einer Verstädterung in Richtung Industriezentren führt (Jakarta, West-Java, Mittel-Java und Ost-Java). Die Erweiterung von Industrie- und Wohnungsarealen geht auf Kosten von Wasserreservoirs und Naßreisfeldern. Die Krise der Reisversorgung ist sogar schon an der Tagesordnung. Ein Problem, das daraus folgt, ist die Neuanlage von Reisfel-

dern außerhalb Javas, dem wiederum Moor/Gambut-Gebiete, Mangrovenwälder und Sago-Anpflanzungen zum Opfer fallen.

4.2 Die aktuelle Umweltkrise

Die Umweltkrise, die zur Zeit Indonesien heimsucht und Auswirkungen auf die angrenzenden Länder hat, entsteht durch Waldbrände. Die Folgen dieser Waldbrände sind seit Juli 1997 immer spürbarer, nämlich als dicker Rauch, der dabei ist, die Gesundheit von über 20 Millionen Menschen in Sumatra und Kalimantan zu gefährden, ungerechnet die Millionen Bewohner der Nachbarländer Indonesiens, wie Malaysia, Singapur, Sarawak und Brunei. An aller erster Stelle sind es die Kinder, die für Infektionskrankheiten der Atemwege anfällig sind.

Von offizieller Seite heißt es, daß die Waldbrände sich auf eine Fläche von 300.000 Hektar erstrecken, während einige Nichtregierungsorganisationen, wie WALHI, SKEPHI und BINA LINGKUNGAN HIDUP vermuten, daß es in Wirklichkeit 900.000 bis 1.000.000 Hektar sind. *Tempo Interaktif* hat folgende Daten über die Brände in 17 Provinzen Indonesiens veröffentlicht:

Durch Brände wurden vernichtet:

Geschützter Wald:	30.000 ha
Naturschutzwald:	12.000 ha
Nationalparks:	850 ha
Sonstiger Primärwald:	5 ha
Torfgebiete:	10.000 ha
Produktionswald:	410.000 ha
Erholungswald:	2.000 ha
Waldparks:	10 ha
Landwirtschaftlich genutzte Gebiete der Bevölkerung:	3.000 ha
Reisanbauflächen:	440.000 ha

Die dargestellten Werte sind offensichtlich immer weiter nach oben korrigiert, im Einklang mit den letzten Berichten über die Waldbrände in verschiedenen Gegenden Javas, Irian Jayas usw. Seit Anfang Februar bis zur ersten Augustwoche 1997 sind nach Angaben des Nationalen Koordinationsteams zur Flächenbrandbekämpfung (TKNPKL) 1.087 *Hot Spots* gefunden worden, die auf Stellen hinweisen, an denen es brennt. Riau steht mit 366 *Hot Spots* an der Spitze, gefolgt von Mittel-Kalimantan mit 154, Jambi mit 139 und Südsumatra mit 116 *Hot Spots*. Das bedeutet, daß die meisten Brände auf Sumatra zu finden sind. Die Presse hat über die Brände in Sumatra und Kalimantan auch besonders berichtet, weil die Bürger Malaysias, Singapurs und der Philippinen wegen des nach dort getriebenen dicken Rauchs protestiert haben, bis dieser zu einem internationalen Fall wurde. In Wirklichkeit gibt es seit August auch Brände in Ost-Timor (80.000 Hektar), in Nord-Sulawesi (400 Hektar), in Mittel-Java, West-Java usw.

Die Hauptursache für Waldbrände sind die Waldrodungsaktivitäten zum Zweck der Anpflanzung von 'Industriewald' (Papierproduktion), für Plantagen, Landwirtschaft und als Transmigrationsgebiet; das Verbrennen von herumliegendem 'Abfallholz' nach Kahlschlag; die Abnahme der Baumdichte in Wäldern nach Teilabholzung, die die Verbrennungsgefahr für die restlichen Bäume in der Trockenzeit erhöht. 176 Unternehmen stehen unter dem Verdacht, Waldbrände gelegt zu haben, und 29 Unternehmen wurde bereits die Holzverarbeitungserlaubnis entzogen. Diese setzten sich aus 12 *Pulp*-Produktionsfirmen und 17 Plantagenunter-

nehmen zusammen. Davon gehören die *Pulp* produzierenden ITC-Hutani und Kiani Hutan Lestari dem Großunternehmer Bob Hasan.

Die Unternehmen selbst versuchen die Schuld von sich zu weisen, indem sie behaupten, daß die traditionelle Brandrodung die Ursache der Waldbrände sei. Dies wird von Stepanus Djuweng (Direktor für die Erforschung und Entwicklung der Dayak-Kultur) mit der Begründung zurückgewiesen, daß es zwar nomadisierende Bauern gäbe, die Brandrodung anwendeten, aber nicht in großem Umfang und auf dem Hintergrund einer gewissen Ethik (*Forum Magazine*, 20.10.97).

Zu den negativen Auswirkungen (der Waldbrände) auf die menschliche Gesundheit durch den dabei entstehenden Rauch kommt die Zerstörung des Ökosystems des Waldes, das Verschwinden der Artenvielfalt in der Natur, die Luftverschmutzung über die Landesgrenzen hinweg, die Verschwendung von natürlichen Ressourcen und die Störung des Luft-, See- und Landverkehrs durch die rauchbedingte Sichtbehinderung. Der materielle Schaden für Indonesien erreicht in indonesischen Rupiah 13-stellige Zahlen (Milliarden US\$).

Waldbrände sind in Indonesien keine Seltenheit, sondern finden jedes Jahr statt. Die schlimmsten Waldbrände bisher vernichteten 1983 etwa drei Millionen Hektar Wald. Aufgrund dieser Tatsache sollte Indonesien eigentlich auf Waldbrände vorbereitet und in der Lage sein, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dies ist aber nicht der Fall. Folgende Faktoren sind der Grund dafür:

- Die fortgesetzte Erteilung von Erlaubnissen an Waldkonzessionäre für die Walderschließung und -abholzung;
- Die Erlaubnis für diese HTI, Waldgebiete durch Verbrennen von Abholzungsresten industriell zu erschließen;
- Das Versagen des Wiederaufforstungs- und Rehabilitationsprogramms;
- Mangelnde Anwendung der Gesetze gegenüber Holzeinschlags-, *Pulp*- und Plantagenunternehmen. Es werden nur administrative Sanktionen, wie die Rücknahme des Rechts der Holzverwertung (IPK) verhängt, nicht aber die Rücknahme der Betriebsgenehmigung. Die Verantwortlichen sind noch nie nach dem Strafrecht verurteilt und auch bestraft worden. Obwohl es in Indonesien ein Umweltgesetz gibt, nachdem ein Umweltsünder zu Strafen von bis zu 10 Jahren Gefängnis oder die Bezahlung von 500 Millionen Rupien verurteilt werden kann, ist dies noch nie vorgekommen. Dies ist auch der Grund dafür, daß die Unternehmen nichts gegen entstandene Waldbrände unternehmen und den Löschkaktivitäten der Regierung nicht zur Seite stehen.
- Der Staatssekretär (Dirjen) für Waldschutz und Naturerhaltung selbst gibt zu, daß es in Indonesien bis heute keine standardisierte Anleitung für das Löschen von Waldbränden gibt, obwohl solche jedes Jahr in einem besorgniserregenden Umfang in Indonesien stattfinden.
- Die mangelnde Koordination unter verantwortlichen Ministerien, hauptsächlich zwischen dem Forst-, Landwirtschafts-, sowie Transmigrations- und Waldsiedlungsministerium. Die Entscheidungsträger haben noch kein einheitliches Problembewußtsein. Nicht selten hingegen widersprechen sich zwei oder mehr Beschlüsse innerhalb ein und derselben politischen Maßnahme. Diese Schwachpunkte sind der Grund für das total verspätete Reagieren auf die Waldbrände.
- Das Manipulieren der Daten zur Verdeckung der Schwächen der Bürokratie, und der fehlende Zugang der Bevölkerung zu unabhängiger Berichterstattung;
- Das Fehlen einer speziell trainierten Löschtruppe für Waldbrände. Unqualifizierte indonesische Soldaten, die zur Brandbekämpfung eingesetzt wurden, ohne eine notwendige Waldbrandbekämpfungsausrüstung zur Verfügung zu haben, im Vergleich zu den malayischen Experten, bestätigen dies.

5. Die Entwicklung seit der Konferenz von Rio des Jahres 1992

Indonesien war eines der ersten Länder, die die Agenda 21 und Deklaration von Rio unterschrieben haben. Im Anschluß daran hat Indonesien die Artenvielfalts-Konvention durch das Gesetz Nr.5 des Jahres 1995, und die Klimaveränderungs-Konvention durch das Gesetz Nr.4 des Jahres 1994 ratifiziert. Was sich seit der Konferenz von Rio des Jahres 1992 getan hat, geht aus dem Folgenden hervor:

5.1 Agenda 21

Seit der Konferenz von Rio im Jahre 1992 hat die indonesische Regierung mehreren Institutionen die Verantwortung zur Durchführung und Überwachung der Agenda 21 übertragen. Die BAPPENAS (Nationale Planungsbehörde) wurde mit der Erstellung eines Plans zur nachhaltigen Entwicklung betraut. Außerdem ist die BAPPENAS auch für die Überwachung der Implementierung in ausgewählten Regionen, wie z.B. die Meergebiete zuständig. Dem Forstministerium wurde die Verantwortung für das Waldmanagement entsprechend den *Forest Principles* und der Agenda 21 über den Wald übertragen. Das Generaldirektorat für Waldschutz und Konservierung der natürlichen Ressourcen (PHPA) und das Waldministerium sind für das Management von geschützten Gebieten verantwortlich, und zwar sowohl für Festland, Wasser und Feuchtgebiete. Das Landwirtschaftsministerium ist über die Kommission zur Erhaltung der Artenvielfalt verantwortlich für das Management der Erhaltung der Landwirtschaft, Chemikalieneinsatz und Artenvielfalt der Natur. Das Umweltministerium ist für die Koordination der politischen Maßnahmen und Programme zur Artenvielfalt und Klimaveränderungen zuständig.

Die Entwicklung der Agenda 21 wird in Indonesien durch Koordination zwischen Umweltministerium und UNDP im Rahmen des *Post-UNCED Planning and Capacity Building Project* INS/92/007 gehandhabt. 22 Berater arbeiten für dieses Projekt und haben bereits die sogenannte 'Agenda 21 Indonesia' entworfen. Dieses Papier ist in vier Kapitel unterteilt, nämlich:

1. Betreuung der Bevölkerung, bestehend aus: Beseitigung der Armut, Änderung der Konsumgewohnheiten, Bevölkerungsdynamik, Pflege und Verbesserung der Gesundheit, Entwicklung von Wohnhäusern und Siedlungen, globales Handelssystem, wirtschaftliche Mittel sowie ökonomisches Gleichgewicht und integrierte Umwelt;
2. Abwässer-Management, bestehend aus Aktivitäten zum Schutz der Atmosphäre, Entsorgung von giftigen und gefährlichen Substanzen, radioaktivem Müll, festem und flüssigen Abfällen;
3. Boden-Management, bestehend aus: Bodenplanung, Waldmanagement, Landwirtschafts- und Dorfentwicklung, Wasser-Management;
4. Natur-Management, bestehend aus Aktivitäten zur Konservierung der Artenvielfalt der Natur, Biotechnologie, Meeres- und Küstenmanagement.

5.2 Artenvielfalt der Natur

Indonesien hat bereits die *Convention on Biodiversity* (CBD) ratifiziert und das Gesetz Nr. 5, 1995 erlassen. Einige strategische Maßnahmen haben stattgefunden, wie z.B. eine nationale Studie des Umweltministeriums über die Artenvielfalt der Natur, in der eine nationale Strategie für das Management der natürlichen Artenvielfalt aufgestellt ist. Die BAPPENAS hat 1993 einen Aktionsplan zur natürlichen Artenvielfalt entworfen, den man als Plan zum Schutz der natürlichen Artenvielfalt 'in-situ' und 'ex-situ' bezeichnen kann. Darüber hinaus sind zwei Nationalparks, nämlich Ujung Kulon (West-Java) und Komodo (NTB) von der IUCN als Welterbe erklärt worden. Weiterhin hat Indonesien im Zusammenhang mit dem Biosphären-Programm der UNESCO sechs internationale Biosphären-Reservate festgelegt: nämlich Siberut und Gunung Leuser in Sumatra, Cibodas in West-Jawa, Tanjung Puting in Kalimantan, Lore Lindu in Zentral-Sulawesi und Komodo in West-Nusatenggara.

Auch hat Indonesien bereits 34 Nationalparks mit einer Gesamtfläche von 2,2 Millionen Hektar eingerichtet. Gesetzlich sind insgesamt 538 wilde Spezies geschützt.

Mehrere Programme wurden institutionalisiert. Mit Hilfe der GEF (*Global Environment Facility*) führt die LIPI seit 1994 ein Projekt zur Inventarisierung der Artenvielfalt durch und hat ein sogenanntes *User Advisory Group Information System* entwickelt, das 1999 die Arbeit aufnimmt.

Das Umweltministerium wurde zum *Clearing House* für Artenvielfaltsangelegenheiten bestimmt. Diese Stelle besteht aus mehreren Arbeitsgruppen, wie Artensicherung, Recht auf geistiges Eigentum, Zugang zu genetischen Ressourcen und die Artenvielfalt des Meeres.

Im Zusammenhang mit dieser Konvention wurden zwei Nichtregierungsorganisationen gegründet, nämlich die Artenvielfalts-Stiftung Yayasan Keanekaragaman Hayati im Jahr 1994 mit Hilfe der USAID. Dies ist eine 'Geber'-Organisation, die Spenden für NGOs und Organisationen der Bevölkerung zum Zweck der Erhaltung der natürlichen Artenvielfalt zur Verfügung stellt; und als zweites das Bioforum, gegründet 1995 auf die Initiative einiger NGOs in Indonesien mit der Hauptaufgabe, die Implementierung der Konvention zur biologischen Artenvielfalt in Indonesien zu beachten und sich dafür einzusetzen, daß die Interesse der lokalen und traditionellen Bevölkerung in den Prozeß der sie betreffenden Entscheidungsbildung miteinbezogen werden. Das Bioforum ist ein Netz von NGOs mit zur Zeit 60 Mitgliedern in ganz Indonesien.

Trotz all dieser Regelungen und Institutionen der Regierung, die zur Erhaltung der Artenvielfalt der Natur gebildet wurden, erlebt eben diese Vielfalt in Indonesien einen unaufhaltsamen Niedergang. Als Beispiel: Aus verschiedenen Gründen werden in Indonesien 800.000 bis 1,3 Millionen Hektar Wald abgeholzt. Etwa 41% der Korallen Indonesiens sind schon total zerstört, 29% sind in einem 'angeschlagenen' Zustand, 34% sind in einigermaßen gutem Zustand und nur 5% sind noch unberührt. Insgesamt hat Indonesien 700 geschütztes Gebiet, eingeschlossen existierendes und in Erwägung gezogenes Waldschutzgebiet. 79 dieser Schutzgebiete sind für die Erhaltung der natürlichen Artenvielfalt ausersehen, obwohl nur 31 davon einen klaren Arbeitsplan haben und nicht alle durchgeführt werden können.

5.3 Treibhauseffekt

Indonesien hat neben der Ratifizierung der Klimaveränderungs-Konvention durch das Gesetz Nr. 6, 1994 auch die Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht von 1985 und das Protokoll von Montreal über die Ozonschicht schädigende Stoffe von 1987 ratifiziert. Alles, was mit dem Schutz der Atmosphäre in Indonesien zusammenhängt, wird vom Umweltministerium und dem BAPPENAS koordiniert. Daran im Anschluß hat das Umweltministerium ein Nationalkomitee für Klima und Umwelt geschaffen, das in drei Arbeitsgruppen untergliedert ist, die die langfristige Entwicklungsstrategie diskutieren, das Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit bei der Bewertung der Auswirkungen und die Planung von Aktionen zur Verringerung von Abgasen. 1994 wurde die erste Koordinationskonferenz über das Umweltmanagement und die nachhaltige Entwicklung abgehalten, die eine lang-, mittel- und kurzfristige Strategie zur Reaktion auf die Auswirkungen der Klimaveränderung entworfen hat. Mit Einsetzen des REPELITA VI (1995-1998) kann man die Maßnahmen der Regierung in bezug auf die globale Klimaveränderung in fünf Bereiche einteilen, nämlich:

1. Forschung und Entwicklung, Beobachtung und Analyse im Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt und der Klimaveränderung;
2. Aktivitäten zur Verringerung des Treibhauseffekts;
3. Adaptation auf die Klimaveränderung;
4. die Rolle der Teilnahme der Öffentlichkeit und der Gruppe der Unternehmer bei der Vorbereitung auf den Treibhauseffekt und die Klimaveränderung;
5. Auswertung der Auswirkungen der Klimaveränderung auf die Umwelt.

In Sachen Verringerung der Abgase hat Indonesien noch eine negative Bilanz aufzuweisen. Das liegt daran, daß es noch keine non-fossile alternative Energiequelle gibt. Bevor man eine Alternative bestimmt hat, werden die Bemühungen der Abgasverringering bestimmte Auswirkungen auf den Prozeß der Entwicklung Indonesiens haben. Zwei politische Ansätze wurden bekannt:

Die erste ist eine 'No regret solution', was so viel bedeutet, daß Indonesien nichts bereuen braucht und für nichts verantwortlich ist, wenn es die Abgase nicht verringert, mit der Konsequenz, daß sich die Klimasituation sicher nicht verändert.

Die zweite ist eine 'win-win solution', was bedeutet, daß was auch immer von Indonesien unternommen wird gewinnbringend sein muß. Die angebotenen Lösungen sind ganz klar ausschließlich nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen Indonesiens gerichtet und widersprechen den [überregionalen] globalen Erfordernissen.

Auf nationaler Ebene ist ein globales Voraussage-Modell unbrauchbar. Es gibt keine Bemühungen zur Erweckung eines politischen Problembewußtseins über die ständige globale Aufheizung und ihre Auswirkungen für das Meer und die Küsten beispielsweise. Mögliche Opfer dieser globalen Erwärmung sind Bauern und Fischer, aus denen sich die Bevölkerung Indonesiens hauptsächlich zusammensetzt.

5.4 Wald

Auf dem Gebiet des Waldmanagements gibt es mehrere Aktivitäten der indonesischen Regierung, um die Nachhaltigkeit des Waldmanagements zu garantieren. Im Zusammenhang mit dem *Tropical Forestry Action Plan* (TFAP), hat Indonesien 1992 einen gleichnamigen indonesischen Plan entwickelt (IFAP) und eine *Consultative Group on Indonesian Forest* gegründet, um bilaterale und multilaterale Projekte zu koordinieren. Man hofft, daß Indonesien im Jahr 2000 fähig sein wird, Holz zu exportieren, das aus Wäldern stammt, die nach dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung gemanagt sind. Die Regierung schreibt auch eine Umwelt-Auswirkungsanalyse vor, die aus den Teilanalysen zu den Aspekten Biophysik, Sozio-Ökonomie, Kultur und Umwelt besteht, im Rahmen der Politik der Umweltplanung und -überwachung. Zielgruppen sind die Konzessionäre und *Pulp*-Produzenten. Im Anschluß daran hat die Regierung auch mehrere Gesetze und Vorschriften für ein nachhaltiges Waldmanagement erlassen, wie die Entwicklung von Kriterien und Indikatoren dafür im Jahr 1993 und die Bildung einer Arbeitsgruppe Indonesisches Ökolabel-Institut im Jahr 1994.

Die indonesische Regierung hat 25% oder 49,6 Millionen Hektar Land unter Naturschutz gestellt, davon 30,8 Millionen Hektar geschützter Wald und 18,8 Millionen Hektar Konservierungswald, der weiter in Nationalparks, Neuanpflanzungen, Naturschutzgebiete und Nationalwald unterteilt ist. In Indonesien gibt es 31 Nationalparks mit zusammen 7,9 Millionen Hektar.

Leider ist die Durchführung dieser Politik nicht frei von strategischen Behinderungen: eine Wirtschaft der hohen Ausgaben und [damit zusammenhängend] eine chronische Korruption verursachen große Probleme, was das Waldwesen betrifft. Dies hat seine Gründe in dem Vorhandensein von Gruppierungen, die auf ihre Rechte bestehen, ohne nennenswert zur Produktivität beizutragen. Auf der anderen Seite werden Bevölkerungsgruppen, deren Teilnahme die Produktivität erhöhen könnte - wie z.B. die traditionelle in der Umgebung der Wälder wohnende Bevölkerung - bei diesem Prozeß übergangen. Die Kennzeichnung [von Holzprodukten] mit einem Ökolabel funktioniert in Indonesien noch nicht, weil dies noch zu konfliktgeladen ist.

Das Forstministerium hat ein neues Programm gestartet, das als 'Soziales Waldmanagement' bezeichnet wird. Doch dieses Projekt ist zu sehr an einem bürokratischen Ansatz orientiert und baut fast ausschließlich auf die Nutzholzproduktion. Gleichzeitig werden die Rechte der in den Waldgebieten wohnenden traditionellen Bevölkerung noch immer nicht anerkannt.

6. Rechtlicher Rahmen des Umweltschutzes

Als Rechtsgrundlage für den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung gilt der Paragraph 33, Absatz 3 der indonesischen Verfassung, der besagt, daß "Land und Wasser und die darin enthaltenen natürlichen Ressourcen vom Staat geschützt werden und zum größtmöglichen Nutzen für das Volk verwendet werden müssen." Des weiteren enthält das Gesetz Nr. 4, 1982, die wichtigsten Prinzipien für das Umweltmanagement. Dieses Gesetz wurde 1997 reformiert; Gesetz Nr. 5, 1990, über die Konservierung der Artenvielfalt und des Ökosystems; Gesetz Nr. 24, 1992, über die Raumordnung mit allen Regelungen, die sie unterstützen; Präsidentenbeschluß Nr. 77, 1994, über die Körperschaft zur Regelung der Auswirkungen auf die Umwelt (BAPPEDAL).

Indonesien hat auch viele Konventionen der UNO ratifiziert, wie die Konvention zur Artenvielfalt, zur Klimaveränderung, die Konvention von Basel, die UNCLOS, usw.

Obwohl es einen rechtlichen Rahmen gibt, der eigentlich stark genug sein müßte um die Umwelt zu schützen, ist dieser offensichtlich zu schwach, um der fortwährende Umweltzerstörung in Indonesien zu begegnen. Anlässlich eines Seminars mit dem Thema *Country Assessment - On the Implementation of the Result of Earth Summit*, das von der WALHI, einem Forum von 360 indonesischen NROs, vom 14.-15. Januar 1997 veranstaltet wurde, gab es die Schlußfolgerung, daß die folgenden Punkte die Durchführung des Umweltgesetzes in Indonesien behindern (WALHI, 1997):

1. Die Politik der indonesischen Regierung ist nur 'verbal', wobei ein Konzept dann als erledigt angesehen wird, wenn es schon besprochen und legalisiert worden ist. Erläuterungen über die weitere Implementierung gelten als überflüssig. Es gibt einen tiefen Widerspruch zwischen Konzept und Implementierung nicht nur im Regierungsbereich, sondern auch bei den Unternehmen.
2. Das Umweltmanagement bedarf eines integrierten und ganzheitlichen Arbeitsrahmens, während der existierende Ansatz eher sektoral und auf die Verantwortlichkeit des Individuums ausgerichtet ist.
3. Die stark autoritäre Politik in Indonesien erkennt das Konzept des mündigen oder eigenverantwortlichen Bürgers nicht an. Ein Großteil der Politik geschieht über den Ansatz 'Befehl und Überwachung'. Die Regierung wird zum obersten Herr und ist immer bei allen nationalen Programmen in der Führungsrolle.
4. Die neu entstandene Macht der Unternehmen ermöglicht es diesen, die Regierungspolitik zum eigenen Vorteil zu beeinflussen (Bündnis zwischen Unternehmern und der Bürokratie), indem sie alle Bemühungen zur Durchführung der Gesetze und Implementierung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung mißachten.
5. Der Mangel an fähigen Kräften in der Bürokratie schwächt die Durchführung von Entwicklungskonzepten, über die schon ein Konsens herrscht.
6. Die Unzulänglichkeit der Durchführung der Gesetze in Indonesien, vor allem im Umweltbereich, und die mangelnde Information der Bevölkerung über die Umweltschutz-Gesetze. Ebenso die fehlende Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der politischen Macht, so daß es unmöglich für diese ist, eine effektive Durchsetzung des Rechts zu gewährleisten.
7. Die zentralisierte Regierungsform entspricht nicht mehr der geographischen Ausdehnung und der Vielzahl der Menschen in Indonesien.
8. Die Erfordernisse der Wirtschaft stehen über den Umwelt- und Sozialerfordernissen.

7. Umweltbewußtsein der Bevölkerung, der Unternehmer und der Regierung

Basis der Beteiligung der Bevölkerung am Prozeß der nachhaltigen Entwicklung ist die Zurverfügungstellung von Informationen durch die Regierung, um die Bereitschaft der Bevölke-

rung, die Umweltpolitik anzunehmen, zu erhöhen, um die Stärkung des Rechts und die Demokratisierung des Entscheidungsbildungsprozesses zu fördern, und ebenso die Gesellschaft zu befähigen, als soziales Kontrollinstrument zu fungieren.

Die wirtschaftliche und politische Situation Indonesiens erlaubt es nicht, auf eine solche Gesellschaft hinzuwirken. Die [augenblickliche] politische Situation in Indonesien schafft Menschen, die nur materiellen Reichtum als ihr Lebensziel sehen und Umwelt-, soziale und politische Probleme mißachten oder ihnen gegenüber indifferent sind. Solange ihre eigenen Belange nicht gestört sind, zeigen sie dieses Verhalten.

Andererseits werden die bereits existierenden Fähigkeiten der traditionellen Bevölkerung beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen nicht wertgeschätzt oder beseitigt durch die Einführung des Systems der Regionalregierung. Die Folge ist die stetige Abnahme des Teils der Bevölkerung, der bereits seit Jahrhunderten den Bestand der natürlichen Ressourcen bewahrt und erhält. Dies wird durch den Problemfall der Bevölkerung Harukus und den geplanten Abbau von Zinn auf der Insel Haruku durch die PT. Aneka Tambang deutlich.

Die Unternehmer neigen dazu, schnelle Gewinne zu machen, und lehnen es daher ab, Ausgaben für die Umwelt in der Berechnung ihrer Produktionskosten zu berücksichtigen. Andererseits ist die Privatwirtschaft nicht bereit, ihre Betriebsstandards so zu ändern, daß sie den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung entsprechen, als Folge der Korruption in der Wirtschaft, die die Kosten in die Höhe treibt. Die Unternehmer machen sich auch nichts aus den Umweltgesetzen, weil sie das Gefühl haben, daß sie dazu nicht gezwungen sind und es keine spürbare Überwachung ihrer Betriebe gibt.

Auf der anderen Seite jedoch gibt es auch Unternehmer und Regierungsbeamte, die die Umwelt als ihre private Geldquelle ansehen. Sie liebäugeln mit Nationalparks, gründen Institutionen und erhalten die Genehmigungen, um Nationalparks zu betreiben. Die Geldhilfen der internationalen Institutionen für den Naturschutz fließen dann in ihre Taschen.

Zieht man die von der Regierung unternommenen Maßnahmen in Erwägung, wird ein gewisser politischer Wille sichtbar, die nachhaltige Entwicklung in die Tat umzusetzen. Höhere politische und wirtschaftliche Interessen jedoch verhindern es, daß dieser politische Wille auch durch konkrete Schritte implementiert wird.

Der Unwille der Bürokratie zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Nichtregierungsorganisationen ist ein weiteres Hindernis. Der genannte politische Wille hört bei der Konzeption und Programmbildung auf und erreicht noch nicht das Stadium konkreter Aktionen. Es ist auch deutlich, daß Umweltansprüche gegenüber den Ansprüchen der Wirtschaft immer 'den Kürzeren ziehen'. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Weitergabe von Aufforstungsgeldern in Höhe von 500 Milliarden Rupien im Jahre 1994 als zinsloses Darlehen zu Gunsten des Flugzeugwerkes IPTN. Dieses Geld stammt aus Pflichtabgaben der Konzessionäre und sollte eigentlich für die Wiederaufforstung der Wälder zweckgebunden sein. Das ursprünglich als Darlehen zur Verfügung gestellte Geld wurde daraufhin aber nicht zurückbezahlt, sondern als Aktienbeteiligung der Regierung in der IPTN, deren Beiratsvorsitzender Präsident Suharto ist, umdefiniert.

Das bedeutet, daß die Interessen der Machtelite weiterhin, den trotzdem bei einigen Ministerien oder Ministern vorhandenen politischen Willen zum Umweltschutz und zur Durchführung der nachhaltigen Entwicklung, eingrenzen.

Das wahre Gesicht der Regierung in bezug auf die Umwelt kommt auch zum Vorschein, wenn man den Staatshaushalt betrachtet. Die Regierung plant im Umwelt- und Raumordnungsbereich im Haushaltsjahr 1997/98 ganze 256,1 Milliarden Rupien auszugeben, davon 6,8 Milliarden für die Umwelt und 203,6 Milliarden für die Raumordnung. Mit den Umweltgeldern werden mehrere Programme und Aktivitäten zu Gunsten des Umweltmanagements und Initiativen der Kontrolle von Verschmutzung und Auswirkungen auf die Umwelt finanziert.

Die Mittel für die Raumordnung sind für das Programm der Erfassung und Registrierung der Grundstücke bestimmt. Zum Vergleich, die im Staatshaushalt vorgesehenen Posten in anderen Bereichen:

- für Handel, Geldwirtschaft, Genossenschaften und Kleinbetriebe: 28.979,3 Milliarden Rupien; für Regionalentwicklung und Transmigration 11.707,5 Milliarden Rupien;
- für Verteidigung und Sicherheit 6.277,7 Milliarden Rupien;
- für den Justizbereich 690 Milliarden (Finanzministerium, 1997).

Schon dies macht deutlich, wie es die Regierung mit den Umweltangelegenheiten hält. Weil im Vergleich zu anderen Bereichen, relativ gesehen, sehr wenig Ausgaben für den Umweltschutz vorgesehen sind, wird offensichtlich, daß die Sorge um die Erhaltung der Umwelt anderen Interessen weit unterlegen ist.

8. Öffentliche Diskussion über die 'nachhaltige Entwicklung' in Indonesien und deren Teilnehmer

In Indonesien wird nicht viel über die nachhaltige Entwicklung diskutiert. Normalerweise finden solche Diskussionen auf der Ebene der Regierung und der NROs mit begrenztem Teilnehmerkreis aus dem Fachpublikum und nur selten unter Einbeziehung der allgemeinen Öffentlichkeit statt. Dies wird von dem Vorsitzenden der *Yayasan Pembangunan Berkelanjutan* (Stiftung Nachhaltige Entwicklung) in Jakarta zugegeben, den ich bei der Verfassung dieses Aufsatzes aufgesucht habe.

Die Auseinandersetzung über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung fände noch zu wenig unter der Bevölkerung statt, was auch für die Forschung zu ihrer Unterstützung gelte. Die schon laufende Diskussion sei eher bereichsorientiert und nicht in einen Rahmenplan der nachhaltigen Entwicklung integriert.

1997 hat es mindestens zwei Diskussionen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung gegeben.

Die erste war Anfang des Jahres von WALHI organisiert mit dem Thema: *Country Assessment - On the Implementation of the Result of Earth Summit*. Dieses zweitägige Seminar evaluierte schwerpunktmäßig die Implementierung der Ergebnisse der Rio-Konferenz, ohne daß es eine spezielle Diskussion der nachhaltigen Entwicklung als allgemeiner Bezugsrahmen oder 'roter Faden' gab.

Das zweite Seminar hieß 'Umwelt' und wurde von der KMPH Ganesha (einer studentischen Naturfreunde-Gruppierung) organisiert. Dieses Seminar beschäftigte sich hauptsächlich mit der Bekanntmachung der Agenda 21 Indonesien, die aus dem Konzept und den von der Regierung nach und nach unternommenen politischen Maßnahmen hervorgeht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch nicht über konkrete Handlungen zur Implementierung des Konzepts und der [entsprechenden] Politik geredet, ebenso nicht über die dabei auftretenden Schwierigkeiten.

Die Aktivisten der Umwelt-NRO in Indonesien beherrschen den Teilbereich, der ihnen wichtig ist, über alles. Beispiele dafür sind die RMI, LATIN, SHK, WALHI, PLASMA, SKEPI, usw., die sich um alles kümmern, was mit dem Wald zusammenhängt, angefangen von der Ebene internationaler Probleme bis zu der traditionellen Bevölkerung, die in dessen Umgebung wohnt. Es gibt WALHI mit einem Untersuchungsausschuß, der Klima- und Energiefragen beherrscht; YABSHI mit einem Untersuchungsausschuß, der Meeres- und Küstenfragen behandelt.

Außerhalb Javas sind die NRO bestens über Wald-, Küsten-, traditionelle Bevölkerungs- und Landwirtschaftsfragen, usw. informiert. Es fehlt aber offensichtlich noch der wirtschaftliche Ansatz bei der Diskussion verschiedener Probleme aus den genannten Umweltbereichen.

Es gibt viel zu wenig regelmäßige Diskussionen, bei denen es gleichzeitig um Ökonomie und Ökologie geht, vor allem im Kontext der nachhaltigen Entwicklung.

9. Die Stärke der Umweltbewegung in Indonesien und die von ihr aufgestellten Forderungen und Bedingungen

Die Umweltbewegung entstand in Indonesien als Reaktion auf die Zerstörung der Umwelt als Folge der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Vertreibung der traditionellen Bevölkerung aus ihrem angestammten Lebensbereich. So ist das Auftreten von NGOs und eines Umwelt-Netzwerks zu verstehen, die sich für den Wald und die traditionelle Bevölkerung einsetzen.

In den letzten Jahren ist auch eine Umweltbewegung entstanden, die sich für die Fischer einsetzt. Die Umweltbewegung macht Werbung für organische Landwirtschaft, als Reaktion auf ansteigende Verwendung von Kunstdünger und Pestiziden zur Schädlingsbekämpfung, im Zuge der 'Grünen Revolution', die von der Regierung in den siebziger Jahren eingeführt wurde. Die Bewegung tritt auch für Umwelterziehung und Öko-Tourismus ein. Die Aktivitäten dieser Bewegungen erstrecken sich von der Verteidigung vertriebener Bevölkerung bis zum Lobbying für ihre Ziele auf nationaler und internationaler Ebene. Nur sehr wenig NROs dagegen setzen sich für die Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch die Industrie ein. Der YLKI selbst ist stark auf industrielle Produkte und den Verbraucherschutz konzentriert.

Die Aktivisten der NRO haben beträchtlichen politischen Einfluß. Die von ihnen vorgeschlagenen Konzepte werden häufig von Seiten der Regierung angenommen und verwendet, d.h. hier vom Umweltministerium als eines von 29 Ministerien, die recht offen der Umweltbewegung gegenüber sind. Es gibt sogar einige Umweltaktivisten, die Mitglied in den Kommissionen geworden sind, die gebildet wurden, um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung auszuarbeiten.

Die Stärke der Umweltbewegung macht sich aber nur auf der konzeptuellen und Lobby Ebene bemerkbar, ihr wurde noch nie die Gelegenheit gegeben, eine Massenbasis zur Stärkung der Umweltbewegung aufzubauen oder auf der Grundlage einer solchen zu arbeiten. Dieses Phänomen trifft allgemein auf Indonesien zu, wo das bestehende politische und wirtschaftliche System der Mehrheit der Bevölkerung keinen Raum zur Beteiligung an der Macht läßt. Der Grund dafür ist, daß die Macht der Masse als Störfaktor für die politische Stabilität und die bestehenden wirtschaftlichen Interessen angesehen wird.

Die Umweltbewegung in Indonesien geht davon aus, daß Umweltfragen nicht von dem Problem des Rechts der Bevölkerung auf Landbesitz und ein zufriedenstellendes Leben in einer gesunden Umwelt zu trennen sind. Das bedeutet, daß politischen, ökonomischen und kulturellen Gesichtspunkten im nationalen und lokalen Kontext die größte Bedeutung bei der Bewältigung von Umweltproblemen zukommt. Hier liegt vielleicht der Unterschied zu der Sicht der Umweltbewegung in den Industrieländern, die den Schwerpunkt auf den menschlichen und lokalen Aspekt im Umweltbereich legen. Dies wird durch die Aufmerksamkeit der internationalen Institutionen aus den Industrieländern widergespiegelt, die sich mehr auf globale Fragen und die Konservierung der Umwelt richten.

Zum Beispiel das Waldproblem. Für die internationalen Organisationen besteht das Problem des Waldes in dessen Abholzung, wobei die Konservierung des Waldes als Ausweg angesehen wird. Im Gegensatz dazu hat das Thema 'Wald' für die indonesische Umweltbewegung etwas mit Demokratie und Befähigung oder Stärkung der lokalen Bevölkerung zu tun. Das Thema Waldkonservierung kann nach Meinung eines Großteils der [indonesischen] Umwelt-NRO nicht von dem Problem der Landrechte, der Vertreibung der traditionellen Bevölkerung und dem Primat der Entwicklung losgelöst werden. Einiger dieser NRO bauen das Thema Umwelt sogar in ihre Kampagne ein, um das Rechtsbewußtsein zu steigern, desweiteren die Bevölkerung zu ermutigen, sich am Entscheidungsbildungsprozeß zu beteiligen und einen Teil der Gesellschaft für die Demokratisierungsbewegung zu gewinnen.

Diese Einsicht führt zu den Forderungen, der Bevölkerung das Landbesitzrecht zurückzugeben, sie am Entscheidungsbildungsprozeß zu beteiligen, Zugang zu Informationen zu ermöglichen, und die Freiheit, der Meinungs- und Willensäußerung durchzusetzen, sowie die Forderung nach einer sauberen Regierung, usw. All dies zielt ganz klar auf eine Demokratisierung des Staates.

10. Welche Herausforderungen stellt die nachhaltige Entwicklung an Indonesien?

Der Entwurf eines konzeptuellen Rahmens der nachhaltigen Entwicklung, der von der WCED (*World Commission on Environment and Development*) zusammengestellt wurde und von der Indonesischen Regierung übernommen wurde, enthält vier Elemente:

1. das sozio-ökonomische Element (internationale Zusammenarbeit, Armutsbekämpfung, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Bevölkerungsdynamik, Siedlungen nach dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, Gesundheitsversorgung, Integration von Umwelt und Entwicklung);
2. das Element der Erhaltung und des Managements der natürlichen Ressourcen (Schutz der Atmosphäre, Waldmanagement, Management des Sumpf-Ökosystems, Landwirtschaft, Artenvielfalt der Natur, Biotechnologie, Management der Meere und Küsten, Wassermanagement, Entsorgung von Giften, Entsorgung von giftigen und gefährlichen Abwässern, Entsorgung von radioaktivem Abfall);
3. das Element der Stärkung der Primärgruppen (Frauen, Jugendliche, lokale Bevölkerung, NRO, lokale Autorität, Gewerkschaften, Handel und Industrie, Wissenschaftler und Techniker, Bauern);
4. das Element der Mittel und Wege der Implementierung (Finanzierung, Technologietransfer, Wissenschaft der nachhaltigen Entwicklung, internationale Organisationen, Informationen als Grundlage bei Entscheidungsprozessen).

Indonesien hat ausgehend von der Agenda 21 der UNO die Agenda 21 Indonesien formuliert, indem sie an die Situation in Indonesien 'angepaßt' wurde.

Mit 'Anpassung' an die Situation in Indonesien ist gemeint, alles mitzuberücksichtigen, was mit sozio-ökonomischen Sachverhalten, der Konservierung und des Managements der natürlichen Ressourcen sowie den Mitteln und Wegen ihrer Implementierung zusammenhängt. Allerdings ist in die Agenda 21 Indonesien nicht das Element der Stärkung der Primärgruppen aufgenommen. Die Stärkung der Position dieser Gesellschaftsgruppen, hier vor allem der Frauen, der örtlichen Bevölkerung (traditionelle und lokale Bevölkerung), der NRO sowie der Gewerkschaften und Bauern wirkt sich natürlich so aus, daß diese mehr am Entscheidungsbildungsprozeß beteiligt sein wollen und anschließend mehr Demokratie fordern, was dazu führen würde, daß die 'Stabilität' der politischen und ökonomischen Elite ins Wanken gerät.

Die Agenda 21 Indonesien hat somit also eher eine technische Ausrichtung auf die Methoden, wie man Aktivitäten der Rehabilitierung und Rettung der Umwelt durchführt - losgelöst von der Tatsache, daß diese Bemühungen jedoch immer den [herrschenden] politischen und ökonomischen Interessen unterliegen, obwohl sie im Konzept- und Programmstadium akzeptiert waren. Wenn man annimmt, daß die Agenda 21 der UN mit ihrer Herausstellung der vier genannten Elemente ein idealer Ausgangspunkt für die Realisierung der nachhaltigen Entwicklung ist, ist auch klar, daß ihr indonesisches Gegenstück nicht in der Lage sein wird, dieses Ideal zu erreichen, da man schon auf der Ebene der Konzeptionierung das Element der politischen Emanzipation des Volkes herausgelassen hat.

11. Erwartungen an die Rolle Europas (oder allgemein an die Industrieländer) bei der Übernahme der Verantwortung und Lösung des globalen Problems

Die Problemlage in Indonesien ist in vielen Büchern, Berichten und auf vielen Seminaren bereits ausführlich dargestellt und untersucht worden. Die internationale Gesellschaft ist sich darüber einig, daß das in Indonesien geltende politische System undemokratisch ist, und daß es viele Menschenrechtsverletzungen gibt. Eine Evaluation sagt sogar, daß Indonesien in Sachen Korruption zur Weltspitze gehört. Dies hält die Industrieländer jedoch nicht davon ab, der indonesischen Regierung fortgesetzte Hilfen zukommen zu lassen, was es dem herrschenden Regime ermöglicht hat, mehr als 30 Jahre zu überleben. Die laute Kritik der Industrieländer wegen des Problems der Menschenrechtsverletzungen geht angesichts ihrer eigenen politischen und ökonomischen Interessen unter. Auf diese Weise haben die Industrieländer sogar Mitschuld an der in Indonesien herrschenden schlechten Situation.

Eine doppelte Moral steckt auch hinter der Durchsetzung von Menschenrechten durch das Verhängen von ökonomischen Sanktionen. Wenn das die Menschenrechte verletzende Land sozialistisch ist, wie z.B. Myanmar, Nordkorea oder die VR China, reagieren die westlichen Industriestaaten mit wirtschaftlichem Druck bis zum Boykott. Dies gilt keinesfalls immer für marktwirtschaftliche Länder, wenn in ihnen auch Verletzungen der Menschenrechte an der Tagesordnung sind.

Beobachtet man Verhandlungen, in denen es um UN-Konventionen geht, ergibt sich ein klares Bild, wie die Industrieländer es mit der Umwelt halten, daß nämlich die jeweiligen ökonomischen Interessen eines Landes stärker ins Gewicht fallen als globale Erfordernisse. An Europa und an die Industriestaaten allgemein richtet sich also die Hoffnung, die eigenen Interessen herunterzufahren, indem sie sich mehr den Forderungen der Bevölkerung (nicht der Regierungsvertreter) in den Entwicklungsländern widmen, um wirklich auf einen globalen Lösungsmechanismus hinzuarbeiten, der der gesamten Weltbevölkerung zu Gute kommt.

12. Zusammenfassung

Indonesien hat den politischen Willen, den Weg der nachhaltigen Entwicklung zu beschreiten, was an mehreren politischen Maßnahmen, Vorschriften, Programmen und der Bildung von Komitees im Gefolge der Ergebnisse der Konferenz von Rio des Jahres 1992 zu sehen ist. Auf der anderen Seite fällt es schwer zu behaupten, daß es auf dem Gebiet des Naturschutzes wesentliche Fortschritte gegeben hätte. Das liegt daran, daß die bisherigen Bemühungen auf der Ebene der Konzeptformulierung und der Programme stehengeblieben sind, ohne konsequent implementiert zu werden, ohne Stärkung des Rechts und ohne eine konsequente Auslegung der Gesetze. Desweiteren gehen politische Maßnahmen im Umweltbereich nicht einher mit Änderungen der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Strukturen. Was vielmehr geschieht, ist, daß Indonesien seine Umweltpolitik sozusagen ins Schaufenster legt, um [der Welt] glauben zu machen, daß es eine nachhaltige Entwicklung anstrebt und ein gutes Konzept und entsprechendes Programm besitzt. Im Gegensatz dazu wird [in Wirklichkeit] eine, die natürlichen Ressourcen ausbeutende und die Umwelt weiter verschmutzende ökonomische Praxis, sowie eine Politik, die die Unabhängigkeit des Volkes lächerlich macht, beibehalten und vorgezogen.

Eine nachhaltige Entwicklung setzt die Beteiligung des Volkes voraus, um bei Entscheidungsprozessen und der Überwachung der Verarbeitung der natürlichen Ressourcen sowie deren Verwendung entsprechend den eigenen Interessen dabei zu sein. Wenn wie im Fall Indonesien die Dimension der zunehmenden Delegation von politischer Macht an das Volk tabuisiert wird, und weiterhin die ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Elite des Staates bestimmend sind, sehe ich schwarz, daß es Indonesien gelingen wird, den Weg der nachhaltigen Entwicklung mit Erfolg einzuschlagen.

Literaturverzeichnis:

- Kilian Sihotang (1983): Private ausländische Direktinvestitionen in Indonesia: 1870-1980. Rahmenbedingung, Struktur und Entwicklungseffekte. Bochum 1983
- Nota Keuangan dan Rencana Anggaran Pendapatan dan Belanja Negara Tahun Anggaran 1995/1996
- Nota Keuangan dan Rencana Anggaran Pendapatan dan Belanja Negara Tahun Anggaran 1997/1998 - Majalah Forum Keadilan, 20 Oktober '97
- WALHI (1997): Report of Country Assessment on the Implementation of the Result of the Earth Summit, 1997
- Kantor Menteri Negara Lingkungan Hidup/United Nations Development Programme, Ringkasan Agenda 21, 1997
- Tjuk Kuswantojo, Riwayat dan Kerangka Konseptual Agenda 21, Bandung 1997
- Saut M. Lubis (1997): The Indonesian Response to Global Environmental Issues. Bandung 1997
- Emmy Hafild (1997): Sustainable Development Needed. in: Irwan. A. (ed.), Indonesian Economic Almanac 1996 - 1997, Jakarta 1997

Wolfgang Jung

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland - mehr als symbolische Politik?

1. Begriffsklärung: Nachhaltige Entwicklung als Antwort auf die Umwelt- und Gerechtigkeitskrise

Der Streit um die Konkretisierung des Sustainability-Begriffs hält auch fünf Jahre nach der Rio-Konferenz an. "Common ground" ist bisher lediglich die vage Definition des Brundtland-Berichts (1987), in dem von einer Entwicklung die Rede ist, die "die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Chancen zukünftiger Generationen auf Bedürfnisbefriedigung einzuschränken." Einigkeit herrscht darüber, daß nachhaltige/ zukunftsfähige Entwicklung den Erhalt der globalen Ökosysteme *und* eine gerechte Verteilung der Nutzungsmöglichkeiten an den natürlichen Ressourcen erfordert, und daß dabei sowohl ökologische, ökonomische als auch soziale Aspekte zu berücksichtigen sind. Die entwickelten Länder des Nordens haben mittlerweile die besondere Verantwortung anerkannt, die ihnen aufgrund ihres hohen Naturverbrauchs und der vorhandenen technischen Möglichkeiten bei der Einleitung einer global nachhaltigen Entwicklung zukommt (Rio-Deklaration 1992).

Bei den anschließenden Fragen, was zum Erhalt der Umwelt getan werden muß, welche Verteilungskriterien für den gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd, Ost und West etc. angewendet werden sollen, und wie die Industriestaaten ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden können, fallen die Positionen jedoch weit auseinander. Die Bewertung der Fortschritte, die Deutschland auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung gemacht hat, fällt deshalb - je nach Blickwinkel und Interpretation des Sustainability-Begriffs - unterschiedlich aus. Der nachfolgenden Einschätzung der Entwicklung in Deutschland liegt (stark vereinfachend) folgende Sichtweise zugrunde:

Erhalt der Umwelt für nachfolgende Generationen bedeutet die *Vermeidung irreversibler Schäden* an den Ökosystemen und die Anwendung des *Vorsorgeprinzips* beim Umgang mit den wissenschaftlichen Unsicherheiten.

Gerechtigkeit bei der Verteilung von Lebenschancen bedeutet, daß jedem Menschen das *gleiche Recht* zukommt, die natürlichen Ressourcen im Rahmen der Nachhaltigkeitsgrenzen zu nutzen.

2. Ist die deutsche Umweltpolitik nachhaltig? Entwicklung der Umweltsituation in Deutschland und der Beitrag Deutschlands zu globalen Umweltproblemen (vgl. Abbildungen im Anhang)

Ein Blick auf die Erfolge von nunmehr fünfundzwanzig Jahren deutscher Umweltpolitik verdeutlicht, daß die bisherigen Strategien und Maßnahmen zwar einige Erfolge zeitigten, daß aber bei weitem noch nicht von einem Übergang zum nachhaltigen Wirtschaften gesprochen werden kann: So konnten beispielsweise einige Schadstoffemissionen durch Einsatz nachgeschalteter Reinigungstechniken zum Teil deutlich zurückgeführt werden (z.B. Schwefeldioxid und Schwermetalle); andere Emissionen (u.a. Kohlendioxid, Ammoniak, Stickoxide) sowie Rohstoff-, Energie- und Wasserverbrauch stagnieren jedoch auf hohem Niveau; einige Beeinträchtigungen nehmen sogar noch weiter zu (Flächenverbrauch). Da das Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum beständig zunahm, bedeutet dies zwar in vielen Fällen eine *relative* Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung - angesichts der ökologisch notwendigen *absoluten* Entlastungen kennzeichnet dies jedoch noch keine zukunftsfähige Entwicklung.

Betrachten wir beispielhaft die Emissionen des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). Fast ausschließlich als Folge des ökonomischen Zusammenbruchs im Osten Deutschlands sind die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 1996 um 10,5% zurückgegangen. Pro Kopf betragen sie jedoch immer noch etwa elf Tonnen pro Jahr und liegen damit mehr als doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt (ca. vier Tonnen pro Kopf und Jahr) und etwa zehn mal so hoch wie in vielen Entwicklungsländern (z.B. eine Tonne pro Kopf und Jahr in Indonesien). Um schwerwiegende Folgen einer globalen Erwärmung zu vermeiden, wird seitens der Klimaforschung eine Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen um 50% bis Mitte des nächsten Jahrhunderts für dringend notwendig gehalten. Bezogen auf die heutige Bevölkerung entspricht dem ein Emissionsniveau von 2,3 Tonnen pro Kopf. Wenn das Kriterium gleicher Nutzungsrechte ernst genommen wird, bedeutet *nachhaltiger Klimaschutz* in Deutschland die Notwendigkeit einer Emissionsreduktion um 80% bis 2050. Neuere Studien belegen, daß mit der Umsetzung des bisherigen Maßnahmenprogramms bestenfalls eine Reduktion um 15% bis 2005 (gegenüber 1990) erreicht werden kann, womit das selbstgesteckte Ziel einer 25%-igen Reduktion klar verfehlt würde.

Ähnlich stellt sich die Situation beim Rohstoffverbrauch dar, der auf hohem Niveau stabilisiert aber nicht nennenswert reduziert werden konnte. Für Energieverbrauch, CO₂-Emissionen und Rohstoffverbrauch als zentrale Umweltindikatoren gilt leider immer noch die Faustformel, daß auf das reiche Fünftel der Weltbevölkerung in den Industrieländern vier Fünftel des jährlichen Ressourcenverbrauchs entfallen, wodurch der materielle Spielraum für die Entwicklungsländer eingeschränkt wird. Eine Übertragung der westlichen Produktions- und Konsummuster auf die ganze Welt würde unweigerlich den ökologischen Kollaps des Planeten zur Folge haben.

Aber auch bei den regionalen und lokalen Umweltproblemen kann noch nicht von nachhaltigen Lösungen gesprochen werden. Die Einträge versauernder Substanzen in die Waldböden liegen in Deutschland - trotz entschwefelter Kraftwerke - immer noch weit über dem verträglichen Niveau, den sog. kritischen Eintragsraten („critical loads“), weil die Stickoxidemissionen aus dem Verkehr und die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft nicht nennenswert reduziert werden konnten. Das ungebremste Wachstum der Siedlungen und Verkehrswege führt zu einer Verkleinerung und Zerschneidung von Naturräumen. Zusammen mit der vorherrschenden Praxis in der Landwirtschaft (Überdüngung, hohe Pestizidgaben etc.) führt dies zu einem Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland.

Die hier skizzierte Bilanz zeigt, daß die konventionelle, an den Symptomen ansetzende Umweltpolitik in Deutschland durchaus erfolgreich ist, daß die tieferliegenden Ursachen der Umweltbelastungen bisher aber noch nicht erfolgreich bekämpft wurden. Von nachhaltiger Umweltpolitik kann deshalb noch nicht gesprochen werden.

3. Die bisherige Antwort Deutschlands auf die Vereinbarungen von Rio de Janeiro: Reaktionen und Anpassungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Auf rhetorischer Ebene hatte der Erdgipfel von Rio de Janeiro einen beachtlichen Einfluß auf die umweltpolitische Debatte in Deutschland. Nicht zuletzt durch die umfangreiche Medienberichterstattung rund um die Rio-Konferenz, sahen sich praktisch alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen gezwungen, sich mit dem neuen Begriff „nachhaltige Entwicklung“ auseinanderzusetzen. Nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung ist in der Mitte der 90er Jahre zum festen Bestandteil von Parteiprogrammen, Unternehmensphilosophien und Aktionsplänen gesellschaftlicher Gruppen geworden. Die Umsetzung in politisches, unternehmerisches und individuelles Handeln steht jedoch noch am Anfang. Das bisherige Engagement muß deshalb als weitgehend symbolisch bewertet werden.

3.1 Politik

Das staatliche Engagement für nachhaltige Entwicklung ist - insbesondere im Vergleich zu einigen europäischen Nachbarn - bisher äußerst schwach. Nachhaltigkeit wird auf die ökologische Dimension eingengt (unter Ausblendung der Entwicklungsdimension) und es wird vor allem seitens des Umweltministeriums argumentiert, daß die deutsche Umweltpolitik seit jeher schon nachhaltig sei, weil sie sich bereits in ihrem ersten Umweltprogramm von 1971 dem Vorsorgeprinzip verschrieben hat. Die Notwendigkeit einer generellen Neuorientierung der Umweltpolitik wird deshalb nicht anerkannt und auch nicht verfolgt. Damit wird ignoriert, daß Nachhaltigkeit eine stärkere Orientierung an der Umweltqualität, d.h. der Belastbarkeit der Ökosysteme erfordert. Vorsorgende Umweltpolitik kann sich deshalb nicht - wie in der bisherigen gesetzgeberischen Praxis - darauf beschränken, den Stand der Technik (bei Industrieanlagen, PKW etc.) durchzusetzen. Sie muß sich zusätzlich mit Mengeneffekten beschäftigen (z.B. Verkehrslawine, Ausdehnung der Infrastruktur, etc.), die die erreichten technologischen Verbesserungen oftmals überkompensieren und zu insgesamt steigenden Umweltbelastungen führen.

Daß der *Rio-follow-up* bisher nicht zu einer veränderten Umweltpolitik geführt hat, zeigt sich auch in den Berichten der Bundesregierung an die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), die mit der Überwachung der Umsetzung der Agenda 21 beauftragt wurde. Sie beschränken sich auf eine Darstellung vergangener und aktueller Erfolge deutscher Umweltpolitik und offenbaren (auch nach Meinung der EU-Kommission), daß Deutschland keine Strategie für nachhaltige Entwicklung besitzt. An einer öffentlichen Debatte war man lange Zeit nicht interessiert, was sich daran zeigt, daß die Berichte weder veröffentlicht, noch ins Deutsche übersetzt wurden.

In Reaktion auf die wachsende Kritik an der zögerlichen Haltung der Bundesregierung richtete Umweltministerin Merkel 1996 einen runden Tisch ein, der bis Ende 1998 Beiträge für einen deutschen Umweltplan erarbeiten soll. Damit soll nachgeholt werden, was in einigen Nachbarstaaten bereits seit längerem existiert (beispielsweise in den Niederlanden seit 1992, in Österreich seit 1995, in Großbritannien seit 1994).

Von einer zunehmenden Marginalisierung ist die deutsche Entwicklungspolitik und die öffentliche Debatte über Nord-Süd-Fragen bedroht. Die Tätigkeiten des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden in der Öffentlichkeit praktisch nicht mehr wahrgenommen. Der Entwicklungshilfeetat ist weiter rückläufig und mit 0,3% des Bruttosozialprodukts weit von den in Stockholm 1972 versprochenen 0,7% entfernt. Die Entwicklungspolitik übernimmt in zunehmendem Maße Aufgaben der Außenwirtschaftsförderung und ignoriert dabei oftmals die ökologische Dimension der geförderten Projekte. Jüngstes Beispiel ist die staatliche Unterstützung deutscher Firmen (per Hermes-Bürgschaft), die sich am Bau des ökologisch bedenklichen Drei-Schluchten-Staudamms am Yangtse-Fluß in China beteiligen.

3.2 Wirtschaft

Ökologie ist seit längerem ein Marketingfaktor für die deutschen Unternehmen. Aufgrund des vergleichsweise hohen Umweltbewußtseins in der Bevölkerung ist der Druck auf die Unternehmen gewachsen, die Umweltverträglichkeit ihrer Produkte nachzuweisen. Spätestens seit dem ökologisch motivierten Konsumentenboykott des Shell-Konzerns, der seine Bohrinsel "Brent Spar" in der Nordsee versenken wollte, setzen viele Firmen vorbeugend auf eine offensive umweltorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Die drei deutschen Chemieriesen werben beispielsweise seit einiger Zeit ausführlich (durch aufwendige Anzeigenkampagnen in den großen Tageszeitungen) für ihre Umweltstrategien und benutzen explizit den Begriff der Nachhaltigkeit. Ein wichtiger Impuls ist dabei die EU-Richtlinie zum (freiwilligen) Öko-Audit, das von einer wachsenden Zahl von Unternehmen durchgeführt wird, wodurch der öffentliche Druck auf die anderen Unternehmen steigt.

Die andere Seite des unternehmerischen Engagements ist das konsequente Lobbying der Wirtschaftsverbände zur Verhinderung umweltpolitischer Regelungen. Beispielsweise war

die Intervention der deutschen Industrieverbände maßgeblich dafür verantwortlich, daß die Einführung einer europäischen CO₂-/Energiesteuer 1995 kurz vor ihrer Verabschiedung doch noch verhindert wurde.

Dennoch besteht ein Hoffnungszeichen darin, daß sich immer mehr ökologisch orientierte Unternehmer in Verbänden organisieren, Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen bilden und gegen den Stillstand in der Umweltpolitik vorgehen. Beispiele sind die "grünen" Verbände B.A.U.M. (Bundesarbeitskreis umweltbewußtes Management), Future und UnternehmensGrün sowie der "Bund junger Unternehmer", die gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) für die Einführung einer ökologischen Steuerreform eintreten.

3.3 Nichtregierungsorganisationen (NRO)

Umweltschutzorganisationen spielen in Deutschland traditionell eine starke Rolle. Die meisten von ihnen gingen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung der 70er Jahre hervor. Sie zählen mehrere Hunderttausend Mitglieder und hatten bisher einen erheblichen Einfluß auf die öffentliche Debatte und die Durchsetzung umweltpolitischer Regelungen (beispielsweise Greenpeace bei der Durchsetzung des FCKW-Verbots zum Schutz der Ozonschicht oder der BUND bei der Rauchgasentschwefelung zur Bekämpfung des sauren Regens und des damit verbundenen Waldsterbens).

Auch die jetzt allmählich in Gang kommende Diskussion über nachhaltige Entwicklung in Deutschland wird von den NRO mitbestimmt. Die erste umfassende Studie zu diesem Thema (mit dem Titel "Zukunftsfähiges Deutschland") wurde beispielsweise von dem Umweltverband BUND und der katholischen Entwicklungsorganisation Misereor gemeinsam beauftragt und vom Wuppertal Institut durchgeführt (s.u.). Aufgrund der auch in der Fläche vorhandenen Organisationsstrukturen dieser beiden NROs konnte bei der Diskussion der Studie eine echte Breitenwirkung erzielt werden: Allein im Jahr 1996 fanden bundesweit über 600 (!) Veranstaltungen zu der Studie statt. Dadurch leisten die NROs einen äußerst wichtigen Beitrag zur langfristigen Bewußtseinsbildung.

Daß der direkte Einfluß der NRO auf politische Schritte zur Nachhaltigkeit derzeit nicht größer ist, ist im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen wird die öffentliche Debatte zunehmend durch die sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Probleme des Landes bestimmt (Massenarbeitslosigkeit, fehlende Investitionen, ausbleibender Aufschwung in Ostdeutschland). Das "Langfristthema" Umweltschutz rutscht dadurch auf der politischen Agenda nach unten. Zum anderen haben es die NRO aufgrund interner Streitigkeiten lange Zeit versäumt, ihren Einfluß dadurch zu erhöhen, daß sie mit "gemeinsamer Stimme" sprechen. Das 1992 gegründete "Forum Umwelt und Entwicklung" bringt zwar mehr als 100 Einzelorganisationen zusammen; die Abstimmungsprozesse gestalten sich jedoch als äußerst schwierig und konfliktreich. Die großen NRO (Greenpeace, WWF, BUND, etc.) beteiligen sich zudem nur halbherzig an der Arbeit des Forums. Damit wird eine durchaus vorhandene Einflußmöglichkeit nicht voll ausgeschöpft: Die Ministerien für Umwelt und wirtschaftliche Zusammenarbeit sind nämlich durchaus an einem qualifizierten Input der NRO interessiert, weil dadurch ihre eigene Position innerhalb der Regierung gestärkt wird.

3.4 Lokale Agenda 21

Die Agenda 21 fordert alle Kommunen weltweit dazu auf, "in einen Dialog mit ihren Bürgern einzutreten und (bis Ende 1996) lokale Aktionsprogramme zur Nachhaltigkeit zu entwerfen und umzusetzen." Dieser Aufforderung sind die deutschen Kommunen erst sehr spät und nur sehr vereinzelt nachgekommen. Mangels Unterstützung seitens der Bundes- und Landesregierungen war der Start von LA21-Prozessen bisher von der Initiative engagierter Kommunalpolitiker oder gesellschaftlicher Gruppen abhängig. Seit etwa einem Jahr wächst jedoch die Zahl der Kommunen, die LA21 Prozesse beginnen und es gibt einige sehr weitreichende und ermutigende Beispiele. In Nordrhein-Westfalen existiert seit 1996 eine Clearingstelle ("Agenda-Transfer"), die den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen erleichtern soll.

In anderen Bundesländern existieren ähnliche Planungen. Aufgrund der momentan ungünstigen Aussichten für weitreichende Schritte auf nationaler Ebene liegt in der Weiterentwicklung des LA21-Prozesses derzeit vielleicht das größte Potential für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands.

3.5 Hemmnisse

Die Umsetzung konkreter Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung Deutschlands scheidet bisher daran, daß bisher nur ein rhetorischer Konsens über ihre Notwendigkeit besteht. Es fehlt am politischen Mut und Willen, die Konkretisierung und Realisierung nachhaltiger Entwicklung voranzutreiben. Drei Jahre vor dem Übergang ins nächste Jahrtausend und inmitten einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise des wiedervereinigten Landes ist zwar eine heftige Debatte über die "Zukunft" entbrannt. Sie wird jedoch (immer noch) von (traditionellem) ökonomischen Denken dominiert: Es ist ausschließlich von der Zukunft des "Wirtschaftsstandorts", von der Zukunft der Arbeit, der Sozialsysteme und der Staatsfinanzen die Rede. Indem sich die meisten Akteure an den alten Rezepten festklammern, bleibt der Blick für Lösungen versperrt, die ökonomisch, sozial und ökologisch vorteilhaft und damit nachhaltig wären, so z.B. eine ökologische Steuerreform, die den Umweltverbrauch verteuert und die Arbeitskosten im Gegenzug verbilligt. Es herrscht immer noch die ideologisch gefärbte Meinung vor, daß sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz gegenseitig ausschließen, daß Projekte wie die o.g. ökologische Steuerreform etwas für die "fetten Jahre" seien.

Das Umweltministerium, zu Zeiten des Ministers Töpfers noch eine treibende Kraft, hat sich unter Ministerin Merkel voll der Kabinettsdisziplin untergeordnet. Statt auf eine Neuorientierung der Umweltpolitik wird hier auf "freiwillige Vereinbarungen" mit der Wirtschaft gesetzt. Die dringend gebotene Integration von Umweltpolitik in andere Politikfelder wird nicht vorangetrieben, weil man Konflikte innerhalb der Regierung und mit mächtigen Wirtschafts- und Wählergruppen (wie der Automobilindustrie und dem Bauernverband) scheut.

Nicht zuletzt stellt auch die Lücke zwischen Umweltbewußtsein und umweltgerechtem Handeln in der Bevölkerung ein wichtiges Hemmnis für Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit dar. Solange eine Regierung, die die Einführung von Tempolimits und Verkehrsbeschränkungen erwägt, mit ihrer baldigen Abwahl rechnen muß, weil sie Hand an das "Deutschen liebste Kind", das Auto, legt, solange erscheint beispielsweise eine nachhaltige Verkehrspolitik als nicht durchsetzbar.

3.6 Perspektiven/Ausblick

Die Lücke zwischen den Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung und den bisher eingeleiteten Schritten in Deutschland (und anderswo in der westlichen Welt) zeigt, daß der notwendige Wandel nur durch tiefgreifende Veränderungen, durch eine "Strukturanpassung" bewerkstelligt werden kann.

4. Neue Leitbilder für ein zukunftsfähiges Deutschland

Ziel der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" - von der im folgenden die Rede ist - war es, die gesellschaftliche Debatte über die o.g. Strukturanpassungen in Gang zu bringen. In einem ersten Schritt wurden dazu meßbare Indikatoren entwickelt, die Auskunft darüber geben, inwieweit Deutschland sich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit befindet bzw. welche Wegstrecke noch zurückzulegen ist. Die wesentlichen Ergebnisse dieses Abschnitts wurden bereits w.o. vorgestellt (siehe auch Abbildungen im Anhang).

Die Angabe des quantitativen Rahmens allein reicht jedoch nicht aus, um die notwendigen Veränderungen in Gang zu setzen. Die Konzentration auf Verbrauchsgrößen sorgt zwar für Klarheit und Konkretion in der Debatte, vermag aber im Gegenzug nicht zu erklären, wie sich die Gesellschaft in die hohen Ressourcenverbräuche verwickelt hat und wie sie zu einem

maßvollen Naturverbrauch zurückfinden kann. Ebenso wenig sind nackte Zahlen dazu in der Lage, die Akteure des gesellschaftlichen Wandels, die Menschen mit ihren Organisationen, Interessen und Wünschen anzusprechen und ihnen attraktive Zukunftspfade aufzuzeigen.

In einem zweiten, für die Studie zentralen Schritt werden deshalb die stofflich-quantitativen Umweltziele in qualitative Zielvorstellungen überführt. Es werden insgesamt acht Leitbilder vorgestellt, die sich als Gestaltungsentwürfe für Akteure in unterschiedlichen Feldern verstehen. Die Leitbilder bauen auf Ideen und Initiativen auf, die im Laufe der Jahre vorgeschlagen, entwickelt und ausprobiert wurden, und versuchen, die in diesen Anstrengungen implizit vorhandenen Zukunftsentwürfe freizulegen.

Rechtes Maß für Raum und Zeit wurde das erste Leitbild genannt. Es soll uns wegführen von dem Ideal der Beschleunigung und der immer besseren Durchlässigkeit des Raums für technische Verkehrsmittel, hin zu kurzen Wegen, Priorität auf regionaler Versorgung, maßvoll motorisierter Automobilflotte und flächenhaftem Ausbau der Bahn. Richtig eingesetzt werden auch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einen Beitrag zur Entlastung der Umwelt leisten können.

Die *Ökologisierung der Marktwirtschaft* verlangt die Konzentration der Innovationskräfte des Marktes auf ökologisch zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen. Da der Markt an sich aber ökologisch blind ist, braucht er dazu die geeigneten Rahmenbedingungen: den Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen, eine in kleinen Schritten sozial- und wirtschaftsverträglich eingeführte ökologische Steuerreform, den Abbau von Monopolen vor allem im Energiebereich und eine allgemeine Privathaftpflicht für industrielle Großrisiken. Auch können wir auf Ordnungsrecht keineswegs generell verzichten.

Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen führt uns das neue Leitbild der Produktion, das sich an „Produktions“-Verfahren der Natur anlehnt: Es gibt keine Abfälle, Antriebskraft ist die Sonne, Zusammenarbeit und Wettbewerb werden in einer dynamischen Balance gehalten. Für unternehmerisches Handeln bedeuten diese Prinzipien die Übernahme systemweiter Produktverantwortung und neue Prioritäten bei der Produktgestaltung: Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit rangieren vor Rezyklierbarkeit. Die Unternehmen der Zukunft verdienen ihr Geld nicht mehr mit der Produktion von schnell verschleißender Massenware, sondern mit der Erzeugung und Betreuung von guten Produkten.

Gut leben statt viel haben wird zum Leitbild des individuellen Konsums. Der heute schon deutlich spürbare Wunsch vieler Verbraucher nach ökologisch bewußtem Einkauf wird gestärkt – nicht zuletzt durch ein erweitertes, vertrauenswürdiges Kennzeichnungssystem. Durch die gemeinsame Nutzung von Gütern (Autos, Waschmaschinen, Skiausrüstungen, etc.) kann der Naturverbrauch ohne Einschränkungen des individuellen Nutzens verringert werden, da die erbrachte Dienstleistung die gleiche bleibt. Die Jagd nach dem Immer-Schneller und Immer-Mehr verliert ihre Kraft als Statussymbol und wird belächelt von der zunehmenden Zahl der Menschen, denen Zeitwohlstand wichtiger ist als Güterreichtum.

Dienstleistung statt Durchsatz ist das neue Leitbild der Infrastrukturplanung. Wo in der Güterversorgung die Region im Vordergrund steht, Dienstleistung vor Massenumsatz kommt und physischer zunehmend durch elektronischen Verkehr ersetzt wird, da ist das Ideal einer mit großem ökologischen Aufwand immer weiter ausgebauten Infrastruktur von Flugplätzen, Straßen, Industriegebieten und Stromnetzen fehl am Platze. In den Vordergrund treten vielmehr menschliche Qualifikationen wie Motivation, lebenslanges Lernen, kulturelle Offenheit und Flexibilität. Ansätze finden sich bereits im Energiesektor (Energiedienstleistung) oder im Wohnbereich (verdichtetes Bauen mit flexibler Raumaufteilung). Konkret wird dieses Leitbild auf folgende Felder angewandt: Sichere Energieversorgung mit weniger Kraftwerken, Mobilität mit weniger Straßen, Wohnen mit weniger Flächenverbrauch.

Die *Stadt als Lebensraum* ist heute vielerorts durch ungünstige, ökologisch und sozial abweisende Verhältnisse im Inneren und Ausufernde trostloser Vororte nach Außen ersetzt. Dieser Trend muß umgekehrt werden: Einerseits braucht die Stadt ein mehr qualitatives als quantitatives Wachstum „nach innen“, ein Wiederbeleben der Stadtviertel und Quartiere, an-

dererseits ein neues, eher partnerschaftliches als vereinnahmendes Verhältnis zum Umland. Darüber hinaus ist die Stadt aufgrund der unmittelbaren Nähe von Problemen und Akteuren der ideale Experimentierplatz für soziale Innovationen, die für das Entstehen einer zukunftsfähigen Gesellschaft unentbehrlich sind.

Die *Regeneration von Land und Landwirtschaft* ist Voraussetzung für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Ökologische Landwirtschaft und naturnaher Waldbau werden flächendeckend eingeführt, wodurch auf Biozide und Mineraldünger verzichtet werden kann. Ökologisch besonders sensible Räume werden gesondert geschützt oder renaturiert. Das Land wird wieder zu einer Region mit eigener Wirtschaftskraft, gestützt auf Handwerk, Handel, Gastronomie und Tourismus, unerlässlicher Partner für die Städte, Lieferant von gesunden Lebensmitteln.

Internationale Gerechtigkeit und globale Nachbarschaft sind Voraussetzungen für globale Zukunftsfähigkeit. Einseitiger Technologie- und Hilfe-Transfer muß ersetzt werden durch ein Geben und Nehmen, das die armen Länder in die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, was sie brauchen und anbieten wollen. Die sicher weiterhin notwendige Nothilfe für die armen Regionen der Welt darf nicht verdecken, daß die Industrieländer die armen Länder generell weniger durch das schädigen, was sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie selbst für sich in Anspruch nehmen. Im Außenverhältnis bedeutet das etwa für die EG, auf Einfuhrzölle zu verzichten und Exportsubventionen abzubauen und die Länder des Südens fairer an den Gewinnen aus der Nutzung der Artenvielfalt zu beteiligen.

Literaturhinweise:

BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag für eine global nachhaltige Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Birkhäuser. Englische Ausgabe: Sachs, W. et al (1997): Greening the North. A postindustrial blueprint for ecology and equity. Zed Books, London. English Summary: <http://www.xs4all.nl/~foeint/ssp.html>.

Beuermann, C. and Burdick, B. (1997): The Sustainability Transition in Germany: Some Early Stage Experiences. In: Environmental Politics (6) 1: 83-107.

Anhang: Fakten zur "nachhaltigen Entwicklung" Deutschlands

(Abbildungen sind der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland entnommen)

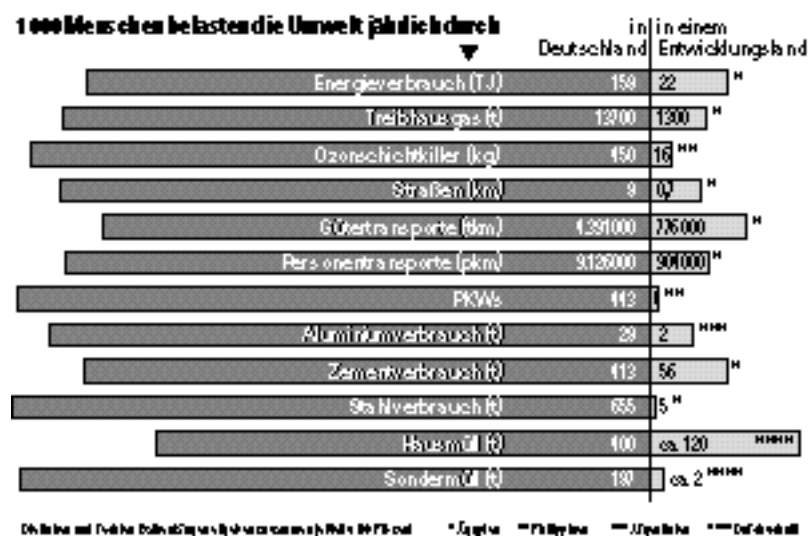


Abbildung 1: Tausend Deutsche verbrauchen etwa zehnmal soviel wie tausend Argentinier, Filipinos oder Ägypter. (Quelle: Bleischwitz und Schütz, 1992).

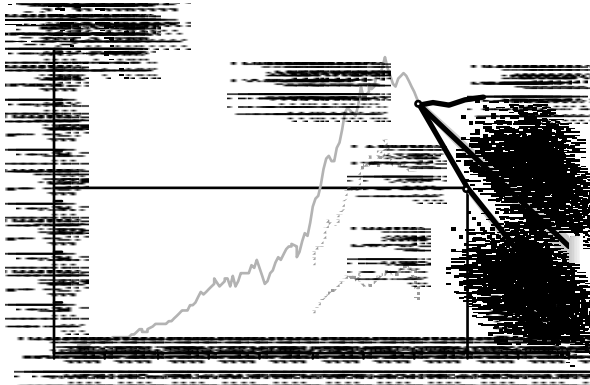


Abbildung 2: Historische und zukunfts-fähige Entwicklung der deutschen CO₂-Emissionen. Um einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, muß die Entwicklung der zurückliegenden Jahrzehnte umgekehrt werden (Quellen: Keeling, 1994; Marland et al, 1994; Umweltbundesamt).

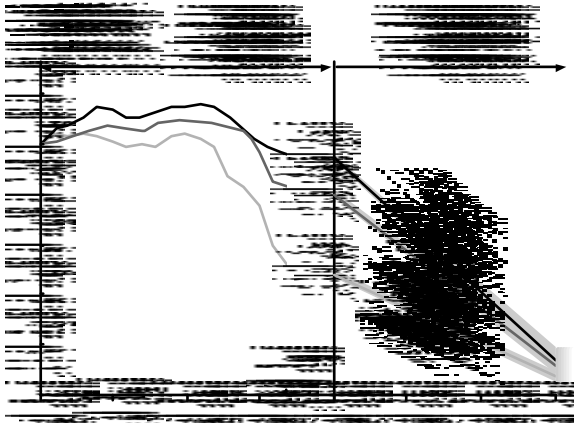


Abbildung 3: Bisherige und zukunfts-fähige Entwicklung der deutschen SO₂-, NO_x- und NH₃-Emissionen (Quellen: Umweltbundesamt, eigene Berechnungen).

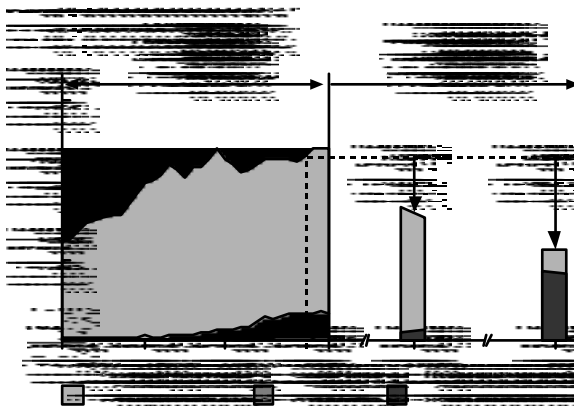


Abbildung 4: Bisherige und zukunfts-fähige Entwicklung der deutschen Energieversorgung (Quellen: BMWi, eigene Berechnungen).

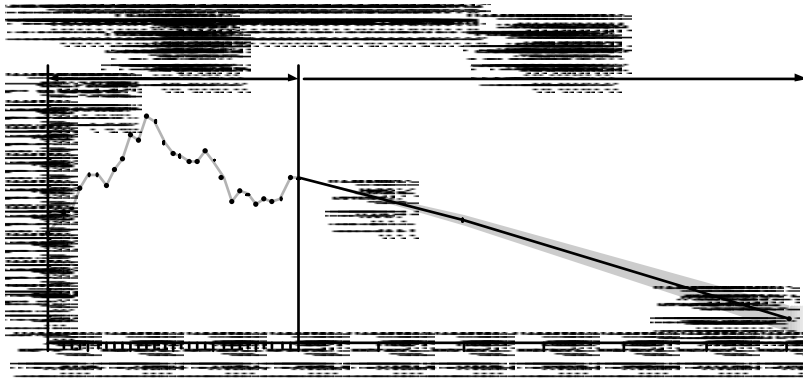


Abbildung 5: Bisherige und zukunftsfähige Entwicklung des deutschen Verbrauchs abiotischer (nicht erneuerbarer) Rohstoffe – aus Gründen der Datenverfügbarkeit nur für das frühere Bundesgebiet dargestellt (Quelle: eigene Berechnungen).

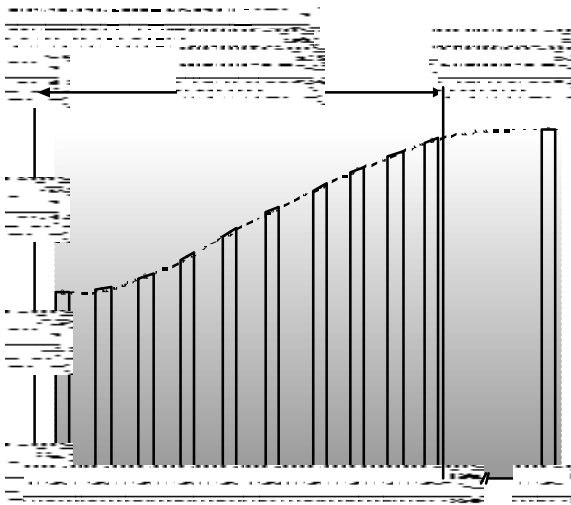


Abbildung 6: Bisherige und zukunftsfähige Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen – aus Gründen der Datenverfügbarkeit nur für das frühere Bundesgebiet dargestellt (Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen).

Eva Schwinghammer

Die europäisch-asiatischen Beziehungen: Geht es nur um Märkte?

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat die Anzahl europäischer vor allem deutscher Wirtschaftsdelegationen in Asien deutlich zugenommen. Angezogen von boomenden Volkswirtschaften und zunehmend interessanten Märkten in Ost- und Südostasien verstärken nun auch die Europäer ihr wirtschaftliches Engagement in dieser Region. Zu diesem Zweck, und um die europäisch-asiatischen Beziehungen neu zu beleben, trafen sich am 1. und 2. März 1996 im Rahmen des ersten *Asia-Europe Meeting* (ASEM) sechszwanzig europäische und asiatische Staatsoberhäupter und Regierungsvertreter in Bangkok.¹

ASEM leitete eine Anzahl von *follow-up activities*, d.h. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein:

1. Treffen der Außen- und Wirtschaftsminister,
2. Einsetzung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des staatlichen und des privaten Sektors, zur Ausarbeitung eines *Asia-Europe Investment Promotion Action Plan* mit dem Ziel der Investitionsförderung,
3. eine informelles *Senior Officials' Meeting* zur Beratung über Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen beiden Regionen insbesondere im Hinblick auf die Liberalisierung und Vereinfachung von Handel und Investitionen und
4. Einrichtung eines *Asia-Europe Business Forum*, um über die Bedingungen zu diskutieren, die zur Unterstützung der Kooperation von Unternehmen und der Privatwirtschaft beider Regionen geeignet erscheinen.

Weitere Projekte betreffen die Bereiche Bildung und Infrastruktur.²

Es stellt sich die Frage, warum die europäisch-asiatischen Beziehungen sehr ökonomisch geprägt sind und häufig erst in zweiter Linie eine politische Dimension aufweisen.

Thesen:

- Der wirtschaftliche Aufschwung Asiens und die gleichzeitige ökonomische Stagnation in Europa haben dazu geführt, daß das Selbstbewußtsein der Asiaten gestiegen ist und sie ihre Position in den europäisch-asiatischen Beziehungen zu ihren Gunsten verbessern und stärken konnten.
- Die Europäer, v.a. die Deutschen, fürchteten im Zusammenhang damit, auf den sich entwickelnden asiatischen Märkten nicht richtig zum Zuge zu kommen.

Die Finanzkrise und das Smogdesaster verändern die Situation in Asien. Die Regierungen - insbesondere in Thailand - stehen unter Druck. Die im Zuge des ökonomischen Booms aufgekommene Mittelschichten erleiden Einkommenseinbußen. Auch das Unternehmertum wird unzufrieden und setzt sich für Veränderungen ein. Damit verbunden kann es zu Demokratisierungstendenzen kommen. In dieser Situation wird sich die Verhandlungsposition der Europäer gegenüber den Asiaten vermutlich wieder verbessern.

¹ Vertreten waren die 15 Mitglieder der EU (Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und Großbritannien), der Präsident der europäischen Kommission, die 7 ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) sowie China, Südkorea und Japan.

² Vgl. ASEM - FM Conference Documents, S. 4-10.

Diese beiden Aussagen sollen im folgenden anhand des historischen Ablaufs der europäisch-asiatischen Beziehungen am Beispiel von EU und ASEAN belegt werden.

2. Überblick über die Entwicklung der europäisch-asiatischen Beziehungen

Schon seit Jahrhunderten existieren Verbindungen zwischen Asien und Europa. Den Anfang machten Handelstützpunkte gefolgt von überseeischen Kolonialreichen der Europäer in Asien.³

Aufgrund der kolonialen Vergangenheit existiert einerseits eine lange Verbundenheit zwischen Europa und Asien und andererseits ein starkes Spannungsverhältnis, da sich die inzwischen unabhängigen Staaten Asiens von Europa keine Vorschriften mehr machen lassen wollen. Lange genug haben vor allem Briten, Holländer und Franzosen die Bodenschätze und Arbeitskräfte Asiens für ihre Zwecke ausgebeutet.

Dennoch ist die *Europäische Union* (EU)⁴ ältester Dialogpartner der ASEAN, was auf die Initiative der Asiaten zurückgeht.⁵ Den Annäherungsschritt unternahm die ASEAN als Großbritannien 1973 der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG), einem Vorläufer der EU beitrug, wodurch die ehemals britischen Kolonien um ihren wirtschaftlichen Sonderstatus im Rahmen des *Commonwealth* fürchteten. Seitdem gab es einen regelmäßigen Dialog in Handels- und Zollfragen zwischen EU und ASEAN. Es folgten das ASEAN-EU-Kooperationsabkommen 1980 und regelmäßige Treffen der Wirtschaftsminister seit 1985. Die Impulse dafür gingen von der ASEAN aus, während die Europäer bis Anfang der 90er Jahre ein relativ geringes Interesse zeigten. Der Fokus der Europäer lag auf einer Vertiefung der europäischen Integration und einer Pflege der transatlantischen Verbindung. Die Beziehung zu Asien hatte nur eine nachrangige Bedeutung, die sich überwiegend auf den Bereich der Entwicklungshilfe und alte Handelsverbindungen beschränkte. Es fällt daher nicht schwer, sich dem Ergebnis von Rüländ anzuschließen:

"... the ASEAN-EU relationship remained rather superficial, shallow and ineffective."⁶

Die Beziehungen zwischen EU und China gehen ebenfalls auf die 70er Jahre zurück. Ein entsprechendes Handels- und Kooperationsabkommen wurde 1984 geschlossen.

Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre verschlechterten sich die europäisch-asiatischen Beziehungen deutlich. Auslöser waren eine Reihe von schweren Menschenrechtsverletzungen wie die blutige Niederschlagung von Demokratiebewegungen in Birma (heute Myanmar) 1988 und in China 1989 sowie das Massaker in Dili (Ost-Timor) 1991. Infolgedessen wurden hitzige Debatten über die Frage der Einhaltung der Menschenrechte auf den EU-ASEAN Ministertreffen in Luxemburg 1991 und Manila 1992 geführt, die die Beziehungen stark belasteten. Hinzu kam, daß Deutschland mit der Wiedervereinigung beschäftigt war, und die EU vor neuen Herausforderungen in Osteuropa stand.

³ Beispielsweise waren bis auf Thailand alle südostasiatischen Staaten Kolonie eines europäischen Landes. Malaysia, Singapur, Brunei und Myanmar gehörten zu Großbritannien, Vietnam, Laos und Kambodscha zu Frankreich, die Philippinen bis 1900 zu Spanien und Indonesien bis auf das portugiesische Ost-Timor zu den Niederlanden.

⁴ Im folgenden wird von der EU die Rede sein, obwohl die Umbenennung von EG (Europäische Gemeinschaft) bzw. EC (European Community) in EU erst mit der Einrichtung des gemeinsamen Marktes erfolgte.

⁵ Inzwischen sind die USA, Kanada, China, Rußland, Japan, Südkorea, Indien, Australien und Neuseeland als weitere Dialogpartner der ASEAN hinzugekommen.

⁶ Rüländ, S. 18. Anlässlich des 8. Ministertreffens in Kuching/Malaysia 1990 fehlten die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands. Kein Wunder also, daß die ASEAN-Vertreter den Eindruck gewannen, von ihren europäischen Kollegen nicht ernst genommen zu werden. Vgl. Rüländ, S. 16-17.

Die EU reagierte auf die oben aufgeführten Massaker mit Sanktionen gegen Myanmar und China, die aber im Falle Chinas schon ein Jahr später wieder gelockert wurden. Deswegen sieht sich die EU dem Vorwurf ausgesetzt, wegen des großen chinesischen Marktes mit zweierlei Maß zu messen.

Bereits 1993 ebte die scharfe Kritik an der Menschenrechtssituation und der mangelhaften Einhaltung demokratischer Rechte wieder ab. Europa erkannte, daß sich seine Position im internationalen Handel deutlich verschlechtert hatte.⁷

Während die Japaner im Zuge großzügiger Kredite, Entwicklungshilfen und Investitionen bereits in den 70er Jahren ihren ökonomischen Einfluß in Südostasien - dem sogenannten "Hinterhof" Japans - sicherstellten, bemühten sich in den 80er Jahren zunehmend Australien, die USA und Kanada um die Märkte in Fernost. Die Europäer hinkten dagegen der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Als erstes Land reagierte die Bundesrepublik Deutschland 1993 mit der Einrichtung des *Asien-Pazifik Ausschusses* (APA) der deutschen Wirtschaft, einer Reise Bundeskanzler Kohls in fünf asiatische Länder und der Ausarbeitung eines eigenen Asienkonzeptes.

Unter deutscher Federführung überarbeitete auch die EU auf dem Gipfel in Essen 1994 ihre Asienpolitik.⁸ Im EU-Papier mit dem Titel *Auf dem Weg zu einer neuen Asien-Strategie* kam es mehr oder weniger zu einer Trennung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und politischen Themen, z.B. Menschenrechts- sowie Umweltschutzfragen, wie sie von asiatischer Seite schon oft gefordert worden ist. Die europäisch-asiatischen Beziehungen wurden zunehmend pragmatisch angegangen mit dem Ziel die wirtschaftlichen Interessen nicht zu gefährden.⁹ Die Furcht der Europäer - insbesondere der größeren Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien - in Asien ökonomisch zu den Verlierern zu gehören, führte dazu, daß die asiatischen Staaten immer selbstbewußter die Beziehungen in ihrem Sinn zu gestalten versuchten. Sie verbaten sich jegliche Einmischung in ihre Angelegenheiten und beschränkten die europäisch-asiatischen Beziehungen überwiegend auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen. Letztere werden seit 1994 im *ASEAN Regional Forum* (ARF)¹⁰ und erstere seit März 1996 im Rahmen der Asien-Europa-Gipfel (ASEM) diskutiert. Der Vorteil dieser beiden relativ jungen Foren ist, daß sie nicht Staatengemeinschaften wie EU und ASEAN enthalten, sondern ein Forum einzelner europäischer und asiatischer Länder darstellen und den Europäern die Gelegenheit bieten, über die ASEAN hinaus auch mit anderen asiatischen Nationen vor allem China in einen intensiveren Kontakt zu treten.

ASEM verbindet Europa und Asien im Dialog. Die Betonung liegt dabei auf der gleichberechtigten Kooperation, was für die asiatische Seite nach jahrhundertelanger politischer Unterdrückung und ökonomischer Abhängigkeit einen wichtigen Fortschritt in den europäisch-asiatischen Beziehungen darstellt. Aus europäischer Sicht ermöglicht ASEM ein Aufholen gegenüber den USA, die seit 1989 durch die *Asia Pacific Economic Cooperation* (APEC) ihre ökonomischen Interessen im asiatisch-pazifischen Raum vertreten. ASEM schließt also ein

⁷ Eine Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwergewichts deutete der Anstieg des innerregionalen Handels auf 49 % des Gesamthandel Ostasiens im Jahre 1995 an, während die Anteile von USA mit 25 % und der EU mit 15 % ihre ursprüngliche Dominanz verloren hatten. Vgl. Machetzki, S. 18.

⁸ Vorausgegangen war die Veröffentlichung eines "White Paper on Growth, Competitiveness, and Employment" im Dezember 1993. Ergebnis der darin enthaltenen Analyse war, daß die asiatisch-pazifische Region hinsichtlich europäischer Exporte und vor allem der Investitionen eine zu geringe Bedeutung zukam im Vergleich zu den sich dort dynamisch entwickelnden Volkswirtschaften. Vgl. ASEM Business Forum, Background Note, S. 1.

⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 13.02.1997, S. 4 ("Fortschritte durch pragmatisches Vorgehen").

¹⁰ Dazu gehören neun ASEAN-Staaten, die USA, Japan, China, Australien, Rußland, die EU und Kanada.

fehlendes Glied in der Kette interregionaler den Globus umspannenden Foren, die zunehmend bilaterale zwischenstaatliche Beziehungen überlagern.

3. Die Hauptschwierigkeiten aus europäischer Sicht

Als besonders problematisch erweist sich der Balanceakt zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechtsfragen. Deshalb kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen. Folgende Beispiele sind hier zu nennen:

3.1 Der Tibet-Konflikt mit China

Schwere Menschenrechtsverletzungen seitens China in Tibet haben immer wieder die Beziehungen zwischen Deutschland/Europa und China belastet. Angesichts der Bedeutung des weltgrößten Marktes fällt es den Europäern schwer, eine einheitliche Linie im Falle Tibets einzuhalten. Das führt zu kuriosen Verhaltensweisen. Zwar wurde der Dalai Lama von Außenminister Kinkel in Deutschland empfangen, bei der Begrüßung ließ sich Kinkel jedoch nicht wie nach tibetischer Tradition üblich vom Dalai Lama einen Schal umlegen. Das wäre wohl zuviel Anerkennung für Tibet gewesen. Der Besuch des Dalai Lama und Veranstaltungen zur Tibet-Frage haben in China immer wieder zu Verstimmungen geführt und die deutsch-chinesischen Beziehungen erschwert.

3.2. Der Ost-Timor-Konflikt mit Indonesien

Als die Niederlande 1992 versuchten ihre Entwicklungshilfe nach dem Massaker von Dili mit der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte in Indonesien zu verknüpfen, legte Indonesien kurzerhand einen Großteil der Wirtschaftsbeziehungen auf Eis. Auf holländische Entwicklungshilfe konnte Indonesien getrost verzichten, da der größte Teil der von der *Inter-Governmental Group on Indonesia* (IGGI), einem internationalen Hilfskonsortium, bewilligten Gelder aus Japan und den USA, von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds bereitgestellt wurden. Indonesien veranlaßte die Auflösung der IGGI. Da sich die EU in diesem Fall auf keine einheitliche Strategie einigen konnte, stellten eine Reihe europäischer Staaten im Rahmen der neu gegründeten *Consultative Group on Indonesia* (CGI) auch weiterhin Gelder zur Verfügung.¹¹

Die Leidtragenden der niederländisch-indonesischen Krise waren indonesische Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die bis dahin von Holland aus unterstützt worden waren. Diese Verbindung hatte der indonesischen Regierung schon lange mißfallen, und sie nutzte die Gelegenheit dagegen vorzugehen.

Zwischen Portugal und Indonesien schwelt seit vielen Jahren der Ost-Timor-Konflikt. Indonesien hatte Ost-Timor 1975 von Portugal annektiert. Durch die Aufnahme Portugals in die EU 1986 wurde dieses Problem zu einer europäischen Angelegenheit.

Am Widerstand Portugals scheiterte dann auch im Februar 1997 eine Erneuerung des nach 1980 immer wieder verlängerten Grundsatzabkommens zwischen EU und ASEAN. Die Haltung Portugals und auch der Niederlande verdeutlicht, daß die Trennung von Politik und Wirtschaft im Sinne des Asienkonzeptes innerhalb der EU nicht so einfach durchsetzbar ist. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen EU und ASEAN führten sogar zu der Überlegung, ob Treffen dieser Art überhaupt fortgesetzt werden sollten. Am Ende gelang es den EU- und ASEAN-Vertretern eine Kompromißformel zu finden, die besagte, daß es zwar Menschenrechtsprobleme gebe, sich die Beziehungen aber dennoch weiterentwickeln sollten. Sie ei-

¹¹ Die Niederlande hatten den Vorsitz bis zur Auflösung der IGGI durch Indonesien, das sich damit gegen jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten, in diesem Fall in Ost-Timor, wehrte. Unter Führung der Weltbank entstand unmittelbar danach die CGI, die bis auf Kanada und die Niederlande die gleichen Mitglieder hat. Vgl. Schwinghammer, S. 128.

nigten sich überdies auf ein Abschlußdokument, welches eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen beinhaltet.¹²

3.3 Die Aufnahme des Militärregimes von Myanmar in die ASEAN

Im Juli diesen Jahres wurde neben Laos auch Myanmar in die ASEAN aufgenommen.¹³ Die EU hatte von einer Aufnahme Myanmars abgeraten, was aber auf Seiten der ASEAN als Einmischung in innere Angelegenheiten abgewehrt wurde. Jetzt befindet sich die EU in dem Dilemma auf der einen Seite mit der ASEAN weiterhin kooperieren zu wollen und auf der anderen Seite in Zukunft mit dem bislang boykottierten Militärregime an einem Tisch sitzen zu müssen.¹⁴

4. Fazit für die europäisch-asiatischen Beziehungen

Alle aufgeführten Punkte zeigen, daß die europäisch-asiatischen Beziehungen eine Gradwanderung darstellen.

Einerseits erweisen sich die wirtschaftlichen Beziehungen für beide Seiten als außerordentlich wichtig, da nicht nur Europa Asien, sondern auch die ASEAN den Exportmarkt EU benötigt, um den Absatz ihrer Produkte gewährleisten zu können. Andererseits hat die seit Mitte diesen Jahres von Thailand ausgehende ganz Südostasien erreichende Finanzkrise deutlich gemacht, daß die ökonomische Stärke Asiens ebenfalls Grenzen kennt, was den europäischen Partnern in Verhandlungen wieder mehr Spielraum auch im Hinblick auf die von ihnen geforderten Sozialstandards einräumen dürfte.¹⁵

Eine Rolle spielen dabei auch die in den letzten Jahren erstarkenden Mittelschichten Asiens, die den Reformdruck auf die Regierungen erhöhen. Erst vor kurzem haben beispielsweise mittelständische Unternehmer in Thailand für die Einführung einer neuen, demokratischeren Verfassung demonstriert.¹⁶

Die aktuelle durch Waldbrände in Indonesien hervorgerufene Umweltkatastrophe wird europäischen Umweltschutzforderungen künftig mehr Gewicht verleihen und das nicht zuletzt, weil eine große Anzahl von Menschen in Asien direkt darunter zu leiden hatte und noch im-

¹² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 14.02.1997, S. 7 ("Abkommen der EU mit ASEAN gescheitert").

¹³ Eigentlich sollte die ASEAN auf 10 Mitglieder aufgestockt werden. Die Aufnahme Kambodschas wurde jedoch wegen des Putsches vorläufig verschoben. Vgl. Christel Pilz, Laos und Myanmar sind neue Mitglieder im Staatenbund, in: Handelsblatt, vom 24.07.1997.

¹⁴ Während die ASEAN im Falle Myanmars eine Politik des "constructive engagement" verfolgt, lehnen die USA und die EU eine Zusammenarbeit ab. Vgl. Far Eastern Economic Review, vom 7. August 1997, S. 26 (Murrey Hiebert, "All for One"). Aus westlicher Sicht hat die Politik der ASEAN auch noch keine nennenswerten Verbesserungen in Myanmar gebracht. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß Südostasien möglichst viele Staaten auf seiner Seite wissen will, um sich gegenüber China behaupten zu können.

¹⁵ Der Wirtschaftsboom hatte dazu beigetragen, daß asiatische Regierungschefs allen voran Malaysias Premierminister Mahathir immer selbstbewußter aufgetreten sind. Aufgrund der anhaltenden Finanzkrise mußte nun sogar Mahathir zugeben, daß er sich geirrt hatte. Er hob eine Reihe erst kürzlich erlassener Beschränkungen des Aktienhandels und andere restriktive Maßnahmen wieder auf. Vgl. Far Eastern Economic Review, vom 18.09.1997, S. 5 ("Decision Time: Malaysia's Mahathir changes course"). Dieses Beispiel zeigt, daß sich die Länder Asiens nicht mehr einfach abschotten können.

¹⁶ Vgl. Far Eastern Economic Review, vom 9.10.1997, S. 21 (Rodney Tasker, "Mad as Hell"). Die wirtschaftliche Krise läßt auch den unternehmerischen Teil der Mittelschicht aktiv werden, während die politischen Forderungen nach mehr Demokratie 1992 vor allem von Studenten und Akademikern ausgegangen sind.

mer hat.¹⁷ Bedeutsam ist auch die grenzüberschreitende Dimension des Smogdesasters. Singapur übte scharfe Kritik am Nachbarn Indonesien, Malaysia sprach von Schadenersatzforderungen und in Thailand war gar von Umwelterrorismus in Indonesien die Rede.¹⁸ Das Thema "Umwelt" hat in Südostasien eine neue Brisanz erlangt und ermöglicht den Europäern in Sachen Umwelt nun eher gehört zu werden.

Ein Schritt in die Richtung europäisch-asiatischer Zusammenarbeit im Bereich Umwelt ist die Einrichtung eines *Asia-Europe Environmental Technology Centre* in Thailand. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß solche Maßnahmen sehr teuer sind und gegenwärtig vor allem in Thailand aufgrund der Finanz- und Strukturkrise gespart werden muß.

Aus politischer Sicht bleiben die europäischen Staaten über wirtschaftliche Ambitionen hinaus ihren Wertvorstellungen verpflichtet und müssen den Interessen ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen Rechnung tragen, um nicht in Europa selbst ihre politische Glaubwürdigkeit zu verlieren. Sinnvoll wäre jedoch ein abgestimmteres Verhalten und Auftreten der Europäer. Meinungsverschiedenheiten sollten nicht nach Asien getragen, sondern im Vorfeld abgeklärt werden. Einen Versuch in dieser Hinsicht unternahm die EU nach dem erfolgreichen Start von ASEM in Bangkok mit der Abstimmung politischer Themen, die nach europäischer Auffassung Bestandteil des Dialogs werden sollen. Dabei geht es um

1. Informationsaustausch mit Bezug auf existierende regionale Kooperationen¹⁹,
2. Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen,
3. Abstimmung gemeinsamer Verhaltensregeln für eine globale Gesellschaft,
4. Rüstungskontrolle,
5. Ausweitung des politischen Dialogs auf transnationale Probleme und
6. den künftigen Kurs von ASEM und ASEM's Bezug zu existierenden Formen der europäisch-asiatischen Kooperation.²⁰

Besonders interessant sind die Punkte 3 und 5, die den Schutz der Menschenrechte, Fragen des Umweltschutzes und andere soziale Themen enthalten, wobei die Formulierungen bewußt sehr vorsichtig gewählt worden sind.

Zur Verbesserung der asiatisch-europäischen Beziehungen könnte auch die Einrichtung der *ASIA-EUROPE Foundation* beitragen, die sich zum Ziel gesetzt hat

"... to promote better mutual understanding between Asia and Europe through greater intellectual, cultural and people-to-people exchanges..."²¹

Darüber hinaus wird die Einführung der Europäischen Währungsunion vermutlich den Zusammenschluß europäischer Unternehmen weiter vorantreiben, die dann künftig in Asien ih-

¹⁷ Vgl. *Far Eastern Economic Review*, vom 14.08.1997, S. 20 (S. Jayasankaran, "Smoke in Your Eyes"). "The haze" wie der Smog genannt wird, tritt schon seit 1991 regelmäßig auf, erreichte aber in diesem Jahr ein besonders erschreckendes Ausmaß. Der Smog ist ein Zeichen für die Schattenseiten der boomenden Volkswirtschaften. Die Waldbrände in Indonesien sind nur eine Seite der Medaille. Hinzu kommt die massive Luftverschmutzung durch die Industrie, Kraftfahrzeuge usw. aufgrund geringer Umweltstandards. Schließlich ist die Angst groß, daß solche Standards das Wirtschaftswachstum gefährden könnten. Je größer jedoch die "Atemnot" in Städten wie Kuala Lumpur und Singapur sein wird, desto stärker wird der Druck der Bevölkerung auf die Regierungen sein, die Wirtschaftspolitik den Umweltgegebenheiten anzupassen.

¹⁸ Vgl. Handelsblatt, vom 2.10.1997, S. 12.

¹⁹ Dadurch soll die Angst vor einer "Festung Europa" abgebaut werden.

²⁰ Vgl. EU: Proposals for the political dialogue in the ASEM process, S. 1-4.

²¹ The Asia-Europe Foundation: Agreed Principles, 19. Dec. 1996, S. 1.

re Interessen gemeinsam verfolgen werden. Dies dürfte auch Auswirkungen auf die Politik und damit auf ein einheitlicheres Auftreten der Europäer haben. Zudem liegt die Chance Europas darin, daß Asien bemüht ist, ein Gegengewicht zu den USA zu finden.²²

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß besseres gegenseitiges Verstehen, sensibles Handeln und respektvolles Auftreten sowie eine innerhalb der EU abgesprochene Vorgehensweise dabei helfen können, die europäisch-asiatischen Beziehungen auch über wirtschaftliche Aspekte hinaus in einer für beide Seiten positiven Weise weiterzuentwickeln.

Literatur

Gerster, Martin (1997): ASEAN und Europa, Hausarbeit eingereicht am Institut für Politikwissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mainz August 1997.

Machetzky, Rüdiger (1996): Europas Bedeutsamkeit für Ostasien: Wider einige übliche Argumente, in: Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 1996, herausgegeben vom OAV, Hamburg, S. 17-24.

Pape, Wolfgang (1997): Europe in North-East Asia, Manuskriptentwurf, Ebenhausen.

Rüland, Jürgen (1996): The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 5, Universität Rostock.

Schwinghammer, Eva (1997): Neue Wirtschaftskonzepte in Indonesien und Malaysia. Voraussetzungen und Auswirkungen im Vergleich, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 278, Hamburg.

ASEM Business Forum, Background note:[<http://www.asienhaus.org/eurasien//bufoback.htm#ASEM BUSINESS>]

ECOCON.DOC [September 1996; A1/pw/FRST0209]

ASEM - FM Conference Documents, Chairman's statement of the first ASEM Foreign Ministers' Meeting Singapore, 15 February 1997 [<http://www.asienhaus.org/eurasien/ asem-fm.htm#Chairman's Statement>]

Asia-Europa Foundation: Agreed Principles, 19 Dec. 1996 [<http://www.asienhaus.org/eurasien/aseufoud.htm>]

²² ASEM kommt der asiatischen Seite sehr entgegen. Die Formulierungen des Abschlußdokumentes sind sehr vorsichtig. Es gibt kein Drängen auf eine Institutionalisierung oder eine Freihandelszone wie beispielsweise von Seiten der Amerikaner im Zusammenhang mit der APEC. Kein Wunder, daß Malaysias Premierminister Mahathir, ein Kritiker der APEC, äußerte, daß er ASEM im Vergleich zur APEC den Vorzug gebe. Vgl. Wolfgang Pape, S. 8.

Mee-Hae Kong

Überdenken des Status und der Liberalisierung der Frau in Korea

1. Einleitung

Aufgrund des schnellen Wirtschaftswachstums und dem Emporkommen der Frauenbewegung erzeugte der sich verändernde Status der Frauen viel Aufmerksamkeit in der ganzen Welt. Das Konzept von 'Entwicklung' wurde dem Begriff der 'Modernisierung' gleichgesetzt (Diarsi, 1996). Ich verwende demzufolge den Begriff 'Entwicklung' im gleichen Kontext wie 'Modernisierung' - das bedeutet, ökonomischer Fortschritt von einer 'traditionellen' zu einer 'modernen' Gesellschaft. Der Status der Frauen wurde als Zugang der Frauen zu öffentlichen Ressourcen, die jedem zugänglich sind, definiert (Ward, 1984). Der Status der Frauen reflektiert in dieser Hinsicht das Niveau der sozialen Gerechtigkeit, welches eine kritische Rolle in der Ressourcenverteilung auf beide Geschlechter in einer Gesellschaft spielt. Gerechtigkeit ist Gleichberechtigung für Gleiche. Ein niedriger Status der Frauen bedeutet Ungerechtigkeit. Ungerechtigkeit heißt in diesem Fall, ungleiche Behandlung der Mitglieder beider Geschlechter.

Obwohl Korea eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne erreicht hat, scheint die Geschlechterdifferenz problematisch zu sein. Im Vergleich mit dem Westen, zeigt sich bei den Schwellenländern („*newly-developing countries*“) in Ostasien ein großer negativer Prozentunterschied zwischen dem allgemeinen *Human Development Index* (HDI) und dem geschlechterspezifischen HDI. Zum Beispiel hat Hong Kong den negativsten Index (-28,3), gefolgt von Singapur (-23,8) und Korea (-22,2) (Chang, 1996).

Ist Geschlechterverschiedenheit für ein nationales Wirtschaftswachstum in den Ostasiatischen Ländern, inklusive Korea, unvermeidbar? Welche Art von Mechanismus spielt eine entscheidende Rolle um den niedrigeren Status der Frau zu erhalten?

In letzter Zeit haben sich Wissenschaftler mit den Auswirkungen des 'Wirtschaftswunders' auf die Geschlechterbeziehungen in der gesellschaftlichen Basis der koreanischen Kultur beschäftigt (Chang, 1996; Cho, 1996; Kim, 1995). Sie argumentierten, daß die koreanischen Familien auf der Basis des Konfuzianismus verschiedene soziale Beziehungen und Ideologien entwickeln, einschließlich auch der Geschlechterbeziehungen und Familienideologien. Das heißt, daß der traditionelle Familismus in Korea sich auf die Erfordernisse der intensiven Industrialisierung der Nation in anderer Weise als der westliche Familismus einstellt. Dieser ausschließende Familismus stellt eine Überlebensstrategie dar, die den Familien ermöglicht ihre Mitglieder vor der relativen Schwäche der nationalen Politik zu beschützen.

Dieser Aufsatz soll eine globale Erklärung zur folgenden Untersuchung bereitstellen:

Zu welchem Ausmaß hat die Entwicklung in Korea zu einer Befreiung der Frau, im Vergleich zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten, geführt? Im folgenden Kapitel werde ich die theoretischen Verknüpfungen zwischen Entwicklung und deren Einfluß auf den Status der Frau untersuchen. Im dritten Kapitel werden die Auswirkungen der Entwicklung auf die Arbeitswelt der Frauen, die Rolle der Familie und der Geschlechterrolle, Gewalt gegen Frauen, und das politische *Empowerment* der Frauen besprochen; zum Schluß wird eine Zusammenfassung und Diskussionen präsentiert.

2. Entwicklung und deren Auswirkung auf den Status der Frauen: Einige theoretische Verknüpfungen

Der Status der Frau in Entwicklungsländern im Bezug zum nationalen Wirtschaftswachstum kann aus mindestens drei verschiedenen Perspektiven betrachtet werden (Kong, 1990). Evo-

lutionstheoretiker betonen, daß die Modernisierung den Status der Frau in Bezug auf eine Veränderung der Lebensqualität erhöhen könne. Im Gegensatz dazu, argumentieren Dependenz- und Welt-System-Theoretiker, daß eine internationale Arbeitsteilung während des Modernisierungsprozesses eine nachteilige Wirkung auf den Status der Frau hat, da die Geschlechterungleichheit ausgeweitet wird. Drittens, bestehen sozialistische Feministinnen darauf, daß das historische kapitalistische Patriarchat die untergeordnete Position der Frauen verewigt. Demzufolge ändert sich der Status der Frauen nicht wesentlich solange das kapitalistische Patriarchat andauert. Lassen Sie mich diese drei Perspektiven genauer untersuchen.

Evolutionstheoretiker setzen die soziale Entwicklung als einen linearen und kumulativen Prozeß voraus. Sie sehen die Auswirkungen der Entwicklung auf die Frauen als positiv an. Industrialisierung reduziert aufgrund der Geburtenkontrolle und der Flaschenfütterung die biologischen Zwänge auf die Frauen. Außerdem ermutigen die modernen Werte die Frauen ihre Mobilität zu vergrößern und nach Freiheit und Aktivität zu streben. So wird die Entwicklung der Frauen als ein Teil des Modernisierungsprozesses wahrgenommen.

Goode (1963) identifizierte die Industrialisierung als die wichtigste Erklärung für den Trend zu egalitären Beziehungen innerhalb und außerhalb der Familie. Der industrialisierten Wirtschaft und deren Bedarf an flexiblen Arbeitskräften, so behauptet er, wird am besten mit einer kleinen und unabhängigen Familie gedient. Er postuliert eine „Paßform“ zwischen der Zwei-Personen-Familie („*conjugal family*“) und dem modernen Industriesystem, welche die individuellen Rechte sich frei zu bewegen und die universalistische Bewertung von Fertigkeiten hervorhebt. Die zunehmende Nachfrage der Industriegesellschaft an mobilen Facharbeitskräften tendiert dazu die Geschlechterbarrieren zu verringern und die Zwei-Personen-Familie und die Gleichberechtigung zwischen den Ehepartnern zu propagieren.

Wenn Ward (1963) die zunehmende Modernisierung in asiatischen Ländern diskutiert, geht sie davon aus, daß die Modernisierung direkt den Eintritt der Frauen in die Politik beeinflusst. Sie hebt verschiedene Faktoren hervor, die die politische Partizipation der Frauen bewegt: moderne Maßnahmen in der Medizin, neue Kommunikationsnetzwerke, Verstädterung, allgemeines Schulwesen, und die Erfahrungen in politischen Emanzipationsbewegungen. Das Bewußtsein der Frauen bezüglich ihres Lebens und Status geht aus diesen Erfahrungsbereichen hervor. Von Frauen, die nicht-traditionelle Rollen erfahren, wird erwartet, daß sie ein Bewußtsein entwickeln und Versuche unternehmen soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zu unterstützen.

Eine Anzahl Wissenschaftlerinnen kritisiert den Evolutionsansatz als ökonomischen Determinismus. Sie zeigen auf, daß die Ideologie des Egalitarismus im Bezug zur ökonomischen Entwicklung nicht der aktuellen Wirklichkeit entspricht (Boserup, 1970; Safilios-Rothschild, 1982; Tinker, 1976; Ward, 1984). Die sogenannten Dependenz- und Welt-System-Theoretiker ziehen die Schlußfolgerung, daß der Industrialisierungsprozeß in Entwicklungsländern einen nachteiligen Effekt auf den Status der Frauen hat.

Ward (1984) führt aus, daß der Status der Frauen aufgrund der internationalen Arbeitsteilung zwischen den Kern- und den Peripherieländern herabgesetzt wurde. Faktoren die vor allem die Wirtschaftsbeiträge der Frauen verringert haben sind die Einführung von Landwirtschaftstechnologie, Cash Crops, die Ausweitung lokalen Handels und die Schaffung von Fremdinvestitionsindustrien.

Außerdem hat das Hervorkommen des abhängigem Handelssystems in Entwicklungsländern, das Ausmaß der Warenkonzentration und die Außenhandelsstrukturen negative Auswirkungen auf die Frauenbeschäftigung am Arbeitsmarkt. Wenn Länder sich auf begrenzte Waren wie landwirtschaftliche Produkte oder Rohstoffe konzentrieren, und Rohstoffe exportieren und Fertigprodukte aus entwickelten Ländern importieren, dann beschränkt sich der Zugang von Frauen auf Arbeitsstellen auf diese ökonomischen Strukturen. Es ist dann unwahrscheinlicher, daß eher Frauen als Männer in diesen Ländern eine Arbeitsstelle bekommen, da weniger spezifizierte Wirtschaftssektoren zur Verfügung stehen.

Auch während der abhängigen Entwicklung verzerrte die Investition in Herstellungsbetrieben den Anteil der Frauen unter den Arbeitskräften. Als arbeitskrafteintensive Baumwollmanufakturen durch kapitalintensive Industrien ersetzt wurden, verloren viele Frauen ihre Arbeit aufgrund der Knappheit von Jobs und der vorherrschenden Bevorzugung von männlichen Arbeitskräften. Einige dieser Frauen wurden zu Billiglohnarbeiterinnen in den multinationalen Weltmarktfabriken, die für den Export produzieren, ohne langfristige Arbeitssicherheit.

Weiterhin steht die Partizipation der Frauen im Dienstleistungs- und informellen Sektor im Zusammenhang mit dem Unterentwicklungsprozeß der durch Fremdinvestitionen und Handelsabhängigkeit verursacht wurde. Die Anstellung von Frauen in den Dienstleistungssektoren, welche Hauspersonal, Nahrungsproduktion, Handel, Kleinstproduktion und Einzelhandel beinhalten, basiert auf Heimarbeitsproduktion der Frauen. Im allgemeinen sind Dienstleistungsbeschäftigungen schlecht bezahlt, ohne Arbeitsplatzsicherheit und bieten kaum die Möglichkeit spezifischer Weiterbildung. Als Ergebnis davon hat der ökonomische Status der Frauen in Entwicklungsländern abgenommen.

Auf der anderen Seite kritisieren sozialistische Feministinnen die gängige Vorstellung, daß die Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt eng verbunden mit ihrem Status ist (Barret, 1980; Eisenstein, 1979; Hartmann, 1979). Sie legen dar, daß die Unterordnung der Frauen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die soziale Bewertung zurückzuführen ist. Das Patriarchat hängt nicht nur vom Kapitalismus ab, sondern erleichtert zudem das ökonomische System in der Gesellschaft durch die kapitalistische Bedarfsdeckung.

Mit der Einführung des Kapitalismus, der Schaffung des Lohnabhängigkeitssystems und der Produktion in großem Umfang, wurde das Leben der Frauen stärker als das der Männer beeinflusst. Bei der Einführung der Massenproduktion durch den Kapitalismus, wurden die Frauen von der Teilnahme am Arbeitsmarkt isoliert und blieben Zuhause. Obwohl sie in die Lohnabhängigkeit eintraten, hatten sie normalerweise niedriger bezahlte Arbeit als Männer, weil die gesellschaftliche Definition der Frauenarbeit auf der Hausarbeit basiert.

Weibliche Lohnarbeit ist durch niedrige Entlohnung und Unsicherheit, aufgrund der Verantwortung für Kinderbetreuung und Haushalt charakterisiert. Diese Generalisierung repräsentiert die Arbeitsplatztrennung im Arbeitsmarkt. Das Phänomen der Arbeitsplatztrennung zeigt sich in der Geschlechterteilung der Arbeit, in der die meisten Frauen in Billiglohnindustrien wie in der Textil- und Schuhbranche arbeiten. Desweiteren ist die gesamte weibliche Arbeitskraft auf wenige Beschäftigungsarten konzentriert - Assistentinnen und Leiterinnen von kleinen Läden, Büroschreibkräfte, Sekretärinnen, Hausangestellte, Krankenschwestern, Lehrerinnen, und Näh- und Textilarbeiterinnen. Diese Arbeiten werden meist als Dienstleistungsarbeit, Pflegeberufe und vergesellschaftete Formen von häuslicher Dienstleistung beschrieben, die auffallend ähnlich zur Arbeitsteilung in der Familie sind. Auch wenn die Beschäftigung von Frauen im heutigen Arbeitsmarkt sich in zusätzliche Kategorien ausgedehnt hat, so ist die momentane Verteilung von weiblicher Arbeit im Grunde die gleiche geblieben.

Zusätzlich zu den Arbeitskategorien, die hauptsächlich von Frauen entlang der Geschlechterideologie ausgeführt werden, ist es wichtig die Ideologie der häuslichen Verantwortung zu diskutieren, indem die Faktoren, die den Status der Frauen als unsichere Lohnarbeiterinnen bestimmen, erörtert werden. Die Beteiligung der Frauen an Teilzeitarbeit ist direkt auf ihre Verantwortlichkeit für Kinder und Haushalt zurückzuführen. Überdies verhindert die Familienstruktur, in der der Ehemann der Hauptverdiener ist, eine gleiche Bezahlung und gleiche Rechte in der Arbeit für Frauen.

3. Geschlechterunterschiede in Korea

In diesem Abschnitt analysiere ich die aktuelle Situation der Frauen in Korea in Bezug auf vier verschiedene Gebiete - Arbeit, Familie, Gewalt und politisches *Empowerment*.

3.1 Abspaltung der weiblichen Arbeitskraft

Zusammen mit einer exportorientierten Wachstumsstrategie, schuf Korea die rasche Inkorporierung der weiblichen Arbeitskräfte, die in den Exportindustrien wie Textilien, Bekleidung, Elektronik und Schuhwerk dominierte. Diese vier Industrien brachten schätzungsweise die Hälfte aller Exportgewinne in den frühen 70er Jahren ein (Seguino, 1995).

Wie andere Entwicklungsländer, bevorzugte Korea junge unverheiratete Frauen für die arbeitsintensive Exportindustrie. Die *Tabelle 1* zeigt die Arbeitskräftezahlen getrennt nach Frauen und Männer in ausgewählten Jahren in der Zeit von 1970 bis 1994 an. Der Tabelle zufolge ist der Anteil der Frauen an Arbeitskräften seit 1970 gleichmäßig gestiegen, während die Anzahl der Männer bis 1985 leicht abgefallen ist und dann wieder ansteigt.

Tabelle 1: Anteilige Arbeitskräfterate nach Geschlechtern getrennt (1970-1994) in Prozent:

Jahr	Frauen	Männer
1970	39,3	77,9
1975	40,4	77,4
1980	42,8	6,4
1985	43,1	72,3
1990	47,0	74,0
1995	48,3	76,5

Quelle: Korea Institute of Labor (KRIL), 1994, 1996

Auf der anderen Seite zeigt die Partizipationsrate der Frauenarbeitskräfte eine typische Kurve in Form eines 'M': Eine hohe Teilnahme am Arbeitsmarkt im Alter von Anfang 20, ein Abfallen mit Ende 20 bis Anfang 30, und wieder einen Anstieg Ende der 30er (Cho, 1996). Verglichen mit anderen asiatischen Ländern wie Japan, Singapur und Taiwan, ist die Teilnahme der koreanischen Frauen am Arbeitsmarkt im Alter von 25 bis 34 relativ gering (*Tabelle 2*). Daraus ergibt sich, daß die ökonomische Teilnahme koreanischer Frauen durch ihre Lebenszyklusabschnitte sehr beeinflußt wird, und das Heirat und Kinderaufziehen wichtige Faktoren sind, die die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt reduzieren.

Tabelle 2: Altersspezifische Teilnahme von Arbeiterinnen in Korea, Japan, Taiwan, und Singapur (Prozentsatz der weiblichen Arbeiter):

Alter	Korea	Japan	Taiwan	Singapur
15-19	17,4	17,6	21,3	28,6
20-24	65,3	75,6	62,6	80,2
25-29	44,3	64,0	61,8	77,8
30-34	47,8	52,7	55,2	64,7
35-39	57,8	62,4	57,8	56,9
40-44	60,4	70,5	55,4	54,5
45-49	60,9	72,0	48,9	47,6
50-54	60,8	67,6	40,2	36,6
55-59	54,1	55,7	30,9	22,7
60-64	44,9	40,7	20,3	12,6
über 65	19,6	16,7	4,1	4,5
Gesamt	47,3	50,7	44,8	51,3

Quelle: Korea Research Institute of Labor, 1994

Außerdem scheinen die koreanischen Frauen im Prozeß von Entwicklung und Industrialisierung an den Rand gedrängt zu werden. Die Mehrheit der Frauen, die berufstätig sind, arbeiten immer noch im informellen Sektor und in Firmen, die weniger als fünf Personen anstellen

(„*subcontracting sectors*“). Genauer gesagt sind 56,6% aller arbeitenden Frauen Angestellte, 18,8% selbständig und der Rest (24,6%) unbezahlte Arbeiterinnen im Familienverband/-betrieb (1990). Von den angestellten Frauen, sind gemäß *Tabelle 3*, 59,1% im informellen Sektor und den „*subcontracting sectors*“ (Cho, 1996).

Tabelle 3: Anteilige Arbeitskräfterate im informellen Sektor nach Geschlechtern getrennt in Prozent:

Jahr	Frauen	Männer
1980	42,5	53,7
1985	50,2	42,8
1990	59,1	45,4

Quelle: Cho, 1996 [Anmerkung: Die Zahlen für den informellen Sektor gelten für Frauen ab 15 Jahren]

Bis 1980 wurden mehr als 60% der arbeitenden Frauen als selbständig oder als unbezahlte Arbeitskräfte im Familienbetrieb gerechnet. 1980 waren 39,2% der Frauen Angestellte und der Rest war entweder selbständig (23,2%) oder als unbezahlte Arbeitskräfte in Familienbetrieb (37,4%). Die Zahl der weiblichen Angestellten hat sich jedoch in den späten 80er Jahren beständig um 15% vergrößert, während das Verhältnis von männlichen Arbeitern in dieser Zeitspanne um mehr als zehn Prozent zurückgegangen ist. Dieser Trend ist auf die zunehmende Zahl verheirateter Frauen in Korea, die in einem bezahlten Arbeitsverhältnis stehen, zurückzuführen (Kim, 1987).

Trotz der ansteigenden Beteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, hat die Marginalisierung ihrer Arbeitskraft sich in verschleierte Formen bezahlter Beschäftigung beschleunigt. Als erstes konzentriert sich die Mehrheit der bezahlten Arbeiterinnen im Produktionssektor; 83,6% 1975, 71,3% 1985 und 72,8% 1988. Im Herstellungsbereich arbeiten 85,7% der weiblichen Arbeitskräfte am Fließband. Sie sind die am niedrigsten bezahlten Arbeiterinnen. Die Anzahl dieser Arbeiterinnen hat in den späten 80er Jahren abgenommen (KWID, 1984). Das resultiert aus der Übergang junger Arbeiterinnen vom Manufaktur- in den Dienstleistungssektor. Aufgrund der besseren Arbeitsbedingungen, ziehen junge Arbeiterinnen wohl eher diese Dienstleistungsstellen vor, obwohl das Lohnniveau ähnlich ist. In dieser Zeit wurden die Arbeiterinnen im Manufaktursektor langsam durch verheiratete Frauen ersetzt.

Geschlechtertrennung in der Beschäftigung und in den Sektoren deutet auf einen weiteren Aspekt der fehlenden Macht der Frauen im Arbeitsmarkt hin. Wie man in der *Tabelle 4* sehen kann, besetzt nur ein kleiner Teil der Arbeiterinnen renommierte Sektoren wie professionelle Positionen und Management-/Verwaltungspositionen. Der Anteil der Frauen in professionellen Positionen ist relativ groß, 21,8% in Firmen mit mehr als zehn Angestellten, geht jedoch drastisch in den 30 größten Unternehmen auf 4,5% zurück. Im Fall der Management- und Verwaltungspositionen zeigt sich jedoch eine weitaus größere Differenzierung der Geschlechter. Der Anteil Frauen in diesen Sektoren beläuft sich auf 0,7% in öffentlichen Unternehmen, 0,5% in den größten Firmen, und 1,4% in Unternehmen mit mehr als zehn Angestellten. Sogar in den Verkauf- und Produktionsstellen in öffentlichen Unternehmen ist die Zahl der weiblichen Angestellten gering, 3,6% und 6,8%.

Tabelle 4: Anteil der Arbeiterinnen bezüglich Sektor und Beschäftigung in Prozent:

Beschäftigung/ Sektor:	Öffentliche Unternehmen	die 30 größten Unternehmen	Firmen mit mehr als zehn Angestellten
Professionell	13,0	4,5	21,8
Management/Admi-	0,7	0,5	1,4

nistration			
Bürokräft	31,8	26,2	36,2
Verkauf	3,6	33,0	56,1
Service	32,6	39,7	37,8
Produktion	6,8	28,2	34,3
Gesamt	20,1	24,3	32,6

Quelle: Cho, 1996

Im allgemeinen hat die Zahl der weiblichen Arbeiter in Büropositionen sowie professionellen/technischen Anstellungen in den letzten 30 Jahren zugenommen. 1960 hielten Frauen 3,8% der Büro- und 17,8% der professionellen/technischen Positionen inne, und dies hat sich 1990 auf 40,1% und 36% erhöht. Jedoch hat sich der ökonomische Status der Frauen aufgrund der Feminisierung der Billiglohnarbeit nicht verbessert.

Wenden wir uns nun den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern zu.

Trotz der relativ starken Nachfrage weiblicher Arbeitskräfte, haben sich die Löhne im Verhältnis nicht grundlegend seit dem Ende der 70er Jahre verbessert. *Tabelle 5* legt das Verhältnis des Gehalts zwischen Frauen und Männern in ausgewählten Industrien im Herstellungssektor für den Zeitraum von 1975 bis 1990 dar. Dieser Trend war deutlicher

in den von Frauen dominierten Exportindustrien - Textilien, Bekleidung und Elektronik. Im Gegensatz dazu hat sich die Lohnkluft in der Transport- und Maschinenindustrie verbreitert (beide von Männern dominiert mit einem Frauenanteil von 12% bzw. 16%, 1990).

Tabelle 5: Lohnverhältnis von Frauen zu Männern in ausgewählten Industrien im Herstellungssektor, 1975-1990 (in Prozent):

	Sektor	Textilien	Bekleidung	Elektronik	Transport	Maschinen
Jahr						
1975	47,0	NA	NA	NA	NA	NA
1977	45,0	45,1	48,6	53,6	54,6	57,5
1980	45,0	46,3	48,9	44,7	50,9	49,5
1985	47,0	48,6	56,8	48,0	48,0	53,1
1990	50,5	52,0	58,4	57,6	50,4	54,4

Quelle: Seguno, 1995

Der schwache Anstieg im Verhältnis des Durchschnittsverdienstes zwischen Frauen und Männern in der Herstellungsindustrie ist zum Teil in der gewerkschaftlichen Aktivität begründet (Seguno, 1995). Während der Demokratiebewegung in den 80er Jahren, begannen Frauen sich gewerkschaftlich zu organisieren um gegen gefährliche Arbeitsbedingungen, diskriminierende Arbeitsvorschriften und Niedriglohn zu protestieren. Ausgedehnte Streiks in den Jahren 1987 und 1988 erzielten grundlegende Lohnerhöhungen für Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem in den von Frauen dominierten Industrien.

Nichtsdestoweniger argumentiert Seguno (1995), daß die geschlechterspezifischen Lohnunterschiede größtenteils während der drei Jahrzehnte schnellen Wirtschaftswachstums in Korea erhalten blieben. Auf der Annahme basierend, daß das Wachstum der Verdienste vom Produktionswachstum getrieben wird, erklärt sie, daß die Lohnkluft zwischen den Geschlechtern, auf der Konzentration von Frauen in Industrien beruht, die ein langsames Produktionswachstum haben.

3.2 Unveränderte Familien- und Geschlechterrolle

Da die Solidarität innerhalb der Verwandtschaft die einzig wichtigste Struktur in der koreanischen Gesellschaft gewesen ist, wird die Familie als die grundlegende Gesellschaftseinheit betrachtet. Der Konfuzianismus übte großen Einfluß auf die Familie und die ganze Gesellschaft in Korea aus. Besonders die Vorschriften, die die Beziehung zwischen Ehemann und Ehefrau regeln, basieren auf schweren Vorurteilen gegenüber den Frauen, was einen niedrigeren Status der Frauen zur Folge hatte. Laut konfuzianischer Tugenden, wurde von einer Frau erwartet, ihrem Vater, ihrem Ehemann und ihrem Sohn zu gehorchen. Desweiteren galt eine Frau in der patriarchalen Familie, sobald sie geheiratet hatte, symbolisch als Außenseiter in ihrer biologischen Familie, und ebenso als Außenseiter in der Familie ihres Ehemanns bis sie einen Sohn geboren hatte. Da der Platz einer Frau im Haus sei, sollte eine 'tugendhafte' Frau sich nicht mit der Außenwelt beschäftigen und nicht bessergestellt als ihr Ehemann sein.

Mit der raschen Zunahme von Schulbildung und Arbeitstätigkeit außerhalb des Hauses der Frauen, hat auch der Feminismus die Familie in den letzten zwei Jahrzehnten beeinflusst. Die traditionelle Großfamilie wurde zur Kleinfamilie transformiert, und die Frauen bekamen mehr Kontrolle über den Entscheidungsprozeß in der Familie, obgleich dies nicht bedeutet, daß jede einzelne Frau die wahre Macht über ihren Partner Zuhause hatte. Auch wurden die Frauen in Korea über das Konzept von gleichen Rechten zwischen den Geschlechtern, Rolle, Bildungsmöglichkeiten, gesellschaftliche Beteiligung und Familienwerte aufgeklärt.

Als Folge davon, versuchten die koreanischen Frauen auf der einen Seite, neue soziale Rollen mit fortschrittlichen und aktiven Auffassungen, verbesserter Bildung, und gesellschaftlicher Beteiligung, zu entwickeln. Auf der anderen Seite, bewahren sie immer noch, aufgrund der weitverbreiteten und tiefverwurzelten Akzeptanz von Geschlechterungleichheit - basierend auf dem mächtigen Erbe des Konfuzianismus, die traditionellen Geschlechterrollen in der Familie (Kim und Han, 1996). Dementsprechend führt verdrehtes Denken über Geschlechterrollen koreanische Frauen dazu, sich beständig in eine niedrigere Position zu stellen: als weniger wichtig als Männer behandelt zu werden, ausgeschlossen von renommierten Positionen, und der Politik entfremdet.

Heirat und Familie sind ein System, welches die traditionellen patriarchalen Geschlechterrollen aufrechterhält. Verheiratete Frauen, die berufstätig sind, sehen sich tiefen Konflikten zwischen ihren Vorhaben und der Realität gegenüber, weil sie gleichzeitig ihre Karriere und die Versorgung ihrer Familie verfolgen müssen. Die Mehrheit der koreanischer Frauen hat nicht die positive Selbstauffassung und die Möglichkeiten ihre Potentiale ausschöpfen (Kim und Han, 1996).

Nach der Studie von Kim und Han (1996), jedoch, haben koreanische Frauen schrittweise versucht dem patriarchalen System zu entkommen, indem sie am gesellschaftlichen Leben teilgenommen haben. In ihrer Umfrage sind 84,3% nicht mit der folgenden Aussage einverstanden „Frauen brauchen nicht ebenso wie Männer versuchen in der Karriere erfolgreich zu sein“; und 82,7% widersprechen, daß „Frauen sich um Hausarbeit und Kinderbetreuung kümmern sollten, auch wenn sie berufstätig sind“. Aber diejenigen im Alter um die 50 und älter und mit niedriger Schulbildung (weniger als Mittelstufe) scheinen eine traditionelle Einstellung zur Geschlechterrolle zu haben.

Trotz des drastischen sozialen Wandels, des Wissens von der Gleichberechtigung der Geschlechter, veränderten Familienstrukturen und geschwächter elterlicher Autorität über ihre Kinder, existieren noch traditionelle und neue Familienkonzepte in der koreanischen Gesellschaft nebeneinander. Zum Beispiel wünschen die Mehrheit der koreanischen Eltern, daß ihr Sohn im öffentlichen Leben erfolgreich sei und die Töchter gute Ehemänner bekommen. Gleichzeitig erwarten sie jedoch eine höhere Schulbildung für ihre Söhne und Töchter. Dieser Konflikt zwischen neuen Werten und dem etabliertem Ethiksystem wird klarer, wenn man die Tendenz einer Bevorzugung von Söhnen und dem Geschlechterverhältnis Neugeborener betrachtet.

In ihrer jüngsten Studie präsentierten Kim und Han (1996) die Aussage „Ein Sohn ist notwendig um die Familienlinie fortzuführen“. Unter den Antworten waren 44,5%, die dem nicht zustimmten (von schwacher bis starker Ablehnung) und 30,5%, die zustimmten (schwache bis starke Zustimmung). Die Zustimmungsrate war höher bei den verheirateten und weniger gebildeten Frauen.

Wie in der *Tabelle 6* dargestellt, ist das Verhältnis von männlichen Neugeborenen zu weiblichen fast 116 zu 100 (1994) mit einem Anstieg um 9% verglichen mit 1980. Besonders deutlich wird diese Geschlechterunausgeglichenheit im Fall des dritten (206) und vierten (238) neugeborenem Babys. In Kim und Han's Studie (1996) sagten nicht weniger als 13,2% der Frauen, daß sie sich schuldig fühlen würden, wenn sie keinen Sohn bekommen würden. Diese Einstellung ist stärker unter den verheirateten Frauen, in einem Alter über 40, und den weniger Gebildeten, vertreten. Nach inoffiziellen Statistiken starben in jüngster Zeit mehr als 60 000 Mädchen durch Abtreibung, weil Söhne bevorzugt wurden. Was sagt uns das letztendlich?

Tabelle 6: Verhältnis von Jungen zu Mädchen (100 Personen) bei Geburt (in Prozent):

Jahr	Gesamt	1.Geburt	2.Geburt	3.Geburt	4.Geburt
1980	105,6	106,0	106,5	106,9	110,2
1985	109,4	106,0	107,8	129,2	146,8
1990	116,6	108,6	117,2	190,8	214,1
1994	115,5	106,1	114,3	205,9	237,9

Quelle: Statistics Institution, 1996

In ihrer Studie „Male Dominance and Mother Power: The Two Sides of Confucian Patriarchy in South Korea“, erörtert Cho (1996) die zwei Seiten konfuzianischen Patriarchats; extreme Unterdrückung der Frauen auf der einer Seite und extreme Idealisierung von Mutterschaft und Ermutigung der mütterlichen Fähigkeiten auf der anderen Seite. Sie begründet, daß das Patriarchat die 'Macht der Mütter' („*mother power*“) als einen Weg legitimiert, der die Frauen in Einklang unter ein männlich dominiertes Gesellschaftssystem einbringt. Das heißt anstatt Frauen aus den öffentlichen und politischen Feldern auszuschließen, institutionalisiert das Patriarchat die „*mother power*“. Begründet ist dies in der Meinung, daß „*mother power*“ sicher die am wenigsten bedrohliche Quelle von Macht gegen das patriarchale System darstellt.

Die Machtstellung der Mütter basiert auf ihren Söhnen oder dem Wohlergehen der Söhne. Daraus resultiert das die „*mother power*“ im Grunde genommen auf der persönlichen und familiären Stufe am Besten placiert ist. Institutionalisierte 'Macht der Mütter' ermöglicht es den Frauen unabhängig von ihren Ehemännern zu sein. Diese Unabhängigkeit ist in der Tat begrenzt auf die symbiotische Art der Mutter-Sohn-Beziehungen. Ohne die Mutter-Sohn-Beziehung setzen die Frauen kaum ihre Identität als autonome Individuen durch. Folglich behauptet Cho (1996): „Die starke Betonung der Identität der Frauen als Mütter stellt in der Tat das Haupthindernis in der Frauenrechtsbewegung im heutigen Korea dar. Es ist nicht mütterlich sich unterdrückt zu fühlen“ (S.97).

Weiterhin, nach den Erfahrungen der langanhaltenden sozio-politischen Instabilität wie die japanische Besatzung, der Korea-Krieg, wurde der ausschließende Familismus zum Kernwert um die Familie selbst zu schützen (Cho, 1996; Kong, 1992). Die Tendenz des ausschließenden Familismus scheint durch die schnelle Industrialisierung verstärkt worden zu sein. Zeitgenössischer Kapitalismus entwickelte die Trennung in öffentliche und private Bereiche, die Familie nimmt die Form eines Kerns an, der auf einer bestimmten geschlechtlichen Arbeitsteilung basiert: der Ehemann als Hauptverdiener und die Vollzeit-Ehefrau (Kim, 1995).

Die Aufteilung in öffentlich und privat legitimiert die Abtrennung der offiziellen ökonomischen Sphäre von der häuslichen Sphäre. Frauen, die sich zuhause entfremden, verlieren ihre Identität und versuchen diesen Verlust durch die Schaffung des Wohlergehens ihrer Familie

zu kompensieren. Es hat sich gezeigt, daß koreanische Frauen wenig Aufmerksamkeit den Wohlfahrtsprogrammen der Gemeinde widmen, verglichen mit den Mittelklasse-Hausfrauen der westlichen Gesellschaft. Sie tendieren dazu ihre Zeit und Energie auf die unmittelbaren Familieninteressen zu richten (Cho, 1996).

Kurzgefaßt, „*mother power*“, „Überabhängigkeit“ zwischen Mutter und Sohn, und ausschließender Familismus spielen eine entscheidende Rolle in der Erhaltung eines extrem konservativen Sozialsystems in der koreanischen Gesellschaft. Cho (1996) weist darauf hin, daß der fundamentale Soziale Wandel und das *Empowerment* der Frauen unmöglich erreicht werden können, ohne den Abbau der „*mother power*“, dem ausschließenden Familismus, und der Unterscheidung zwischen den doppelten öffentlich/privaten Bereichen.

3.3 Mißhandlung der Ehefrauen als Form der Kontrolle

Kürzlich wurde das Thema Mißhandlung von Ehefrauen als Haupttyp häuslicher Gewalt ein bedeutender Diskussionspunkt in der koreanischen Gesellschaft. Feministinnen argumentierten, daß Frauenmißhandlung nicht länger ein persönliches Problem, sondern ein gesellschaftliches Problem sei und als Verbrechen angesehen werden müsse. Jedoch machen die historischen Traditionen des patriarchalen Familiensystems die Flucht für Frauen, die systematisch geschlagen werden, schwierig.

Wie Johnson in seinem jüngsten Artikel (1996) erörterte, wird die Gewalt zwischen Paaren in Familien in zwei Hauptkategorien unterteilt: patriarchaler Terrorismus und alltägliche Gewalt zwischen Ehepartnern. Patriarchaler Terrorismus, ein Produkt der patriarchalen Traditionen des Rechtes der Männer 'ihre' Frauen zu kontrollieren wird definiert als „eine Form der terroristischen Kontrolle der Ehefrauen durch ihre Männer, welches nicht nur die systematische Anwendung von Gewalt, aber auch ökonomische Unterordnung, Drohungen, Isolierung und andere Kontrolltaktiken beinhaltet“ (Johnson, 1995: S.284).

Auf der anderen Seite bezieht sich die alltägliche Ehepartnergewalt auf eine geringere Form von Gewalt, die ab und zu „außer Kontrolle gerät in den weniger geschlechtsabhängigen zufälligen Vorkommnissen. In diesem Fall können beide, der Ehemann und die Ehefrau zum Mißhandelnden und mißhandelter Person zur gleichen Zeit werden.

Von den zwei Arten der Gewalt zwischen Ehepartnern, kommt die alltägliche Gewalt öfters in koreanischen Familien vor. Patriarchaler Terrorismus, jedoch, geht fast ausschließlich vom Ehemann aus, die meisten Frauen wagen es nicht dagegen anzukämpfen. So beinhaltet der patriarchale Terrorismus, in dem Männer ihre Frauen mit verschiedensten Taktiken systematisch terrorisieren, ernstere Probleme im Laufe der Zeit.

Gemäß der Untersuchung des *Korean Health Department* (1992) litten 61% von 7500 verheirateten Frauen unter der Mißhandlung durch ihre Ehemänner. Und von 544 Frauen wurden 10,1% schwer geschlagen. Nichtsdestotrotz gibt es nur elf Frauenhäuser in Korea. Das erste Frauenhaus, das von der „*Korean Womens's Hotline*“ ins Leben gerufen wurde, öffnete 1987. Sechs der Frauenhäuser gehören privaten Einrichtungen mit geringen finanziellen Mitteln, sie bieten weder genügend ökonomischen noch emotionalen Service für mißhandelte Frauen.

Demzufolge scheitern die mißhandelten Frauen nicht nur daran, sozialen und legalen Schutz durch die Unterkünfte zu bekommen, sondern sie kehren zumeist in ihr gewalttätiges Zuhause ohne Alternativen zurück. Folglich ist die Rate der nach Hause zurückkehrenden mißhandelten koreanischen Frauen, die die Schutzeinrichtungen besucht haben viel höher (zwischen 61 und 90%) als im Fall amerikanischer mißhandelter Frauen (zwischen 25 und 46%) (Lee, 1995).

Außerdem scheinen die meisten der mißhandelten Frauen sich selbst entfremdet zu werden. Eine Feministin argumentiert, daß Weiblichkeit in sich selbst eine Entfremdung ist. Frauen sind sich als Mütter und Ehefrauen im privaten Bereich entfremdet. Ausschluß aus dem öf-

fentlichem Bereich beinhaltet einen Entzug des Zugangs zu öffentlichen Ressourcen und öffentlicher Entscheidungen, die zu der Möglichkeit von Unabhängigkeit führen könnten.

Mißhandelte Frauen sind in Korea in einem Dilemma: Wegen der familienzentrierten Ideologie (z.B. die Aussage „Es ist besser in einem gewalttätigem Haus, als in einer öffentlichen Einrichtung zu bleiben“ oder „Besser mit einem gewalttätigen Ehemann zu leben als ohne“) sind sie sich entfremdet und werden kontinuierlich zuhause mißbraucht, ohne Hilfe zu erhalten. Durch dieses Verhalten verinnerlichen sie den patriarchalen Terrorismus als ein unvermeidbares Produkt, um ihre eigenen Familienbeziehungen zu erhalten.

Byun (1994) untersuchte unter Einbeziehung mehrerer kürzlich durchgeführten Studien die Schwere von Frauenmißhandlung in vier Kategorien: die anfänglichen Vorfälle, Häufigkeit, Muster und die Auswirkungen. Die Daten dieser Studien wurden entweder durch Interviews oder durch Umfragen gesammelt. Forschungsinstitute, Themen und der Zeitraum waren wie folgt: 143 Frauen in Frauenhäusern der Korea Women's Hotline (1989 bis 1991), 1200 Ehefrauen, die vom *Korea Institute of Criminology* (KIC) 1992 erforscht wurden, 156 Frauen, die zu Familienberatungsstellen in ganz Korea (1992) kamen (eigene Studie von Huh), und 52 mißhandelte Frauen, die Beratungszentren oder Schutzeinrichtungen 1993 benutzten, im Rahmen einer Untersuchung des *Korea Women's Development Institute* (KWDI). Die Ergebnisse sind in den folgenden vier Punkten zusammengefaßt.

Mißhandlung von Ehefrauen beginnt bereits früh nach der Heirat und dauert über einen längeren Zeitraum ohne Unterbrechung an. Nach den Studien der Women's Hotline, Huh und des KWDI, wurden die meisten der Frauen (73,4% bis 90,4%) innerhalb des ersten Ehejahres mißhandelt. Sogar 25,7% der Frauen, so berichtet die Studie Huh's, machten die Erfahrung von tätlicher Beleidigung/Angriff schon vor der Heirat. Auf der anderen Seite erlitten 37,5% der Frauen in KIC's Untersuchung Mißhandlungen während des ersten Jahres der Ehe. Diese Angabe ergibt sich aus den gesammelten Daten des KIC bei allgemeinen Umfragen von Erwachsenen.

80,8% der von KWDI untersuchten Frauen, 76,3% der Frauen in der Studie von Huh, und 42% derjenigen in den Daten der Korea Women's Hotline sind mehr als einmal pro Monat physisch mißbraucht worden.

Die Arten von Mißhandlungen tendieren im Laufe der Zeit dazu zu variieren und schwerwiegender zu werden. Die Hälfte der Frauen in diesen Untersuchungen berichtete, daß ihre Ehemänner sie zu Beginn ins Gesicht schlugen, und die Gewalttätigkeit sich langsam steigerte bis hin zu Würgen und den Gebrauch von Waffen wie zum Beispiel ein Messer. Weiterhin ist die Mißhandlung oft mit erzwungenen sexuellen Beziehungen verbunden. Um die 25% der Frauen berichteten, daß sie sexuell erzwungene Handlungen nach den Mißhandlungen erfuhren.

Wiederholte Mißhandlungen der Ehefrauen führten zu ernststen Verletzungen, psychologischen Traumata genauso wie psychischen Anspannungen. In dieser Studie zeigten Frauen schwere Kopfschmerzen, Quetschungen, Knochenbrüche, Verlust der Sehkraft, nervöse Lähmungen, Isomnia und Magenverstimmungen. Außerdem litten sie an Angstzuständen, einem Gefühl der Machtlosigkeit, und einem Verlust von Selbstachtung und Selbstbewußtsein, welches Selbstmorde oder Tötung im Affekt zur Folge hatte.

3.4 Mangel an politischem Empowerment und Organisationen von Frauen

Im allgemeinen stehen politische Aktivitäten in Wechselbeziehung mit Bildung, Arbeitserfahrung und Mitgliedschaft in Gruppen. Frauen in Entwicklungsländern haben weniger Möglichkeiten in diesen Bereichen. Aus Mangel an Bildung und Arbeitserfahrung ist die Fähigkeit politische Aktionen zu organisieren auch begrenzt. Obwohl die Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in Korea gestiegen sind, hatte dies keine entscheidende Wirkung auf die Erhöhung des politischen Status der Frauen in Bezug auf die mächtigeren Ebenen der Regierung (Kong, 1990).

Der politische Status der Frauen wird durch zwei Indikatoren kategorisiert: die politische Beteiligung der Frauen und gesetzliche Gleichberechtigung (Ward, 1984). Kürzlich gewannen Frauen in Entwicklungsländern, Korea eingeschlossen, die politischen Rechte durch das Stimmrecht. Jedoch gibt es einige Zwänge, denen die politische Beteiligung von Frauen unterworfen sind: 1) die Wahrnehmung der Frauen ihrer öffentlichen Rolle; 2) kulturelle Normen und gesellschaftliche Vorurteile; und 3) der Mangel an aktiven politischen Frauenorganisationen.

Erstens sind die politischen Themen der Frauen eng mit ihrer häuslichen Mutterrolle verknüpft. Sogar die Frauen selbst sehen ihre öffentlichen Rollen als Erweiterung der traditionellen Aufgaben wie Bemutterung und Erziehung. Da Frauen in politischer Stellung meistens die sogenannten „weichen“ Aufgaben (wie Gesundheit, Wohlfahrt und Bildung) inne haben, ist ihr Einfluß auf die Regierung und die ganze Gesellschaft wenig sichtbar. Zweitens sind kulturelle Normen und gesellschaftliche Vorurteile entscheidendere Faktoren als die sozio-ökonomischen der Frauen in Bezug auf die Definition der politischen Rolle und Status der Frauen. Folglich hat die zunehmende ökonomische Unabhängigkeit der Frauen noch nicht zu einer Zunahme der politischen Macht geführt. Schlußendlich sind die Hindernisse im sozio-kulturellen Überbau so stark, daß Frauen nicht ihre eigenen politischen Organisationen entwickeln können. Die politische Stärke der Frauen wächst innerhalb von Frauenorganisationen, Frauen können sich kaum dazu motivieren sich in bestehende politische Institutionen zu integrieren.

Außer den sozio-kulturellen Zwängen auf die politischen Aktivitäten der Frauen, begrenzen Unterentwicklung und abhängige Entwicklung in den „Dritte-Welt-Ländern“ den Zugang zur Gesetzgebung für die Gleichberechtigung der Frauen. Gemäß Ward (1984) könne auch der gesetzmäßige Status der Frauen geschwächt werden durch 'moderne Gesetze' wie Eigentumsrecht und schützende Gesetzgebung. Landbesitz zum Beispiel wird normalerweise den Männern innerhalb des patriarchalen Systems zugesprochen.

Weiterhin, wird die schützende Gesetzgebung selten in Entwicklungsländern aufgrund des Druckes multinationaler Gesellschaften angewendet. Obwohl die Gesetzgebung möglicherweise durchgeführt wird, entmutigt selektiere Durchsetzung von schützender Gesetzgebung die Frauen, sich als Arbeitskräfte zu engagieren. Die Verweigerung geeigneten Trainings für neue Industrietechnologie ist eine weitere Barriere für den Zugang von Frauen zu gleichen Rechten in der Beschäftigung. Obwohl ihre Bildungs- und beruflichen Möglichkeiten zunehmen, sind Frauen noch immer von „Elite-Berufswegen“ ausgeschlossen (Kong, 1990).

Grundsätzliche Veränderungen in politischen- und Geschlechterbeziehungen im täglichen Leben sind durch Frauenorganisationen durchsetzbar. Diese wurden jedoch stark durch die nationale Politik im Welt-System abgeschreckt. Mit dem Eindringen des Welt-Systems, wurden die Frauenorganisationen in Entwicklungsländern durch unzulängliche Kredite für Mitglieder, marginalisiert. Außerdem, da die multinationalen Industrien der entwickelten Länder auf billige und fügsame Arbeitskräfte aus sind, wurde die gewerkschaftliche Organisierung von Frauen vorsätzlich durch die nationalen Regierungen gespalten (Kong, 1990).

Techniken hierarchischer Organisierung und Kontrolle scheinen eng mit der Geschlechterteilung in der Arbeit verbunden zu sein. Hartmann (1979) schreibt dazu: „Ein patriarchales System wurde etabliert, in dem die Männer die Arbeit der Frauen und Kinder in der Familie kontrollierten, und auf diese Weise lernten die Männer die Techniken der Hierarchie und Kontrolle.“ (S.207).

Die Männer hatten genügend Gelegenheiten organisatorische Strukturen zu entwickeln, da sie eine Führungsstellung sowohl im Haushalt als auch am Arbeitsplatz inne gehabt haben, während die untergeordnete Position der Frauen zuhause und in der Arbeit sie nicht mit der Fähigkeit sich in Gruppen als Lohnarbeiterinnen zu organisieren, ausstattete. Hartmann (1979: S.216) behauptet, daß „dann die organisatorischen Kenntnisse der Männer aus ihrer Position in der Familie und aus der Arbeitsteilung entwachsen.“ Weiterhin, durch den Industrialisierungsprozeß, spielten männliche Gewerkschaften eine Rolle im Ausschließen der

Frauen aus der Möglichkeit Fertigkeiten zu erlangen. Da die Hauptpolitik der männlichen Gewerkschaften darin bestand, Frauen weniger leistungsfähig zu halten, bekamen Frauen geringeren Lohn und blieben in abgetrennten Arbeitsstellen.

Betrachten wir jetzt die politische Partizipation der Frauen in Korea in den folgenden drei Rollen: als Wählerinnen, Entscheidungsträgerinnen und politischen Aktivistinnen (Chun, 1996; Kim und Chun, 1996). Zum Ersten ist Wählen die häufigste Methode der politischen Beteiligung der Frauen. Obwohl Wählen im Vergleich zu anderen politischen Aktivitäten relativ einfach ist, sind Frauen in der Lage durch Wählen auf politische Macht zuzugreifen und die Eignung von Führungspersonlichkeiten klarzustellen. In der 1989 stattgefundenen Wahl zur Nationalversammlung nahmen 74,7% der weiblichen Wählerschaft teil. Und 70,9% der Frauen wählten 1992. Dies zeigt die zum Teil aktive politische Beteiligung der Frauen.

Die Partizipation der Frauen in der Politik wurde 1991 durch die Wiedereinstellung der lokalen Autonomie in Korea aktiver. Viele Änderungen wurden in wiederholten Wahlen bis zu den Kommunalwahlen, 1995, gemacht. Die Anerkennung der Kommunalpolitik als Politik des täglichen Lebens, ermöglichte es vielen Frauen in diesen Wahlen zu gewinnen. Trotz der Tatsache, daß Frauen im Wahlgesehen, in politischen Diskussionen und durch Mitgliedschaft in Parteien, aktiver wurden, partizipieren sie kaum in einem direktem Weg im demokratischen Prozeß.

Zweitens erlaubt die politische Situation in Korea den Frauen nicht, als Repräsentanten auf dem Niveau der Eliten zu fungieren. Politische Eliten beinhalten gesetzgebende Regierungsbeamten, Parteienfunktionäre und andere Führungspersonen in verschiedenen öffentlichen und privaten Sektoren, die das politikmachende System beeinflussen. 19 Kandidatinnen kamen 1948 in die Verfassungsgebende Versammlung, 1988: 14, 1992: 19 und 1996: 9. Obwohl von der lokalen Autonomie erwartet wurde, daß sie den Frauen mehr Möglichkeiten geben würde, war das Ergebnis enttäuschend. In den Kommunalwahlen von 1991 gewannen nur 40 von 124 Frauen (0,9% aus der Gesamtzahl). Dieses Ergebnis zeigt, daß die Frauen gescheitert sind, einen Durchbruch in der männlichen Domäne der politischen Macht zu erzielen.

Den höchsten Rang einer Regierungsposition den Frauen erreicht haben ist der der Ministerin. Es gab seit 1948 neun Kabinetttministerinnen. Der Anteil von Ministerinnen und Vizeministerinnen beläuft sich 1997 auf unter fünf Prozent. Je höher die Entscheidungsträgerposition desto geringer der Prozentsatz an Frauen. Ende 1991 waren 24,6% der Beamten Frauen, davon nur 1,7% über der 5.Klasse von Regierungsangestellten. Trotz der steigenden Zahl von Frauen in der Regierung, gehören die Mehrheit den unteren Rängen an.

Drittens ist die Beteiligung der Frauen in den höheren Positionen der Parteien enttäuschend, obwohl die Betätigung der Frauen in Parteien wächst. Es gibt wenige weibliche Mitglieder (weniger als zehn Prozent) in den Posten der Entscheidungsträger (wie Parteiratgeber, „*party affairs committee*“, Zentralkomitee und Parteisitz) in den existierenden koreanischen Parteien. Dies spiegelt die patriarchale Idee, das Frauen nur Assistentinnen sind, wieder. Aufgrund der Bürokratie der Parteien geraten Frauen kaum in die Position einer Kandidatur. Auf der anderen Seite ist es aber auch wahr, daß Frauen sich bei der Einforderung ihrer Rechte, nämlich sich an den entscheidungstragenden Positionen in den hohen Ebenen zu beteiligen, zu lange passiv verhalten haben.

Es gab 1992 ungefähr 75 Frauenorganisationen mit 827 Zweigen und einer Gesamtmitgliederzahl von 9 800 000 Frauen in Korea. Diese Organisationen arbeiteten auf verschiedene Weise für eine Stärkung des gesetzlichen, politischen, ökonomischen und sozialen Status der Frauen. Sie spielten eine entscheidende Rolle bei der Verabschiedung des Neuen Familiengesetzes, dem Beschäftigungsgleichstellungsgesetzes (1989), dem Mutter/Kind-Wohlfahrtsgesetz (1990), und dem Gesetz gegen sexuelle Gewalt (1997). Vor allem die Frauenbewegung hat sich seit der 4. Weltfrauen Konferenz der Vereinten Nationen (1995) weiterentwickelt.

Immer noch sind die Frauen eher in Kultur, Bildung und Sportaktivitäten interessiert als in der Konsumentenbewegung, Kommunalaktivitäten und politischen Tätigkeiten (Kim und Chun, 1996). Durch verschiedene Bildungs- und Trainingsprogramme trugen diese Organisationen jedoch dazu bei das Bewußtsein der Frauen über politischem *Empowerment* zu schärfen. Desweiteren führen einige Forschungszentren für Frauen an Universitäten Anstrengungen aus, das Wissensgebiet bezüglich der Verknüpfung theoretischer Frauenprobleme mit praktischen Lösungen, auszudehnen.

Im allgemeinen waren die Frauen von Politik ausgeschlossen und entfremdet. Es gibt einige Hindernisse, für das *Empowerment* der Frauen (Chun, 1996):

Als erstes hält die kulturelle Ideologie Frauen effektiv davon ab im öffentlichem Bereich zu partizipieren; Frauen mangelt es an Selbstbewußtsein bezüglich der Geschlechtergleichstellung; die Regierungspolitik ist nicht im Gleichgewicht für Frauen; die Machtverteilung wird von der Herrschaft der dominanten Ideologie bestimmt, das heißt von den männlichen Machtinhabern.

4. Schlußfolgerung

Der Zweck dieser Studie ist es die Auswirkungen der ökonomischen Entwicklung der Frauenbeschäftigung, die Familien- und Geschlechterrolle, Gewalt gegen Frauen und ihr politisches *Empowerment* in Korea zu untersuchen.

Das Wirtschaftswachstum war für die Macheliten in Korea für drei Jahrzehnte das wichtigste Anliegen. Obgleich Korea einen gewissen Grad an Wirtschaftswachstum erreicht hat, sind diejenigen die durch den Entwicklungsprozeß leiden mußten, die machtlosen Menschen einschließlich der Frauen. Wie wir gesehen haben, tendieren die Frauen dazu, trotz der zunehmenden Beteiligung als Arbeitskräfte, im Prozeß von Entwicklung und Industrialisierung an den Rand gedrängt zu werden. Geschlechtertrennung in Beschäftigungstypen und Sektoren weist auf einen weiteren Aspekt der fehlenden Macht der Frauen im Arbeitsmarkt hin.

Heirat und Familie ist in Korea ein Mechanismus, der traditionelle patriarchale Geschlechterrollen aufrechterhält. Verheiratete Frauen, die berufstätig sind, stehen dem tiefen Konflikt zwischen Absicht und Realität gegenüber, weil sie gleichzeitig ihrem Beruf nachgehen und sich um die Familie kümmern müssen. Folglich hat die Mehrheit von ihnen keine positive Selbstauffassung und Möglichkeiten ihr Potential auszuschöpfen.

Vorherige Studien zeigen, daß 42,0% bis 61% der beobachteten verheirateten Frauen, tätliche Angriffe ihrer Ehemänner erfahren haben, und 10,1% von ihnen heftig geschlagen wurden. Außerdem sind wohl die meisten der mißhandelten Ehefrauen sich selbst entfremdet. Frauen, die sich Zuhause entfremden verlieren ihre Identität und versuchen dies durch übermäßige Bemutterung ihrer Kinder zu kompensieren. Mißhandelte Frauen in Korea sind in einem Dilemma. Aufgrund der familienbezogenen Ideologie sind sie sich entfremdet und in ihrem Heim ständig mißbraucht, ohne Aussicht auf Hilfe. Durch dieses Verhalten verinnerlichen sie den patriarchalen Terrorismus als ein unvermeidbares Produkt, um ihre eigenen Familienbeziehungen zu erhalten.

Politische Beschäftigung steht in Wechselbeziehung mit Bildung, Arbeitserfahrung und Mitgliedschaft in Gruppen. Frauen in Korea haben weniger Chancen auf diesen Gebieten als Männer. Aus Mangel an Bildung und Arbeitserfahrung ist die Fähigkeit politische Aktionen zu organisieren auch begrenzt. Obwohl die Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in letzter Zeit gestiegen sind, hatte dies keine entscheidende Wirkung auf die Erhöhung des politischen Status der Frauen in Bezug auf die mächtigeren Ebenen der Regierung.

Höhere Bildung ist erforderlich um den Status der Frauen zu verbessern, weil Bildung die Einstellungen der Frauen verändert, welche tief verwurzelt im Glauben und in der Tradition sind. Und ihnen somit hilft ihre Kinder in der Richtung zu sozialisieren, daß sie eine gleichberechtigte Partnerschaft in der Ehe und in der Gesellschaft leben. Obwohl Klassenunterschiede auch dazu beitragen Probleme der Frauen zu verstehen und politische Veränderungen zu

unterstützen, denke ich, daß die Chance auf höhere Bildung im Grunde die Einkommensverteilung und die Kluft in der Beschäftigung schmälert.

Im Idealfall sollen Frauen sich selbst als Subjekte und Objekte der Geschichte begreifen. Um eine neue Gesellschaft aufzubauen, benötigen Frauen ein systematisches Wissen über die Welt. Außerdem braucht das Verständnis der unterdrückenden Verhältnisse und des heutigen Status der Frauen einen Ruf nach Veränderung und Partizipation in geänderten Machtverhältnissen. Das Wissen welches auf konkrete persönliche Erfahrungen in bestimmten Schauplätzen beruht, wird uns neue Musterbeispiele und Geschlechtertheorien zur Verfügung stellen. Um persönliche Erfahrungen weiterzutragen, ist die Internationalisierung von Frauenthemen wichtig und wird uns dabei helfen die Wahrheit zu erforschen und nationale Ressourcen für Frauen zu entwickeln. Verbesserung des Status und der Rollen der Frau hängt von den Frauen selbst ab. Der entscheidende Punkt ist es den Status im allgemeinen zu verändern und nicht neu zu interpretieren.

In diesem Zusammenhang können wir einen ersten Schritt machen, um uns Gehör zu verschaffen - durch das Miteinanderteilen des Wissens über den Status und die Rollen der Frau in den zwei Ländern - Korea und Deutschland -, die beide an einer ähnlichen historischen Tragödie leiden. Desweiteren entwickeln verschiedene Frauen mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Erfahrungen sicherlich unerschöpfliche menschliche Verbindungen. Solch eine Offenheit gegenüber den Unterschieden in den momentanen sozialen Verbindungen der Frauen, kann eine nicht-unterdrückende Gesellschaft aufbauen. Diese nicht-unterdrückende Gesellschaft ist das politische Ideal der Frauen.

Literatur

- Byun, Wha-Soon (1994): „A Study on the Prevention of and Countermeasures against Domestic Violence“. *Women's Studies Forum* 10, S.148-171.
- Barrett, Michele (1980): „Women's Oppression Today: Problems in Marxist Feminist Analysis“. London, NLB.
- Boserup, Easter (1970): „Women's Role in Economic Development“ New York, St. Martin's Press. Chang, Pilwha (1996): „A Feminist View of Social Policy in Some East Asian Countries“. *AJWS* 2, S.7-37. Cho, Hae Joang (1996): „Male Dominance and Mother Power: The Two Sides of Confucian Patriarchy in South Korea“. *Asian Women* 2, S.77-104.
- Cho, Uhn (1996): „Female Labor in Korea: Economically Active But Not Empowered“. *Asian Women* 2: S.55-75.
- Chun, Kyung Ock (1996): „Women's Political Empowerment in Korea: Legitimacy and Prospects“. *Asian Women* 2: S.17-53.
- Diarsi, Myra (1996): „It's Not Only to Say Patriarchy: Feminism in Women's Movement in Indonesia 1990s“. *AJWS* 2: S.158-169.
- Eisenstein, Zilla (1979): „Developing a Theory of Capitalist Patriarchy and Socialist Feminism“. S.5-40 in „Capitalist Patriarchy and the Case for Socialist Feminism“, edited by Z. Eisenstein. New York, Monthly Review Press.
- Hartmann, Heidi (1979): „Capitalism, Patriarchy, and Job Segregation by Sex“. S.248-269 in „Capitalist Patriarchy and the Case for Socialist Feminism“, edited by Z. Eisenstein. New York, Monthly Review Press.
- Johnson, Michael P. (1995): „Patriarchal Terrorism and Common Couple Violence: Two Forms of Violence Against Women“. *Journal of Marriage and the Family* 57: S.283-294.

- Kim, Ai Ryung (1987): „A Study on the Working-Class Family and Women's Labor“. Unpublished MA Thesis, EWHA Women's University.
- Kim, Myung-Hye (1995): „Gender, Class and Family in Late-Industrializing South Korea“. *AJWS* 1: S.58-86.
- Kim, Tae-hong (1994): „The Equal Pay Principle and Related Policy Issues in Korea“. *Women's Studies Forum* 10: S.102-125.
- Kim, Won-hong (1994): „Measures to Support Women's Participation in Local Assemblies“. *Women's Studies Forum* 10: S.24-36.
- Kim, Young Hee and Jeong Shin Han (1996): „Korean Women's Consciousness of Sex-Roles, Marriage and Child-Rearing“. *Asian Women* 2: S.149-172.
- Kim, Young Ian and Kyung Ock Chun (1996): „A Study of the Political and Social Consciousness of Korean Women“. *Asian Women* 2: S.117-147.
- Kong, Mee-Hae (1990): „The Status of Women and Their Quality of Life in Developing Countries“. Unpublished Ph.D. Dissertation, The Ohio State University.
- Kong, Mee-Hae (1992): „A Feminist Critique of the Selfish Familism in Korea Society“. *Journal of Family Studies* 4: S.1-19, Korean.
- Lee, Sung-Yol (1995): „A Comparative Study of the Shelter Systems and Social Policies for Battered Women in the Case of Korea and the USA“. Unpublished MA Thesis, Keimyung University. Park, Chungsun (1987):
- „Sex-Role Attitudes and Employment Status as Predictors of Perceived Life Satisfaction among Married Women in Korea“. Unpublished Ph.D. Dissertation, University of Pittsburgh. Safilios-Rothschild, Constantina (1982):
- „Female Power, Autonomy, and Demographic Change in the third World“. S.117-132 in „Women's Roles and Population Trends in the Third World“, edited by R. Anker et al. London, International Labor Office. Seguino, Stephanie (1995):
- „Gender Wage Inequality and Export-Led Growth in South Korea“. *Women's Studies Forum* Vol.11: S.187-210. Tinker, Iren (1976):
- „The Adverse Impact of Development on Women“. S.22-34 in „Women and World Development“, edited by Tinker and Bramsen. Washington D.C.: Overseas Development Council.
- Ward, Barbara (1963): „Women in Asia“. Paris: UNESCO.
- Ward, Kathryn (1984): „Women in the World-System: Its Impact on Status and Fertility“. New York: Praeger.

Ulrike Hiller

Frauenrolle im Wandel - Frauenleben in Europa

1. Einleitung

Die Arbeitsgruppe heißt "Frauenleben im Wandel". Damit stellt sich die Frage, wann eigentlich ein Wandel beginnt? Wie weit muß zurück geschaut werden, um Veränderungen wahrzunehmen? Ich denke, Europa und besonders Deutschland befindet sich, in den letzten Jahren in einem großen Wandlungsprozeß, so daß ich auf weitergehende historischen Betrachtungen verzichten kann. Neben der Wiedervereinigung und ihren Folgen prägt der europäische Integrationsprozeß entscheidend die Lebensverhältnisse der Menschen.

Ich werde in meinem Vortrag deshalb die Lebenssituation der Frauen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darstellen. Die einzelnen Mitgliedsstaaten haben in dem Bereich der Gleichstellungspolitik unterschiedliche Traditionen und Wertvorstellungen. Deshalb ist es z.B. auch nicht verwunderlich, daß vor allen die skandinavischen Frauen, die bislang sehr weitreichende Emanzipationsmöglichkeiten hatten, der Europäischen Union sehr skeptisch gegenüber eingestellt sind.

Allerdings werden und wurden daß in allen Mitgliedsstaaten Frauen diskriminiert. Es gibt trotz tiefgreifender Reformen patriarchale Strukturen, ob in der Erwerbs- oder der Familiensphäre. So gibt es in allen europäischen Marktwirtschaften bis heute eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Frauen haben nach wie vor in den gesellschaftlich relevanten Bereichen und im öffentlichen Leben eine untergeordnete Stellung.

Wenn das europäische Diskriminierungsgefälle näher betrachtet wird, wird deutlich, daß bislang offene, direkte Diskriminierungen durch subtile, schwer erkennbare Formen ausgetauscht wurden. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren in allen Staaten ein sogenannter "Rückschlag" im Bereich der Frauen- aber auch der Sozialpolitik zu spüren ist. Damit wird deutlich, daß Rechte immer wieder neu erkämpft werden müssen und daß vor allem Frauenrechte mit als erste wieder zur Disposition stehen. Besonders in den 80er Jahren hatten die mediterranen Staaten zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frauen in der sozialen Sicherung erhebliche Gesetze und Reformen durchgeführt. Allerdings bleiben sie hinsichtlich des tatsächlich Grades der verwirklichten Emanzipation auch aufgrund ihrer schwächeren ökonomischen Potenz weit zurück.

Dagegen zeichnen sich die reichen europäischen Zentralstaaten durch ein immer stärkeres Beharren in der Gleichstellungs- und Sozialpolitik aus.

2. Varianten von Wohlfahrtsgesellschaften in Europa aus Frauensicht

Die Typisierung der europäischen Sozialstaaten, die Susanne Schunter-Kleemann in ihrem Buch "Herrenhaus Europa" 1992 vorgenommen hat, möchte ich nun kurz vorstellen:

Varianten von Wohlfahrtsgesellschaften in Europa aus Frauensicht:

1. Patriarchalische Länder mit Ansätzen zu egalitären Arbeits- und Sozialstrukturen: Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden
2. Länder des marktförmigen Patriarchalismus: Großbritannien und Irland und teilweise auch Portugal
3. Länder mit ausgeprägt agrarisch-klerikalen Strukturen: Griechenland, Portugal, Spanien, Süditalien und teilweise Irland
4. Länder des familienbezogenen Patriarchalismus: Frankreich, Belgien, Italien

5. Länder des ehezentrierten Patriarchalismus: Bundesrepublik, Niederlanden, Luxemburg, Österreich, Schweiz

Diese Aufteilung in verschiedene Gesellschaftsformen wurden anhand folgender Kriterien entwickelt: Erwerbssphäre, Familiensphäre, staatliche Familien- und Sozialpolitik und weitere Aspekte. Ich werde im folgenden hauptsächlich auf die ersten beiden Kriterien eingehen und anhand von allgemeinen Entwicklungstrends die verschiedenen patriarchalen Gesellschaften darstellen.

3. Allgemeine Entwicklungstrends für Frauen in Europa: Erwerbstätigkeit

Generell ist die Erwerbssituation von Europäerinnen durch eine schlechtere Entlohnung, schlechtere Arbeitsbedingungen und eine zunehmende Abdrängung in ungeschützte, geringfügige oder zeitbegrenzte Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet.¹

1995 liegt die allgemeine Erwerbsquote² in der Europäischen Union insgesamt bei 55%.³ Der Anteil der erwerbstätigen und arbeitslosen Frauen beträgt im Durchschnitt innerhalb der Union 45% und ist damit wesentlich niedriger als der Anteil der Männer (66%). In keinem Mitgliedsstaat ist der Anteil erwerbstätiger Frauen unter allen Beschäftigten annähernd so hoch wie der der Männer; nirgends stellen Frauen die Hälfte der Erwerbstätigen. Die weibliche Erwerbsbeteiligung variiert zudem wesentlich stärker von Staat zu Staat (zwischen 34% in Italien und 58% in Schweden) als die männliche (zwischen 61% in Belgien und 72% in Dänemark). Auffällig ist die hohe Quote der erwerbstätigen Frauen in den Skandinavischen Ländern und in Großbritannien. Die Bundesrepublik liegt mit einer Frauenerwerbsquote von 48% knapp über dem europäischen Durchschnitt.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Erwerbsquoten gelten für alle Altersklassen. Dabei ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern bis zu einem Alter von 30 Jahren relativ gering, danach wird die Differenz der Erwerbsquoten immer stärker. Insbesondere in Irland, Luxemburg, Griechenland, Italien und Spanien scheiden Frauen zunehmend mit dem Alter aus dem Berufsleben aus. In den nordischen Staaten (Dänemark, Finnland, Schweden) ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen in allen Altersstufen höher als in den übrigen Mitgliedsstaaten. Auffällig ist, daß hier die Differenz zwischen Frauen und Männern verhältnismäßig gering ist, wobei diese Aussage für die Altersgruppe zwischen 25 - 40 Jahren etwas zu relativieren ist.

Die Erwerbstätigenquote⁴ der Frauen ist in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. In der Altersgruppe der 25 - 59jährigen Frauen waren 1987 50%, 1994 56% erwerbstätig. Bei den Männern war die Erwerbstätigenquote dagegen leicht rückläufig von 85% 1987 auf 83% 1994.

Auch hier sind die Unterschiede in den einzelnen Mitgliedsstaaten bei Frauen größer als bei den Männern.

Die höchsten Erwerbstätigenquoten sind ebenfalls in den skandinavischen Staaten (KD 73%), Frankreich, Großbritannien (67%) und Portugal für Frauen zu finden. In diesen Staaten sind jeweils mehr als 65% der Frauen zwischen 25 - 59 Jahren erwerbstätig. Dagegen gibt es eine sehr niedrige Erwerbsbeteiligungen in Spanien, Griechenland, Italien, Luxemburg und Irland mit unter 50%.⁵

¹ Die EU-Kommission bezeichnet diese Beschäftigungsverhältnisse als "atypisch".

² Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung ab 15 Jahren; Erwerbspersonen = Erwerbstätige und Arbeitslose, d. h. alle Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

³ Schaubild 1, 1995- Eurostat- Statistik kurzgefaßt 1/1997

⁴ Erwerbstätigenquote = Anteil der erwerbstätigen an allen Frauen zwischen 25 - 59 Jahren.

⁵ Schaubild 2, 1994- Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

Dabei ist ein "Motivationsmix" von Wunsch und Zwang zur Erwerbstätigkeit zu beobachten. Festzuhalten ist, daß die herkömmliche Form der Arbeitsteilung (Frau = Familie; Mann = Erwerbstätigkeit) immer stärker in Frage gestellt wird. Die Tendenz geht bei Frauen zu einer Ausrichtung auf den Beruf und damit verbunden zu einer eigenständigen Existenzsicherung und zur Wahrnehmung eigener Interessen.

3. 1 Frauenanteil in den Wirtschaftssektoren:⁶

Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit liegt u. a. an dem starken Anwachsen des **Dienstleistungssektors** während der 80er Jahre in sämtlichen Mitgliedsstaaten.

Durch diese Entwicklung hat sich die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes in allen europäischen Staaten weiter fortgesetzt. In den letzten Jahren fanden Frauen besonders in den Dienstleistungs- und Erziehungsberufen einen (Wieder)einstieg in das Erwerbsleben. Frauen stellen z.B. außer in den Niederlanden in allen Ländern der Union die Mehrheit der Lehrkräfte.

Im öffentlichen Dienst, besonders im Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich, liegen zwar die besten Aufstiegschancen für Frauen, allerdings werden diese Arbeitsplätze zuerst eingespart, wenn die öffentlichen Gelder knapper werden.

Der **Büro- und Verwaltungsbereich**⁷ ist mittlerweile europaweit eine Frauendomäne. Mehr als 60% der Beschäftigten sind weiblich. Befürchtet wird allerdings, daß sich auf Dauer die Chancen der Frauen in dieser Berufssparte wieder verschlechtern. Durch Umstrukturierungen und veränderte Arbeitszuschnitte versuchen vor allem Versicherungen und Banken diese Arbeitsbereiche abzubauen.⁸

In der **Gastronomie** zeigt sich ein ähnliches Bild der Frauenerwerbsbeteiligung. In diesem Sektor arbeiten ebenfalls zu 60% Frauen, in Dänemark und Großbritannien liegt ihr Anteil sogar bei 75%. Hier ist zu vermuten, daß traditionell weibliche Tätigkeiten (Putzen, Kochen, Bedienen) verlangt werden, die Frauen eher bereit sind auszuführen. Dagegen liegt in Griechenland der Frauenanteil im Gastronomiegewerbe nur bei 38%. Daran wird eine allgemeine Entwicklung sichtbar: bei zunehmender Arbeitslosigkeit drängen Männer stärker in eher frauenspezifische, d. h. auch schlecht bezahlte Arbeitsbereiche ein.

Die Erwerbsquote von Frauen in der **Landwirtschaft** hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. In der **Computerbranche** sind nur knapp ein Drittel Frauen beschäftigt.

In der **industriellen Produktion** sind nur 12% Frauen beschäftigt - den höchsten Anteil in dieser Sparte hat Portugal mit über 20%.⁹

Teilzeit:¹⁰

Wenn wir über die Erwerbstätigkeit von Frauen sprechen, ist es notwendig und entscheidend zu sehen, wieviele Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Schweden verfügte 1995 über die höchste Erwerbsquote von Frauen - davon waren ca. 45% Teilzeitarbeitsplätze, was fast dem europäischen Durchschnitt entsprach. Auffällig ist die hohe Quote der teilzeitbeschäftigten Frauen in den Niederlanden (1994: 66%).

Wie schon erwähnt war die Erwerbsbeteiligung von Frauen 1995 in Griechenland, Italien und Spanien sehr gering. Deutlich wird nun, daß in diesen Staaten ein sehr geringes Angebot an

⁶ Schaubild 3, 1993; Eurostat, Schnellbericht

⁷ Schaubild 4, 1990; Jill Rubery, Frauen klopfen nicht an die Tür. In: Europa - eine Chance für die Frauenpolitik 1993, S. 9

⁸ ebenda

⁹ ebenda, S. 8-11

¹⁰ Schaubild 5, 1995; Eurostat: Statistik kurzgefaßt 1/1997

Teilzeitarbeitsplätze besteht.¹¹ Das heißt, daß die Frauen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, eine Vollzeitbeschäftigung nachgehen.

Die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit, besonders in Mittel- und Nordeuropa, geht einher mit einer starken Ausdehnung der Teilzeitarbeit. EU-weit sind über ein Drittel der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt.

Daran wird deutlich, daß diese Erwerbsform eine Domäne der Frauen ist. So liegt der Anteil der Männer an den Teilzeitbeschäftigten bei unter 20%.¹²

Die Entscheidung Teilzeit (weniger als 20 Stunden pro Woche) zu arbeiten, wird von Frauen in der Europäischen Union häufig mit der Notwendigkeit, zu Hause anwesend zu sein, begründet.

So gaben 1994 bei einer Befragung 55% der teilzeitbeschäftigten Frauen in den Mitgliedsstaaten familiäre Verpflichtungen als Hauptgrund für diese Form der Beschäftigung an. In der Bundesrepublik waren es sogar 76% und in Luxemburg immerhin 72%. In Dänemark, Frankreich und Italien wurde dieser Grund am wenigsten geäußert.¹³

Ich möchte nun kurz auf die Vorteile und Nachteile dieser Erwerbsform eingehen.

Diese Form der Erwerbstätigkeit hat den Vorteil, daß sie vielen Frauen (mit Kindern) eine Möglichkeit bietet, erwerbstätig zu sein oder wieder zu werden.

Allerdings verfestigt sie, solange fast ausschließlich Frauen in dieser Form arbeiten, die traditionelle Geschlechteraufteilung (Mann = Arbeit/Ernährer, Frau = Familie).

Zudem führt eine Teilzeitbeschäftigung häufig zu einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt (Beförderung, Einstellung, Qualifizierungsmöglichkeiten) und in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu kommt, daß Teilzeitarbeitsplätze in der Regel keine attraktiven Tätigkeiten umfassen und mit einer schlechten Entlohnung verbunden sind. Auch die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor erfolgt zu einem erheblichen Teil in Form von Teilzeitarbeit oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen, die Frauen keine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.¹⁴

Hervorzuheben ist, daß viele Frauen gezwungen sind, eine oder sogar mehrere Teilzeitbeschäftigungen anzunehmen, da sie keine Vollzeitbeschäftigung bekommen oder die notwendigen Rahmenbedingungen (Kinderbetreuung) fehlen.

Neben der Teilzeitarbeit ist ein großer Teil der Frauen in **sogenannten "atypischen Beschäftigungsformen"**¹⁵ beschäftigt. Dies gilt vor allem für die Mittelmeerstaaten.

In den letzten Jahren wurde in Europa durch neue Rationalisierungskonzepte und Umstrukturierungen der Arbeitsmarkt gravierend verändert. Durch sogenannte "Lean production" wurden viele Arbeitskräfte auf den "zweiten" untertariflichen Arbeitsmarkt abgedrängt. Existenzsichernd bezahlte Arbeit wurde und wird immer knapper, wohingegen die Arbeit für die verbleibenden Beschäftigten immer intensiver und straffer organisiert wird, so z.B. durch Gruppenarbeit. Zu befürchten ist, daß diese Entwicklung zukünftig durch flexiblere Arbeitszeitmodelle und neue Arbeitsformen, wie z. B. Tele-Heimarbeit, Leiharbeit und "Scheinselbständigkeit" weiter verstärkt wird.¹⁶

¹¹ Griechenland 8%, Italien und Portugal 12% 1994. Vgl. Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

¹² M. Lohkamp-Himminghofen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Politik und Zeitgeschichte B. 7/8 1994 S. 10

¹³ Schaubild 5, 1995: Eurostat: Statistik kurzgefaßt 1/1997

¹⁴ Sigrid Quack, Frauenzimmer im Europ. Haus; In: Die Frau in unserer Zeit 3/93 S. 10.

¹⁵ befristete und geringfügige Arbeitsverhältnisse, Saisonarbeit etc.

¹⁶ Carola Möller, Lean production - das Etikett zur Harmonisierung nach unten in: Europa - eine Chance für die Frauenpolitik S. 15-16

3.2 Arbeitszeitverkürzung

Nur ein paar Worte zur Arbeitszeitverkürzung, da sie meines Erachtens die sinnvollste Form wäre, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle zu ermöglichen. In den letzten 10 Jahren wurde die Wochen- und Jahresarbeitszeit in fast allen EU - Staaten verkürzt. Hinsichtlich der tariflichen Arbeitszeit besteht im europäischen Vergleich folgende Situation: Lange Arbeitszeiten mit 40 Stunden und mehr pro Woche gibt es in den südlichen Mitgliedsstaaten und Luxemburg. Kurze Arbeitszeiten in Dänemark, der Bundesrepublik und Belgien.¹⁷

3.3 Entlohnung

Trotz der europäischen Gleichstellungsrichtlinie ist die Lohndiskrepanz zwischen den Geschlechtern weiterhin in allen Mitgliedsstaaten bestehen geblieben. 1993 betrug die Differenz zwischen dem Verdienst der Männer gegenüber dem der Frauen z.B. in der Industrie durchschnittlich etwa 25%. Besonders in Luxemburg (40%), in Österreich, in Spanien und in Großbritannien (über 30%) und in der Bundesrepublik mit immerhin 27% ist die Ungleichheit der Bezahlung besonders groß, Am geringsten ist sie dagegen innerhalb der EU in Dänemark und Schweden mit weniger als 16%.¹⁸

3.4 Berufliche Qualifikation

Generell nimmt die Bedeutung einer beruflichen Qualifikation innerhalb der Europäischen Union zu. So sind die Arbeitsmarktchancen zum einen davon geprägt, wie qualifiziert jemand ist und zum anderen von regionalen und branchenspezifischen Faktoren. Die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen sind stark davon abhängig, ob sie in den Ballungsräumen der EU leben und ob sie in einer wachstumsstarken Branche tätig sind. Das regionale Ungleichgewicht innerhalb der Union hat sich trotz erheblicher Förderungsmittel in den 80er Jahren sogar noch vertieft. Die Lebensverhältnisse der Menschen in Europa polarisieren sich immer mehr.

Niedrigqualifizierte Tätigkeiten werden weiterhin abnehmen, da durch technische Veränderungen und durch Produktionsverlagerungen weltweit Arbeitsplätze mit einfachen Tätigkeitsprofilen wegfallen (werden).

Was die Qualifikation von Frauen betrifft, geht es nicht um eine generelle Verbesserung, sondern um eine Verbreiterung der beruflichen Tätigkeit.

3.5 Frauenarbeitslosigkeit¹⁹

Obwohl die Frauenerwerbstätigkeit steigt, steigt auch die Arbeitslosigkeit von Frauen. Erwerbslosigkeit hat in Europa eine klare geschlechtsspezifische Dimension.

Trotz des Beschäftigungswachstums in den 80er Jahren nahm die Arbeitslosigkeit nicht ab. Frauen waren 1994 im EU-Durchschnitt zu 13 % arbeitslos. Es gibt ausgeprägte regionale Unterschiede. So ist die Erwerbslosigkeit in Spanien besonders hoch (30%) in Luxemburg (4%) ist sie verhältnismäßig gering. In Großbritannien ist die Arbeitslosigkeit der Frauen niedriger als die der Männer. Der Abbau der Frauenerwerbslosigkeit erweist sich im Verhältnis zu dem Abbau der Männererwerbslosigkeit als schwieriger und langwieriger. So sind 35% der arbeitssuchenden Frauen langzeitarbeitslos.²⁰

¹⁷ M. Lohkamp-Himminghofen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Politik und Zeitgeschichte B. 7/8 1994 S. 10ff

¹⁸ Globus 1993

¹⁹ Schaubild 1994, Eurostat

²⁰ Sigrid Quack, Frauenzimmer im Europäischen Haus. In: Die Frau in unserer Zeit 3193 S. 9.

Zur Zeit leben in der EU ca. 44 Mio. Menschen unter der Armutsgrenze, davon sind 50% ältere Frauen und Alleinerziehende.

3.6 Frauen und Familie

Es soll nun die Rolle der Frau in der Familie näher betrachtet werden. Dabei soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Wie wichtig ist Frauen die Erwerbstätigkeit?
- Inwieweit vereinbaren Europäerinnen Familie und Beruf?
- Wie werden die familiären Pflichten in den europäischen Haushalten aufgeteilt?
- Wer kümmert sich ums Kind?
- Welche Formen der außerhäuslichen Kinderbetreuung gibt es?

3.7 Wie wichtig ist Frauen die Erwerbstätigkeit?

Frauen hören mit ihrer Erwerbstätigkeit auf, wenn sie Kinder bekommen. Eine Heirat ist für die wenigsten Frauen innerhalb der EU ein Grund, nicht mehr zu arbeiten. Im europäischen Durchschnitt sind nur 7% der Frauen, zwischen 1980 und 1994 aus dem Beruf ausgeschieden, als sie geheiratet haben.

Als häufigsten Grund für das Ausscheiden aus dem Beruf nennen Frauen zwischen 25 - 59 Jahren innerhalb der EU die Motivation Kinder zu bekommen und zu betreuen. Der europäische Durchschnitt lag 1994 bei 42% - in Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und Großbritannien sogar über 50%.

Stark beeinflusst wird das Ausscheiden der Europäerinnen aus dem Erwerbsleben zudem von der Zahl und dem Alter der Kinder. Je höher die Kinderzahl, desto höher der Anteil der Hausfrauen: So bleiben nur knapp 6% der kinderlosen Frauen im Alter zwischen 25 - 39 Jahren zu Hause, hingegen 36% der Frauen mit einem Kind unter 5 Jahren und über die Hälfte der Frauen (52%) mit zwei und mehr Kleinkindern. 84% der Hausfrauen bemühen sich wegen der Familienarbeit nicht um eine außerhäusliche Tätigkeit.²¹

3.7 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen in der Europäischen Union

Inwieweit Frauen Familie und Beruf vereinbaren können, ist in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich. Wird die Erwerbsquote der 20 - 45jährigen Frauen in Abhängigkeit von der Zahl ihrer Kinder unter 15 Jahren betrachtet, ergibt sich folgendes Bild:²²

In allen Mitgliedsstaaten nahm 1995 die Erwerbsbeteiligung der Frauen mit der Anzahl der Kindern ab. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sehr groß: So sind in Finnland viele Frauen erwerbstätig auch wenn sie mehrere Kinder haben. In Frankreich und Belgien haben Mütter mit mehr als zwei Kinder eine abweichende Erwerbsbeteiligung. In den Niederlanden, in der Bundesrepublik, in Luxemburg und in Großbritannien dagegen haben Frauen mit Kindem eine erhebliche niedrigere Erwerbsbeteiligung als kinderlose Frauen zwischen 20 - 45 Jahren.

3.8 Die Aufteilung der familiären Pflichten in den europäischen Haushalten²³

1994 bezeichneten sich in der Europäischen Union 33% der Frauen zwischen 25 - 59 Jahren als Hausfrau. Als Hausmänner bezeichneten sich dagegen nur 0,8% der Männer. Die meis-

²¹ Vgl. Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

²² Schaubild, 1995; Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

²³ Vgl. Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

ten Frauen, die sich als Hausfrauen definieren, leben in Irland (60%), Spanien (49%), Luxemburg (45%) und Griechenland (42%). In Dänemark sehen sich nur 4% der Frauen als Hausfrauen, gefolgt von Portugal (22%), Belgien (23%), Frankreich (25%) und Großbritannien (27%). Damit hat Dänemark einen deutlichen Abstand zu allen anderen Staaten. Kultur und Tradition spielen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, ob die Frau zu Hause bleibt oder nicht. Weitere wichtige Aspekte sind die Lage auf dem Arbeitsmarkt, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die finanzielle Situation.

3.8 Wer kümmert sich ums Kind?²⁴

In allen Mitgliedsstaaten wurden die Kinder 1994 häufiger von den Müttern (77%) als von den Vätern (50%) betreut, wenn beide Elternteile mit mindestens 30 Wochenstunden erwerbstätig waren. Besonders deutlich sind die Unterschiede in Griechenland, Portugal, Luxemburg, Irland, Italien und Spanien. In Dänemark, die anderen skandinavischen Staaten wurden nicht erfaßt, und in den Niederlanden ist die Rollendifferenz am geringsten.

3.9 Welche Formen der außerhäuslichen Kinderbetreuung gibt es?

Der Zugang zum Arbeitsmarkt oder/und die Rückkehr in den Beruf ist für Frauen in allen Mitgliedsstaaten von den Kinderbetreuungsmöglichkeiten und -formen (Öffnungszeiten, Halb/Ganztagschulen, Ferien) abhängig.

Bei den **Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter 3 Jahren** wird, wenn überhaupt, in den Mitgliedsstaaten die außerhäusliche Betreuung durch sozialversicherte kommunale Tagesmütter übernommen, die eine Ganztagesbetreuung ermöglichen. Diese Form der Kinderbetreuung ist bis auf Dänemark (1990) mit 48%, Schweden, Belgien (1989) mit 25% und Frankreich (1988) 20% wenig ausgebaut. In den restlichen Staaten waren nur 6% der Kinder unter 3 Jahren öffentlich betreut. Daraus kann gefolgert werden, daß entweder ein Elternteil - meistens die Mutter - nicht erwerbstätig sein kann oder daß eine private Regelung gefunden werden muß.

Bei der Betreuung von **Kindern im Vorschulalter** liegt die Quote des öffentlichen Angebotes wesentlich höher. Spitzenreiter sind hier Frankreich und Belgien mit einer fast 100igen Abdeckung, Schlußlicht sind Portugal und Großbritannien mit 40%.

Problematisch ist, daß in bestimmten Staaten Kinder schon sehr früh eingeschult werden, da es nicht ausreichend sozialverträgliche Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Dies gilt beispielsweise für die Niederlanden, Irland und Großbritannien. Flächendeckende Ganztagesbetreuungen in Kindergärten und Vorschuleinrichtungen werden in Belgien, Dänemark, Schweden, Frankreich und Norditalien angeboten.

Die Betreuung während des **Grundschulalters** ist in den Ländern der europäischen Union sehr unterschiedlich geregelt. Einen Schultag mit integrierter Mittagspause gibt es in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland, wobei die Dauer des Schultages zwischen maximal 6 1/2 Stunden in Irland und 8 Stunden in Belgien und Frankreich beträgt. In den Niederlanden, Spanien und Luxemburg gibt es zwar einen ganztägigen Schultag, allerdings ohne betreute Mittagspausen. In Italien und Deutschland gibt es den kurzen Vormittagsunterricht. In Griechenland und Portugal gibt es teilweise noch den Schichtunterricht, d. h. im Wechsel Vormittags- und Nachmittagsunterricht, der ähnlich wie der reine Vormittagsunterricht eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile kaum ermöglicht.²⁵

²⁴ Schaubild 1994, Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

²⁵ M. Lohkamp-Himminghofen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Politik und Zeitgeschichte B. 7/8 1994 S. 8 - 10.

3.10 Wie zufrieden sind Frauen in der Europäischen Union?²⁶

1994 wurden Frauen über ihre allgemeine Zufriedenheit mit ihrer Haupttätigkeit befragt.

Dabei wurde ein deutlicher Unterschied zwischen den berufstätigen Frauen und denen, die sich um den Haushalt kümmern, deutlich. Durchschnittlich sind 7% der Frauen mit einer Erwerbstätigkeit von über 30 Wochenstunden mit ihrer Tätigkeit unzufrieden; bei den Hausfrauen beträgt der Anteil 16%. Teilweise ist die Unzufriedenheit der "reinen" Hausfrau doppelt so hoch die der erwerbstätigen Frau, so z. B. in Italien und Ghechenland.

Am zufriedensten sind Frauen, ob Hausfrau oder Erwerbstätige, in Dänemark und Luxemburg. In den Niederlanden und Frankreich sind Hausfrauen und Erwerbstätige gleich zufrieden mit ihrer Tätigkeit. In keinem Mitgliedsstaat sind Hausfrauen zufriedener als Erwerbstätige.

²⁶ Schaubild 1994 Eurostat: Statistik kurzgefaßt 5/1997

Jomo K.S. (mit Mohama Aslam)

Globalisierung: Gewinner und Verlierer

1. Einleitung

Es ist eine unglückliche Angelegenheit, daß wir im Süden - oder in der Dritten Welt, wie der Süden einst genannt wurde - nach wie vor dazu verpflichtet sind, auf Formen der Auseinandersetzung zu antworten, die von den Mächtigen im Norden festgelegt werden, seien sie auch noch so unerträglich. Das ist ein eindrucksvoller Verweis darauf, daß die Dominanz des Nordens über den Süden nahezu total ist und die entscheidende intellektuelle Hegemonie mit beinhaltet.

Der Einfluß Professor Samuel Huntingtons ist in dieser Hinsicht eine traurige Widerspiegelung der Natur der Macht in der heutigen Welt. Wie vielleicht bekannt ist, verortet Huntington seinen Sachverstand in mehreren Bereichen, darunter strategische Studien und internationale Beziehungen (aus einer US-amerikanischen Perspektive) ebenso wie die „politische Entwicklung“ des Südens, wobei diese beiden aus seiner Perspektive natürlich eng miteinander verknüpft sind. Angesichts dessen, daß Huntington derzeit ausgewiesenermaßen als liberaler Demokrat gilt, ist es von Nutzen, sich an seine früheren Beiträge zur Rolle des Militärs, „prätorianischen“ Staaten, „strategischen Dörfern“ in Vietnam und vieles mehr zu erinnern.

Ich finde den Schatten Huntingtons über der aktuellen westlich dominierten Auseinandersetzung vor allem aufgrund seiner sich selbst bedienenden, falschen und möglicherweise sogar unehrlichen Prämissen besonders problematisch. Huntingtons These vom „Zusammenprall der Zivilisationen“ sollte historisch eingeordnet werden. Sein Artikel wurde 1993 veröffentlicht, kurz nach dem Ende des Kalten Krieges, als die Zukunft der „westlichen Allianz“ mehr als in Frage gestellt war und die zukünftige Struktur der internationalen Beziehungen infolgedessen sehr offen für Neudefinitionen war.

Mit dem Ende des „Reichs des Bösen“ hinter dem „Eisernen Vorhang“ der von Michail Gorbatschow regierten Sowjetunion und Osteuropas, verlor die westliche Allianz ihr Gegenüber aus dem Kalten Krieg. Die Nordatlantische Vertragsorganisation NATO verlor damit ihre Existenzgrundlage, ohne die sie ihren Fortbestand weder definieren noch legitimieren konnte. Mit dem Ende des Kalten Krieges konnte die Zukunft der westlichen Allianz nicht mehr als sicher gelten, insbesondere unter Anbetracht der zunehmenden Konsolidierung Europas („Festung Europa“, „europäisches Haus“) und der wachsenden Anerkennung unterschiedlicher, wenn nicht gegenläufiger, wirtschaftlicher und anderer Interessen (z.B. das wiederauflebende Interesse an der These Servan-Schreibers von der „amerikanischen Herausforderung“ und die Veröffentlichung von zwei Übersetzungen von Michel Alberts „Kapitalismus gegen Kapitalismus“).

Die Herausforderung für Washington bestand darin, den Bestand der westlichen Allianz unter den neuen Begleitumständen und natürlich US-amerikanischer Führung zu sichern. An diesem Punkt wurde die Huntingtonsche These sehr nützlich und eine praktische Übung darin, das Gegenüber neu zu definieren. Deshalb gehören beispielsweise Europa und die USA zusammen, während die Armen Lateinamerikas ausgeschlossen werden, trotz europäischer kultureller Vorherrschaft. Sich anstelle eines einzigen Gegenübers (z.B. der „Süden“ oder die „Dritten Welt“) mehrere „Anderer“ zu definieren hat andere offensichtliche strategische Vorteile, wenn man die alte imperiale Strategie des „Teile und herrsche“ diesen neuen Zeiten anpaßt.

Durch die Betonung kultureller - oder noch anspruchsvoller: zivilisatorischer - Trennlinien und Unterschiede wird darauf gehofft, die Einigkeit der „Anderen“ zu vereiteln. Jedem, der den Artikel Huntingtons liest, wird die Seichtheit seines Verständnisses von und seiner Wertschätzung für Kulturen ins Auge springen. Es wird einem augenblicklich klar, daß eine „Kul-

tur“ für Huntington in erster Linie eine politisch definierte Kulturregion ist, obwohl das Vokabular der Kulturen seinem (Huntingtons) Argument die ihm eigenen Zwänge auferlegt.

Ich möchte hinzufügen, daß viele Menschen auf dieser Welt, die nicht mit den sogenannten großen Weltkulturen identifiziert werden, der zivilisatorischen Debatten innewohnende, oft unbewußte Ausschlußprozeß zutiefst verärgert. Man möchte zusätzlich anmerken, daß solche Debatten dazu neigen, von bestimmten Zivilisationsgeschichten in einer Weise zu abstrahieren, die nur das anerkennen, was manche als die „großen Überlieferungen“ bezeichnen und auf diese Weise die sogenannten „kleinen Überlieferungen“ auszuschließen, die oft fortschrittlicher sind. Mit anderen Worten gibt es demzufolge den oft unbeabsichtigt konservativen, wenn nicht reaktionären Rückgriff auf die Heraufbeschwörung einer Zivilisation, um ein ansonsten sehr zeitgemäßes Projekt zu legitimieren. Beispielsweise ist es trotz der starken Ablehnung des Konfuzianismus durch die chinesische republikanische Bewegung, wie z.B. der 4. Mai-Bewegung 1919, heute fast schon üblich eben diesen Konfuzianismus für das derzeitige ostasiatische Wirtschaftswunder verantwortlich zu machen.

Huntingtons kultureller Essentialismus beschwört die Geschichte, da wo es ihm paßt, muß aber nachbessern - indem er die Nuancen und Widersprüche ignoriert - wenn sie sich bei seinem Projekt im Weg befindet, z.B. waren die schwerwiegendsten Völkermorde der Gegenwart diejenigen innerhalb seiner wichtigsten zivilisatorischen Gruppierungen während des Zweiten Weltkrieges: der Mord an den Juden durch die Nazis und der an den Chinesen durch ihre konfuzianistischen Kollegen, die japanischen Militaristen.

Auch die ideologische und politische Konstruktion angeblicher Zivilisationen wird von Huntington ignoriert, z.B. ist die Idee einer auf einem gemeinsamen jüdisch-christlichen Erbe fußenden westlichen Zivilisation eine ziemlich neue amerikanische Nachkriegskonstruktion aus den 60er Jahren. Es gibt z.B. keinen Grund, warum die Idee einer abrahamitischen Zivilisation - die jüdischen, christlichen und islamischen Monotheismen umfassend - in zivilisatorischer, spiritueller und philosophischer Hinsicht weniger Gültigkeit besitzen sollte, aber das würde Huntingtons wichtigsten Buhmann nicht zum „Anderen“ erklären: den Islam.

Trotz der derzeitigen kulturellen Fetischisierung des Konfuzianismus bei der Interpretation Ostasiens inklusive Japans und den sich selbst bedienenden Anmaßungen einiger Verfechter angeblich unterschiedlicher „Asiatischer Werte“ gewinnt man den Verdacht, daß es die Verschiedenheit und die Vitalität der ostasiatischen Kapitalismen sind, die die Wurzeln von Huntingtons zivilisatorischen Sorgen ausmachen. Huntington ist - aus seiner Perspektive durchaus verständlich und korrekt - vor allem besorgt, was die Wahrscheinlichkeit interzivilisatorischer Allianzen angeht, insbesondere zwischen dem Islam und dem Konfuzianismus (sprich „China“, denn ich bezweifle, daß Huntington sich Sorgen um den Konfuzianismus per se macht).

Unsere Aufgabe ist es daher, die angeblichen zivilisatorischen Unterschiedlichkeiten, die Huntingtons Ansatz impliziert, zurückzuweisen und angesichts der Allianz, die er für den Norden wieder herzustellen sucht, Einigkeit anzustreben. Diese Herausforderung muß die Niederlage der „Dritten Welt-Bewegung“ ebenso wie die der Nord-Süd Kooperation und der Solidaritätsanstrengungen der Vergangenheit anerkennen, um in der Lage zu sein, diese zu überwinden.

Der Pan-Afrikanismus und die Nehru-Initiative für asiatische Zusammenarbeit von 1947 trafen sich in der Afro-asiatischen Solidaritätsbewegung. Der Geist von Bandung wurde die Grundlage des Antikolonialismus, der Blockfreiheit, der Dritte Welt Bewegung, der G77, der Bemühungen um die Einrichtung um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO) und ihrer diversen Ergänzungen (z.B. die Bemühungen um eine Informations- und Kommunikationsordnung durch die MacBride-Kommission).

Das Imperium schlug mit der von Volcker durchgesetzten Deflation und die Schuldenkrise der frühen 80er bot den Hebel für die neoliberale wirtschaftliche Unterordnung des Südens, zumeist durch die IWF-Stabilisierungsprogramme bzw. die im Sinne der Weltbank durchgeführten Strukturanpassungsmaßnahmen der letzten zehn Jahre.

Der Großteil dieses Aufsatzes wird sich mit dem dritten und vielleicht wichtigsten Instrument dieser neoliberalen Reformen befassen, die die Gangart dessen, was wir heute Globalisierung nennen, beschleunigt haben, namentlich mit einigen Auswirkungen des Abschlusses der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen. Der Abschluß der Uruguay-Runde brachte die Geburt der Welthandelsorganisation WTO mit sich, die die neue Arena der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd sein wird, nicht nur was den Handel angeht, auch in anderen damit verbundenen Fragen. Auf vielerlei Weise läßt sich begründen, daß die wirtschaftliche Liberalisierung durch Instrumente wie die WTO die schärfste Kante der wirtschaftlichen Globalisierung der heutigen Welt darstellt, mit all ihren Auswirkungen auf uns.

2. Der Plan der WTO für eine neoliberale Globalisierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Pläne für eine Internationale Handelsorganisation (ITO), die Regeln für den internationalen Handel festlegen sollte. 53 Regierungen entwarfen und unterzeichneten in Havanna auf Kuba eine Charta für die Einrichtung einer solchen Organisation, die als Ergänzung zu IWF und Internationaler Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD, später: Weltbank) im Bereich des internationalen Handels dienen sollte. Dieses Trio wurde als für ein nachhaltiges Wachstum der Weltwirtschaft notwendig gehalten.

Im Gegensatz zu IWF und IBRD, die 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods gegründet wurden, sah sich die ITO-Charta heftiger Opposition ausgesetzt. Als sich der US-Kongreß gegen die ITO aussprach, wurde sie fallengelassen. Allerdings bestand auch nach dem Ableben der ITO die Notwendigkeit für eine internationale Organisation, die sich mit den Verhandlungen zur Reduzierung von Zöllen und nicht tarifgebundenen Handelshemmnissen befassen sollte (Akhtar, 1994). 23 Staaten kamen überein, in Genf weiter extensive Verhandlungen über Handels- und Tarifkonzessionen zu führen. Diese wurden in ein Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zusammengefaßt, das im Oktober 1947 unterzeichnet wurde und im Januar 1948 in Kraft trat. Seit diesem ungewöhnlichen Einstieg hat sich das GATT als eine weniger ambitionierte Ergänzung von IWF und IBRD entwickelt. Insgesamt haben 117 Staaten den multilateralen Vertrag des GATT als Vertragspartner unterzeichnet.

Das GATT bot eine dauerhafte Plattform für den Abbau von Handelshemmnissen. Hauptanliegen des GATT war es, durch den Abbau tarifärer und nicht tarifgebundener Handelshemmnisse auf der Grundlage der Nicht-Diskriminierung, der Reziprozität und der nationalen Handhabung zu einem freieren Handel zu kommen. Es sorgte auch für Sicherheiten gegen unerwartete Ereignisse, bindende Tariffhöhen zwischen Mitgliedsstaaten und schuf den Rahmen für die Beilegung von Konflikten zwischen Mitgliedern in Bezug auf seine Regeln, z.B. aufgrund von Dumping, etc. Insgesamt hatte das GATT Erfolg dabei, einen freieren Handel zu ermöglichen, wenn auch nur graduell. Seit den ersten Gesprächen von 1947 sind die Zölle weltweit gefallen. In den wichtigsten Industrieländer ist der durchschnittliche Zoll auf unter 5% gefallen (Lawrence, 1993). Vor der Uruguay-Runde hat das GATT sieben erfolgreiche Verhandlungsrunden abgeschlossen.

Die Uruguay-Runde war die achte, quälendste und umfassendste Runde in der Reihe der multilateralen Handelsgespräche. Sie begann 1986 mit 125 beteiligten Staaten in Punta del Este in Uruguay und kam am 15. Dezember, 1993 in Genf zum Abschluß. Neben der Verschärfung bestehender Regeln zur Beilegung von Streitigkeiten, der Anti-Dumping-Regeln, zur Aufklärung über Subventionen und der Einführung neuer Sicherheitsmaßnahmen wurden auch neue Übereinkünfte beschlossen.

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) enthält Klauseln zur Meistbegünstigungsklausel (die die Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten festlegt), zur Inländerbehandlung (keine Diskriminierung von Dienstleistungen aus anderen Staaten) und zur Abschaffung von Einschränkungen des Marktzugangs (keine weitere Maßnahmen zulässig als solche, die die Anzahl der Anbieter einer Dienstleistung beschränken). Zu handelsbezogenen Fragen der geistigen Eigentumsrechte (TRIPS) und handelsbezogenen Investiti-

onsmaßnahmen (TRIMs) wurde ebenfalls Einigkeit erzielt, z.B. so sind z.B. Vorschriften, die festlegten, daß ausländische Unternehmen einen gewissen Prozentsatz der von ihnen verarbeiteten Vorleistungen vor Ort beschaffen mußten - *die sogenannten LCR (local content requirements)* jetzt untersagt.

Unter den wichtigsten Entwicklungen im Bereich „Marktzugang“ befinden sich:

- a) die Zusage der entwickelten Länder, die Durchschnittszölle für Industrieprodukte um 40% zu senken,
- b) die Übereinkunft, im Landwirtschaftssektor diverse Grenzsteuern *durch Zölle zu ersetzen* („tariffication“), die Zölle zu senken und die Subventionierung sowie der inländischen als auch der Exportproduktion zu reduzieren,
- c) die Zustimmung der unterzeichnenden Parteien zur Integration der MFA in die WTO innerhalb von zehn Jahren im Bereich Textilien und Bekleidung.

Das Abkommen wird die Volkswirtschaften der sich entwickelnden Länder dazu zwingen, offener für den Handel, das Kapital, die Investitionen und die Technologie der Industrieländer zu sein. Die Länder werden dazu verpflichtet sein, die - aufgrund der neuen geistigen Eigentumsrechte sowie der Regeln über Dienstleistungen und handelsbezogene Investitionen - wachsende Dominanz ausländischer Firmen zu akzeptieren. Sie werden auch schärfere Strafmaßnahmen und Regulierungen ins Auge fassen müssen, z.B. bei den Herkunftsbezeichnungen, um Dumpingvorwürfe zu vermeiden. Insgesamt wird die Souveränität der Regierungen der Entwicklungsländer zutiefst untergraben. Den Entwicklungsländern droht der Verlust der *Vorzugsbehandlung nach dem Generalized System of Preferences (GSP)*. Diese Vorzugsbehandlung wird schrittweise zurückgenommen, oder an Verpflichtungen zur Inkraftsetzung von TRIMs, TRIPs, an die Gewährung von besserem Zugang zum Dienstleistungssektor, oder an Arbeits- und Umweltstandards gebunden.

Dieses Papier ist die vorläufige Bewertung einiger Folgen der Uruguay-Runde für die Länder des Südens unter Berücksichtigung der anzunehmenden Auswirkungen einiger Klauseln der Übereinkunft, die sich auf wirtschaftliche Fragen beziehen.

3. Handelsliberalisierung

Die Uruguay-Runde verspricht sicherzustellen, daß nicht-tariffäre Maßnahmen (NTMs) nicht als versteckte Protektionsmaßnahmen eingesetzt werden können. Die NTMs der OECD betreffen im Vergleich zu Einfuhren aus anderen Industrieländern einen bemerkenswert höheren Anteil der Einfuhren aus Entwicklungsländern. Der Protektionismus in Form von NTMs und Zollerhöhungen wird möglicherweise auch über die beschlossene Deadline im Jahre 2005 hinaus fortbestehen - Auch wenn NTMs und Zollerhöhungen auslaufen, können Anti-Dumping-Gesetze, Ausgleichs- und Kompensationszölle (CVDs) sowie Sicherungsklauseln noch willkürlicher angewandt werden, als dies bereits der Fall ist (Smeets, 1995). Langfristig werden sich die Industrienationen, insbesondere nach der Abschaffung der NTMs, starkem wirtschaftlichem Wettbewerb seitens der sich entwickelnden Länder ausgesetzt sehen, der ihre Industrien bedrohen und sogar makroökonomische Instabilität bewirken wird. In der unmittelbaren Zukunft werden Firmen, die sich schützen wollen, versuchen, Anti-Dumping-Gesetze und CVDs in weit größerem Maße in Anspruch zu nehmen. Protektionismus dieser Art hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen - ein Trend, der noch weiter zunehmen wird. Die Beschaffungspolitik der Regierungen wird ausländische Lieferanten womöglich weiterhin ausschließen. Darüber hinaus werden sich die Regierungen auf lange Sicht wahrscheinlich neue Maßnahmen ausdenken (Kreinen, 1995).

Liberalisierte Zölle bringen mehr Importe mit sich und vergrößern den Marktzugang ausländischer Produkte auf dem Binnenmarkt. Der daraus hervorgehende härtere Wettbewerb zwischen inländischen und ausländischen Produzenten wirkt sich einerseits zugunsten der Konsumenten aus, wirkt aber andererseits die Ausweitung der inländischen Produktionskapazitäten entgegen. Die Volkswirtschaft wird also anfälliger für externe Schocks, die die wirt-

schaftliche Stabilität des Landes negativ beeinflussen. Während sich die Exporte weiter ausweiten, werden auch die Zahlungen für Importe zunehmen.

Wenn sich die Austauschverhältnisse (TOT) für ein Land verschlechtern, wird mehr Handel seinen Handelspartnern unverhältnismäßig zugutekommen. Die beiden möglichen Ergebnisse einer Verschlechterung der Terms-of-Trade sind:

- a) im Falle einer massiven Verschlechterung ein großer Verlust für das betroffene Land, entweder in Form eines verkleinerten Importvolumens, oder in Form eines wesentlich verringerten Importwachstums, wenn die Handelsbilanz aufrechterhalten wird;
- b) oder, wenn die Importe des Landes trotz der Verschlechterung der Austauschbeziehungen im selben Maße zunehmen wie die Exporte eine massive Verschlechterung der Handelsbilanz.

In beiden Fällen reduziert die Verschlechterung der Terms-of-Trade die Kaufkraft der Exporte des Landes, mit denen es für seine Importe bezahlt, und verringert auf diese Weise in großem Maße die importierten Mengen. Diese Entwicklung scheint von den folgenden Faktoren verschlimmert zu werden:

- a) dem Verfall der Grund- und Rohstoffpreise in den 80ern;
- b) dem offenkundig relativen Preisverfall für Exporte von Industrieprodukten des Südens verglichen mit steigenden Preisen für Importe von Industrieprodukten, v.a. aus dem Norden;
- c) sowie der Handelsbeschränkungen abbauenden Liberalisierungspolitik seit Mitte der 80er Jahre.

4. Landwirtschaftliche Märkte

Wie im Rahmen der Uruguay-Runde beschlossen, müssen die entwickelten Länder ihre Einfuhrzölle um mindestens 36% senken, Entwicklungsländer um 24%. Zollerhöhungen, darunter höhere Abgaben für weiterverarbeitete Produkte, gibt es nach wie vor in den wichtigsten Industrieländern, auch unter dem neuen Tarifregime nach der Uruguay-Runde, z.B. in der Europäischen Union und in Japan. Das schreckt von nachgelagerter Produktion und dem Export von weiterverarbeiteten Produkten anstelle von Rohstoffen ab.

5. Handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMs)

Ein weiterer Vorschlag der EU war die weitestgehende Liberalisierung der TRIMs. Investitionen waren das einzige wichtige neue Thema für die WTO und die in der OECD organisierten Industrieländer kamen darin überein, daß die Angelegenheit der WTO aufgetragen werden soll. Die OECD schlug vor, ein multilaterales Abkommen über Investitionen zu beschließen, das ausländischen Firmen das Recht geben würde, in die Volkswirtschaften aller Mitgliedsländer der WTO einzudringen und auf jedem Sektor aktiv zu werden. Ausländischen Firmen soll „Inländerbehandlung“ gewährt werden, d.h. Maßnahmen die lokale Firmen bevorzugen oder ausländische Firmen diskriminieren - z.B. bei der Eröffnung von Niederlassungen, beim Kauf von Grundstücken, bei der Beschränkung von Aktienbesitz oder Einschränkungen bei der Ausfuhr der erzielten Gewinne - wären demnach verboten. Die WTO wäre nicht länger nur eine „Handelsorganisation“, sondern eine Organisation, die auch Investitionen reguliert. Natürlich wäre das eine enorme Ausweitung der Kompetenzen der WTO und würde die Ausweitung und Anwendung der WTO-Prinzipien und ihr System der Konfliktbeilegung (inklusive des Einsatzes von Handelssanktionen und Vergeltungsmaßnahmen) auf die Investitionspolitik.

Die obigen Vorschläge hätten schwerwiegende Auswirkungen auf das Verhalten, das Vorgehen und die Auswirkungen ausländischer Investitionen weltweit, und für jedes Land. Transnationale Konzerne hätten größere Freiheiten und Rechte, frei von den vielen staatlichen

Regulationen, denen sie sich derzeit ausgesetzt sehen, weltweit ihre Geschäfte abzuwickeln. Regierungen hätten nicht länger das Recht und die Macht, was den Eintritt, das Verhalten und das Vorgehen ausländischer Firmen in ihren Volkswirtschaften angeht, ihre grundlegendsten eigenen Politiken und Gesetze aufzustellen und durchzusetzen. Die existierenden nationalen Gesetze und Politiken, die Ausländern derzeit Beschränkungen auferlegen, müßten gestrichen oder geändert werden, um dem neuen multilateralen Investitionsabkommen zu entsprechen. Das hätte natürlich tiefgreifende Auswirkungen, da die meisten der sich entwickelnden Volkswirtschaften heute Politiken betreiben, die versuchen, inländische Firmen zu unterstützen und eine übermäßige Kontrolle ihrer Wirtschaft durch ausländische Firmen zu verhindern.

Obwohl die ursprünglichen Vorschläge zu den TRIMs von der Uruguay-Runde im großen und ganzen abgelehnt wurden, werden jetzt überarbeitete Vorschläge beraten und von der OECD vermutlich in Form eines multilateralen Investitionsabkommens (MAI) beschlossen. Ihre Strategie scheint es zu sein, Nicht-OECD-Mitglieder zur Unterzeichnung zu überreden, möglicherweise auch durch die Verweigerung des Marktzugangs bei Nichtunterzeichnung. Die OECD könnte das MAI dann gegenüber der WTO als *fait accompli* präsentieren. Obwohl die WTO derzeit an einem eigenen multilateralen Investitionsabkommen (MIA) arbeitet - unter wesentlich größerer Mitarbeit der Entwicklungsländer - sind die Regierungen der OECD-Mitgliedsstaaten in solchen Foren und bei solchen Aktivitäten im allgemeinen besser gerüstet und treten organisierter auf. Deshalb schaffen sie es meistens, so viel wie möglich von ihren Interessen und Plänen durchzusetzen.

Der Süden sollte dem Vorgehen des Nordens in dieser Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit schenken, um seine eigenen Interessen zu schützen und voranzubringen. Das ist keine „technische“ Angelegenheit, deren Aushandlung man seinen Handelsvertretern überlassen sollte. Sie ist vor allem von politischer Wichtigkeit, denn sie wird sich entscheidend auf die wirtschaftliche Souveränität, die Eigentumsformen, das Überleben lokaler Unternehmen, Geschäfte und Bauern, die Beschäftigungsaussichten sowie auf das soziale und kulturelle Leben auswirken (Khor, 1996).

Was den Marktzugang betrifft, so hat die Europäische Union mit der Diskussion von Plänen für einen zollfreien Welthandel bis zum Jahr 2020 begonnen und drängt auf eine neue Runde von Handelsgesprächen bis 1999 (Islam, 1996). Das wird Asiens Handelsvertreter mit Sicherheit auf die Probe stellen, denn einige asiatische Exporteure haben an der Vorstellung eines freien Welthandels Geschmack gefunden. Aber ohne schützende Zölle wird viel von der verarbeitenden Industrie, der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors angesichts der ausländischen Wettbewerber zugrunde gehen.

6. Multifaser-Abkommen (MFA)

Seit 1974 erlegt das Multifaser-Abkommen (MFA) Textil- und Bekleidungsexporten der Dritten Welt in den Norden Quoten auf. Das MFA war ursprünglich als „zeitlich begrenzte“ Maßnahme gedacht, die es den Industrieländern ermöglichen sollte, sich an die Wettbewerbsfähigkeit der Importe aus der Dritten Welt anzupassen. Der derzeitige Handel mit Textilien und Bekleidung unterliegt dem im Juni 1986 unterzeichneten MFA IV. Nach dem Übereinkommen der Uruguay-Runde soll das MFA binnen zehn Jahren auslaufen (bis 2006), indem die Quoten schrittweise erhöht und mehr und mehr Produkte von den MFA-Quotenregelungen ausgenommen werden. Gleichzeitig wird dieser Prozeß von einem neuen System zeitlich begrenzter Sicherungsklauseln, deren Ausführungsbestimmungen noch festgelegt werden müssen, begleitet. Für einige Entwicklungsländer ist das ein Grund zur Beunruhigung: Sie befürchten, dieses Regime könnte sich als restriktiver erweisen als das MFA, das es ablösen soll (Hamilton + Whalley, 1995).

7. Handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPs)

Ein weiterer Schlüsselbereich, der im Rahmen der Uruguay-Runde erstmalig den Regelungen des GATT unterworfen wird, ist die Regulierung und Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten - Urheberrecht, Markennamen und andere Eigentumsansprüche auf Monopolgewinne. Den wahrscheinlich größten kollektiven Verlust durch die Uruguay-Runde erleidet der Süden, als ganzes betrachtet, aufgrund der TRIPs. Die meisten Länder haben bisher die Landwirtschaft, Medikamente und auch andere Produkte sowie Verfahren nach ihrem jeweiligen nationalen Patentrecht ausgenommen, aber mit dem Beschluß der TRIPs wird nahezu alles einem strengen internationalen geistigen Eigentumsschutz unterworfen, außer es wird im Abkommen ausdrücklich erwähnt. In Drittweltländern mit einer eigenen pharmazeutischen Industrie wird erwartet, daß die Preise für Medikamente deutlich steigen und ausländische Medikamente große Marktanteile erobern können. Neue Entwicklungen in der Biotechnologie bedeuten, daß neue Saaten von internationalen Agrarkonzernen patentiert werden, so daß Kleinbauern in Zukunft jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen, anstelle ihr eigenes zu verwenden. In den meisten armen Ländern gibt es derzeit nur wenig Patentschutz, da die Menschen dort nicht in der Lage sind, teure Lizenzgebühren aufzubringen. Jetzt werden die Regierungen der Dritten Welt Gesetze zum Schutz internationaler Patente und ihrer Besitzer, zumeist transnationaler Konzerne, einführen müssen.

Viele befürchten, daß die sich entwickelnden Länder unter den verschärften Regelungen leiden werden, da Firmen in reichen Ländern den Großteil der registrierten Patente besitzen. Trotzdem haben die Vereinigten Staaten seit dem Entwurf des Abkommens Druck auf die Entwicklungsländer ausgeübt, dem TRIPs-Abkommen schneller zuzustimmen, als in der Uruguay-Runde beschlossen (*Business Times*, 29. August 1994). Die USA sind womöglich dazu in der Lage, ihren Willen durchzusetzen. Jedes Jahr veröffentlichen die USA eine Liste derjenigen Länder, die sich weigern, geistige Eigentumsrechte von US-Firmen zu schützen. Derzeit befinden sich 37 Länder auf der Liste, darunter die EU und Japan, aber auch ärmere Länder. Die Liste wird angeführt von China, das von den USA erfolgreich davon abgehalten wurde, Gründungsmitglied der WTO werden zu können.

Unter dem neuen Patentregime wurde die Bandbreite der Patentierungsmöglichkeiten stark erweitert. Patente werden für jedwede Erfindung, ob Produkt oder Verfahren, in allen Bereichen industrieller Technologie erhältlich sein. Der Patentschutz wird von verarbeiteten Produkten und Pharmazeutika auf Mikroorganismen, nicht-biologische und mikrobiologische Verfahren und Pflanzenarten ausgedehnt. In anderen Worten: Der gesamte industrielle und landwirtschaftliche Sektor und bis zu einem gewissen Grad auch der biotechnologische Sektor werden dadurch abgedeckt sein.

Die Durchsetzung des Patentsystems hat sich ebenfalls verändert. Importe wurden bislang nicht als Ausübung eines Patents verstanden. Die Patenteigner hatten die Verpflichtung, das Patent in dem Lande auszuüben, das die Patentrechte garantierte. Das neue Patentregime beinhaltet, daß sowohl importierten als auch lokal produzierten Gütern Patentrechte ohne Diskriminierung gewährt werden. Das bedeutet, Patente werden nicht nur für die Einrichtung eines Produktionsmonopols in Erwägung gezogen, sondern auch für die Errichtung eines Importmonopols. Der Patenteigner hat demzufolge keine Verpflichtungen gegenüber den nationalen Regierungen, die die Patente gewähren. Es wird keine Kontrollen geben, was Importe von Patenten betrifft, die zu hohen Transferpreisen verkauft werden können. Auf sie können keine Preiskontrollen angewandt werden.

Es ist klar, daß die Industrieländer, angeführt von den USA, die TRIPs auf die Tagesordnung des GATT gesetzt haben, um das Monopol ihrer Unternehmen auf Technologie zu festigen und auf diese Weise den Technologietransfer in den Süden zu blockieren, zu entmutigen und die Kosten dafür zu erhöhen. Während das GATT und die Uruguay-Runde dazu gedacht waren, die Liberalisierung und die freien Handelsströme voranzubringen, ist das TRIPs-Abkommen ganz klar protektionistisch gegenüber dem Süden und schränkt den freien Zugang zu Technologie ein, um das Heranwachsen neuer industrieller Rivalen zu verhindern.

Die sich entwickelnden Länder werden Wohlstandsverluste erleiden, wenn sie die Standards übernehmen, die in den TRIPs-Regelungen des WTO-Abkommens enthalten sind. Die Vorteile eines verbesserten Schutzes geistiger Eigentumsrechte von Ausländern sind nach dem TRIPs-Abkommen der WTO gesichert (*Business Times*, 29. August 1994).

Der größten Einfluß werden die TRIPs im Bereich der pharmazeutischen Industrie auf die Medikamentenpreise ausüben, die womöglich so stark steigen werden, daß es für Arme sehr schwierig werden wird, sie sich noch zu kaufen (Keayla, 1994). Auch auf die Erhältlichkeit werden sie sich auswirken (Keayla, 1994). Von einer Verfügbarkeit neuer Medikamente aus einheimischen Quellen kann eigentlich nicht die Rede sein. Die meisten Medikamente werden eingeführt und die Importabhängigkeit wird steigen. TRIPs wirken sich auch auf die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit im Inland aus. Aufgrund der Knappheit der Mittel hat sich die Forschungstätigkeit - sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor - insbesondere im pharmazeutischen Bereich auf Verarbeitungstechnologien konzentriert. Die Forschungsanstrengungen wären schwerwiegend davon betroffen, daß es unter dem neuen Regime keine Abnehmer für Verarbeitungstechnologien gäbe. Was Grundlagenforschung angeht, so verfügen die meisten Entwicklungsländer weder über die Mittel noch über die Infrastruktur, um es mit den TNCs aufzunehmen. Die TRIPs werden es ausländischen Firmen einfacher machen, weltweit in Märkte einzudringen und sie zu dominieren.

Weil ausländische Direktinvestitionen mobiler werden, frei in die Entwicklungsländer fließen können und ihnen Schutz in Form von TRIPs gewährt wird, wird der Technologietransfer an das Gastland vermutlich eingeschränkt. Die meisten TNCs sind beim Transfer von Technologien zurückhaltend. Andererseits spielen die Regierungen bei der Anregung technischer Entwicklungen nur eine minimale Rolle.

8. Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)

Ebenso wie das GATT, liefert das GATS eine legale Basis, auf der die multilaterale Ausschaltung von Hindernissen, die ausländische Serviceanbieter diskriminieren und auf andere Weise ihnen den Marktzugang verweigern, verhandelt werden kann. GATS unterscheidet sich von GATT in verschiedenen Aspekten. Der größte Unterschied ist vielleicht, daß die Prinzipien „Inländerbehandlung“ (z.B. Nichtdiskriminierung) und Marktzugang (z.B. Freiheit des Markteintritts und -austritts) automatisch durch das GATT gesichert sind, während sie im Rahmen des GATS als Rechte und Pflichten verhandelt werden. Die Verhandlungen zu Inländerbehandlung und Marktzugang für Dienstleistungen durch das GATS sind vergleichbar mit den Tarifverhandlungen für Güter im Rahmen des GATT. Wie bekannt ist, sind die Beschränkungen internationaler Transaktionen im Dienstleistungsbereich in die nationale Gesetzgebung, Regulierungen und andere Maßnahmen eingebettet. Unter dem GATS werden diese Beschränkungen liberalisiert und somit ein Regime für Dienstleistungen geschaffen, das der Zollfreiheit für Waren nahekommt.

Das GATS wird neue Herausforderungen an die Dienstleistungsindustrie stellen. Die Einbeziehung von Dienstleistungen in das Abkommen reflektiert deren wachsende Wichtigkeit in der Weltwirtschaft. Von 1982-1992 stiegen die Weltexporte von Dienstleistungen mit einer jährlichen Durchschnittsrate von 9,5% gegenüber nur 7,1% bei den Warenexporten (Harmssen, 1995). Der größte Anteil des Welthandels in Dienstleistungen wird von den wichtigsten Industrieländern bestimmt. Es ist offensichtlich, daß die Liberalisierung des Finanzwesens weiterhin die Hauptantriebkraft für das GATS - Abkommen sein wird. Das GATS Komitee für den Handel von Finanzdienstleistungen schloß seine Verhandlungen am 28.7.1995 ab. 29 Mitglieder der WTO stimmten darin überein, am 30.7.1996 mit der Implementierung der neuen Zeitpläne zu beginnen. Die Übereinkunft gilt für fast 90% des globalen Handels an Finanzdienstleistungen. Mit dem Abkommen werden die Unterzeichnerstaaten die Meistbegünstigung, den Marktzugang und die „Inländerbehandlung“ auf alle Länder ausweiten, die auf der Grundlage der Verpflichtungen des *National Schedule of Commitments* stehen. „Inländerbehandlung“ bezieht sich auf die Gleichbehandlung niedergelassener aus- und inländischer Dienstleistungsanbieter.

9. Die Welthandelsorganisation

Alle Mitglieder des GATT ratifizierten die Einrichtung der WTO am 6.9.1994 als Ersatz des GATT ab dem 1.1.1995. Die Mitglieder der WTO vereinbarten, Renato Ruggiero, den früheren italienischen Handelsminister, zum ersten Generaldirektor der Organisation zu ernennen.

Die WTO widmet sich den institutionellen und verfahrenstechnischen Strukturen, welche zur Erleichterung einer effektiven Implementierung der wesentlichsten Vorschriften, die in der Uruguay-Runde verhandelt wurden, nötig sind. Zweitens wird die WTO die institutionellen Ideen des GATT weiterführen und ihre Praxis in einer für die Öffentlichkeit, die Medien, Regierungsbeamte und Anwälte besser verständlichen Form durchführen. Drittens bietet die WTO-Struktur einige wichtige Veränderungen um die effektive Implementierung der Uruguay-Runde zu unterstützen (Jackson, 1995).

Ein anderer wichtiger Aspekt der WTO-Struktur ist, daß sie die Ausweitung der institutionellen Struktur auf die neuen Themen der Uruguay-Runde vereinfacht, besonders für Dienstleistungen und geistige Eigentumsrechte. Ohne die Form eines legalen Mechanismus wie die WTO, wäre es ziemlich schwierig geworden dies durchzuführen, da das GATT selbst nur auf Waren anwendbar ist. Die WTO-Charter bietet wesentlich bessere Möglichkeiten für die zukünftige Herausbildung und Entwicklung institutioneller Strukturen für die internationale Handelszusammenarbeit (Jackson, 1995).

Diese Struktur wird durch einen effektiven Durchsetzungsmechanismus für die Einrichtung einer internationalen Wirtschaftsordnung vervollständigt, die den Operationen transnationaler Konzerne größere Freiheit zusichert, unter der die Interventionsmöglichkeiten von Regierungen, insbesondere der 'Dritten Welt', Zug um Zug auf ein Minimum reduziert werden.

Unvermeidbar ergibt sich daraus natürlich die Frage, welche Rolle die WTO als Teil des „neuen Bretton Woods Systems“, als Partner des IWF, und der Weltbank spielt. Jedoch hat in der WTO - im Gegensatz zu IWF und Weltbank - jedes Land eine Stimme. Aber da sie von den USA und anderen G7-Staaten finanziell abhängig ist, wird dieser Vorzug sicher verloren gehen (Sen, 1994). Zudem dominieren diese Länder den Welthandel, indem sie zwei Drittel des Welthandels kontrollieren. Die Großmächte werden sicherlich versuchen, die WTO für ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen. Die G7, angeführt von den USA, versucht bereits Verfahren zu entwerfen und die WTO in Wege zu lenken, die für sie von Vorteil sind, wie es in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Foren in den letzten Jahren bereits offensichtlich wurde. Die Großmächte haben bereits begonnen, die WTO für ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen. Daher fürchten die sich entwickelnden Länder, daß es den großen Handelsmächten, die das System beherrschen, nach wie vor freisteht, durch Anti-Dumping-Regelungen und andere Maßnahmen, die absichern, daß das System zu ihrem Vorteil arbeitet, ihre Macht auszuüben.

Einige europäische und asiatische Länder haben auch davor gewarnt, daß einige Mächte unilaterale Maßnahmen anwenden, um bilaterale Handelsstreitigkeiten beizulegen; eine offensichtliche Anspielung auf die Anwendung des Super-301-Paragrafen des Handelsrechts der Vereinigten Staaten gegen Japan im Februar 1994 nach Abschluß der Uruguay-Runde im Dezember 1993. Dies wurde auch bereits deutlich, als die USA Ende 1994 die Ablehnung des WTO-Mitgliedsantrags von China - welches 1949 nach der kommunistischen Übernahme das GATT verlassen hatte (denunziert als ein 'kapitalistisches Kartell') - vorantrieb. Washington hat auch Strafzölle auf die 2,8 Milliarden US-Dollar Importe aus China angedroht, weil Beijing nicht genug getan habe, um die weitverbreitete Piraterie von US-amerikanischen Eigentumsrechten, Markenzeichen und Patenten im Zaum zu halten (*Business Times*, 2.1.1995).

Diese Art der Vergeltung und Handelssanktionen sind oft ergriffene Maßnahmen Washingtons, um Handelsstreitigkeiten mit anderen Ländern beizulegen. Solche Aktionen - die manchmal als Teil einer Strategie des „gelenkten Handels“ gesehen werden - sind eine klare

Bedrohung der Vereinbarungen der Uruguay-Runde, aber weder GATT noch die WTO haben diese Aktionen Washingtons verurteilt.

Viele Mitglieder sehen es bereits als große Belastung, sich den Vereinbarungen der Uruguay-Runde anzupassen, die größere Veränderungen in vielen inländischen Gesetzen und Verfahrensweisen erfordern. Zumindest einige der Veränderungen werden negative soziale und ökonomische Auswirkungen haben. Nichtsdestoweniger bringen die Industrieländer neue Themen auf die Tagesordnung der Verhandlungen, die Fremdinvestitionen, Arbeitsbedingungen, Umwelt- und Wettbewerbspolitik einbeziehen.

Der erste Themenbereich, der eine beträchtliche Opposition seitens der Regierungen der sich entwickelnden Länder heraufbeschwor, war die Einbeziehung der 'Sozialklauseln' - wie Mindestlohn, Menschenrechtsfragen, Umweltmaßnahmen und Wettbewerbsrecht - in das Rahmenwerk der WTO. Obwohl die USA erklärten, daß ein globaler Mindestlohn nicht Teil der Sozialklausel-Agenda sein wird, schien sie auf einmal unbedingt darauf aus zu sein, gewisse internationale Arbeitsbedingungen als Teil der Agenda einzubringen. Dieser Vorschlag wurde von den meisten offiziellen Sprechern der 'Dritten Welt', die behaupten, daß die 'Entwicklungsländer' bereits ernsthaft benachteiligt sind, vehement abgelehnt. Der Hauptvorteil den diese Länder haben, sind ihre im Vergleich niedrigeren Arbeitskosten. Die Verknüpfung von internationalen Arbeitsbedingungen mit dem Handel, so wird argumentiert, wird gleichbedeutend sein mit der Unterminierung des einzigen relativen Vorteils, den die sich entwickelnden Länder haben.

Die WTO wird in Bezug auf die Überwachung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung - einschließlich des Handels mit verarbeiteten Gütern, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, sowie Investitionsvorschriften - mächtiger als das GATT sein. Die WTO wird ein integriertes Streitbeilegungsverfahren haben, was tatsächlich bedeutet, daß, wenn ein Land seine Verpflichtungen auf einem Gebiet nicht erfüllt (wie z.B. Durchsetzung der Intellektuellen Eigentumsrechte), Sanktionen auf einem anderem Gebiet, welches das Land am stärksten trifft, angewendet werden können (zum Beispiel dessen Rohstoffexporte) (Khor, 1994).

Die WTO koordiniert ihre Programme und ihre Politik mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds, und das Ergebnis ist wahrscheinlich, daß über die einzelnen Institutionen hinaus Bedingungen gestellt werden können. Dies hätte zur Folge, daß Weltbankkredite nur freigegeben werden, wenn die WTO erklärt, daß potentielle Kreditnehmer die WTO-Vorschriften eingehalten haben. Wahrscheinlich diszipliniert die WTO - basierend auf den Richtlinien der wichtigsten Wirtschaftsmächte - die Regierungen des Südens.

Jedoch zeigen die jüngsten Erfahrungen, daß es unwahrscheinlich ist, daß die WTO ihre Bestimmungen durchsetzt, wenn sie von den mächtigsten Mitglieder mißachtet werden. Folglich können die USA und Europa, wenn sie sich dazu entscheiden, die WTO mißbrauchen. Daher ist die WTO eine Bedrohung der Souveränität der Entwicklungsländer, sowohl politisch als auch ökonomisch. Es überrascht nicht, daß der Abschluß der Uruguay-Runde des GATT und die Errichtung der WTO als der Beginn einer neuen Ära der Rekolonialisierung bezeichnet wurde.

10. Schlußfolgerung

Der andauernde Kampf um die Menschenwürde muß die schwierigen Zeiten, in denen wir leben, ebenso in Betracht ziehen wie die Notwendigkeit, den gegenwärtigen Herausforderungen innovativ zu begegnen, indem wir die Erfahrungen der Vergangenheit nutzbar machen. Diese Anstrengung müssen von der Notwendigkeit ausgehen, eine neue Zusammenarbeit und Einigkeit auf der Basis bestimmter universaler Werte, die von allen Zivilisationen und Kulturen geteilt werden, zu erkämpfen.

Die Dialoge für das neue Jahrhundert und Jahrtausend müssen darauf abgestimmt sein, unsere Unterschiede zu respektieren, während aber gleichzeitig eine gemeinsame ethische

Grundlage, die wir alle vertreten, aufgebaut wird. Diese Ethik muß die Würde, **die Rechte und Verpflichtungen** des menschlichen Individuums anerkennen und respektieren, insbesondere in Bezug auf die menschliche Gemeinschaft, sowie auf eine transzendente moralische Autorität. Unsere Zukunft hängt daher entscheidend von unserem Gefühl für gegenseitigen Respekt, Verantwortlichkeit und gemeinsamer Verantwortung für die Lebensbedingungen ab.

Meine Befürchtung ist, daß wir möglicherweise unwillentlich die Foren und Mittel für den menschlichen Fortschritt abgeben, und es Regierungen und Konzernen überlassen haben, das Vakuum zu füllen, normalerweise in deren eigenen Interesse. Sogar die Sozialen Bewegungen der früheren Generationen sind größtenteils durch Bevollmächtigte der Nichtregierungs-Organisationen für besondere Interessengruppen, welche oft nur dem Selbstzweck dienen - als öffentliches Interesse verschleiert - ersetzt worden.

Die Herausforderung für Europäer und Asiaten besteht darin, angemessen und kreativ auf die komplizierten neuen Umstände unserer Zeit zu reagieren, indem sie unter anderem die Behauptung, ein Kampf zwischen den Zivilisationen sei unvermeidbar, zurückweisen, und die erste wirklich universelle menschliche Zivilisation aufbauen - auf der Basis gemeinsamer menschlicher Werte und der Anerkennung dessen, was durch die neuen Bedingungen, in denen wir leben, einfacher, aber auch schwieriger zu finden ist.

Die sogenannten „Sozialklauseln“ und die damit verbundenen Themenbereiche, einschließlich progressiver Elemente auf beiden Seiten, sind im Zentrum der laufenden ökonomischen Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden. Die neue globale Situation wird geprägt durch die Bedingungen der neuen internationalen Wirtschaftsregierung, eingesetzt durch den sogenannten Washington-Konsens mit den Bretton Woods Institutionen und - jetzt noch wichtiger - der WTO. In diesen Institutionen sind nur Regierungen legitimierte Akteure, und die Haupttrennlinien sind nicht nur einfach diese zwischen Norden und Süden, sondern zum Beispiel auch die zwischen Nordamerika und anderen landwirtschaftlichen Exporteuren auf der einen Seite und Europa und Japan auf der anderen Seite. Wir sollten all diese Unterschiede erkennen und daran arbeiten, während wir unsere Bemühungen auf die Nord-Süd-Trennlinie konzentrieren. Zugegebenermaßen, sind diese Streitpunkte sehr schwierig, da sie „Entweder-Oder-Entscheidungen einbeziehen - zwischen Effizienz und Gerechtigkeit, Produktion und Konsum, Raubbau an den Ressourcen und deren Erhaltung, Umweltzerstörung und wachsenden Erträgen - sowie verschiedene Generationen und die alten Fragen wie Nord-Süd, Klasse, Geschlecht und andere Gegensätze.

Am wichtigsten ist sicher, daß es keine einfachen Lösungen gibt, nicht einmal eine Spur davon. Das Auseinanderbrechen potentieller Verbündeter ist nicht einfach zu lösen.

‘Global denken, lokal handeln’ kann ein Slogan werden, der uns selbst an den Rand und zur Belanglosigkeit der entscheidenderen globalen, regionalen und nationalen Ebenen befördert.

Die Tatsache bleibt, daß Entwicklung, so wie sie gewöhnlich verstanden wird, immer noch von den meisten im Süden gewünscht wird, und die momentan modische Ablehnung von ‘Entwicklung’ an der Basis wenig Rückhalt findet. Noch umstrittener sind die Art und die Kosten der gewünschten Entwicklung, und es gibt eine wachsende Zustimmung im Süden zum Trugschluß des „jetzt entwickeln, verschmutzen, zerstören - später zahlen, reparieren“.

Aber angesichts der gegebenen Regeln des internationalen Geschäftsgebarens scheint es keine realisierbaren Alternativen zu der beginnenden Entwicklung, insbesondere der Industrialisierung auf Niedriglohnbasis - des scheinbar einzigen relativen Vorteils der Armen - zu geben. Die tatsächlichen Folgen einer solchen Strategie für das Nettoeinkommen und die Beschäftigung im Norden sind immer noch strittig. Aber es gibt wenig Zweifel an der verbreiteten Auffassung, daß diese Strategie im letzten Viertel des Jahrhunderts eine der Hauptursachen des Niedergangs des Nordens nach dem keynesianistischen „Goldenen (Nachkriegs-) Zeitalter“ gewesen ist.

Die Unterlassungen und Mißbräuche, Regierungsinterventionen und Planungen in den ehemals sogenannten zentralisierten und gemischten Ökonomien, und die anscheinend populäre Übernahme vieler Aspekte ökonomischer Liberalisierung und Globalisierung, müssen direkt von ihren Kritikern angesprochen werden.

Es genügt nicht, einfach bestimmte nachteilige Folgen der Globalisierung aufzuzeigen, ohne sie in der Gesamtheit anzusprechen, genauso wie die Globalisierungsbefürworter sie ignorieren. Wir müssen auch die scheinbare Fairneß der gegenwärtigen populären neoliberalen Slogans wie „ein gemeinsames globales Spielfeld schaffen“ herausfordern. Die WTO hat bereits das zuvor akzeptierte GATT-Prinzip zu Asymmetrie oder Nicht-Reziprozität zwischen Norden und Süden - wie es zum Beispiel im *General System of Privileges* (GSP) eingebettet ist - verworfen. Um eine brutale Analogie aus der Sportwelt zu nehmen, entspricht das Vorschriften, jeden - egal wie groß oder schwer - in der gleichen Gewichtsklasse boxen zu lassen.

Entgegen dem optimistischen Internationalismus früherer Zeiten sind - ironischerweise - kulturelle, lokale und andere Unterschiede wieder wichtig geworden, angesichts einer Globalisierung, die von transnationalen Konzernen beherrscht wird. Tatsächlich wird dies in einem neuen Denken zelebriert, welches Identitätspolitik und andere kulturelle Verschiedenheiten allgemein abfeiert, und dabei das Wenige was vom anticolonialen Nationalismus früherer Perioden übriggeblieben ist, unterminiert.

Schließlich, trotz der vielen Fallen und Fehler, die mit dem ökonomischen Nationalismus im postkolonialen Süden assoziiert werden, erinnert uns die bewegte Geschichte der späten Industrialisierung an die entscheidenden Beiträge des ökonomischen Nationalismus in diesen Bemühungen (Gerschenkeron, 1962; Amsden, 1989). Eine kritische Betrachtung des Ostasiatischen Wunders bestätigt diese Schlußfolgerung, erinnert uns aber auch an die Schwierigkeiten und Herausforderungen die Industrialisierungspolitik korrekt zu gestalten. Und während die jüngsten Erfahrungen der Südasiatischen NICs der zweiten Stufe für den Rest des Südens in einigen Punkten relevanter sein könnte, sollten die Lektionen der überlegenen Industriepolitik Japans und der Ostasiatischen NIEs der ersten Stufe nicht an andere verloren gehen. Die Schlußfolgerungen der Uruguay-Runde des GATT und die Etablierung der WTO an ihrer Stelle wurde durch die neoliberale ökonomische Ideologie gerechtfertigt, letztendlich im besten Interesse aller Partnernationen. Jedoch wird das neue Regime, geschaffen von der WTO, auch weiterhin Initiativen zur Industriepolitik begrenzen und durchkreuzen, und somit die Aussichten für eine späte Industrialisierung, und damit auch die Möglichkeit die globale Ungleichheit zu reduzieren, unterminieren.

Literatur

Akhtar Hasan Khan (1994): 'The Impact of Uruguay Round on World Economy'. Paper presented at the Tenth Annual General Meeting, Pakistan Society of Development Economists, 2-5 April 1994, Islamabad, Pakistan.

Amsden, Alice (1989): „Asia's Next Giant“, Oxford University Press, New York.

Correa, Carlos M. (1995): „The Uruguay Round: The Social Costs of New Patent Rules“. *Third World Economics*, 117, 16-31 July 1995. S.19-20.

Gerschenkeron, Alexander (1962): „Economic Backwardness in Historical Perspective“. Harvard University Press, Cambridge, MA., 1962.

Hamilton, Collen and John Whalley (1995): „Evaluating the Impact of the Uruguay Round Results on Developing Countries“. *The World Economy*, 18 (1), 1995.

Harmsen, R. (1995): „Regional Trading Arrangements“. *International Trade Policies: The Uruguay Round and Beyond*, World Economic and Financial Surveys, International Monetary Fund, Washington D.C., 1995.

- Harrison, Glenn, Thomas Rutherford, and David Tarr (1995): „Quantifying the Outcome of the Uruguay Round“. *Finance and Development*, December 1995, S. 38-41.
- Huntington, Samuel P. (1993): „The Clash of Civilizations?“. *Foreign Affairs*, 72 (3), Sommer 1993, S. 22-46.
- Islam, Shada (1996): „Yearning to be Free“. *Far Eastern Economic Review*, May 2, 1996, S. 76.
- Jackson, John H. (1995): „The World Trade Organization: Watershed Innovation or or Cautious“. *The World Economy*, 18, , S. 11-31.
- Jomo K. S. (1997): „Economic Considerations for a Renewed Nationalism“. SEPHIS-CODESRIA Lecture No. 2, Amsterdam and Dakar.
- Keayla, B. K. (1994): „Final Dunkel Act, New patent regime: myth and reality“. *Frontline*, May 6, 1994, S. 14-16.
- Khor Kok Peng (1994): „The South at The End of The Uruguay Round“. *Third World Resurgence*, 45, 1994, S. 35-38.
- Khor Kok Peng (1995): „Countering the North's new foreign investment treaty“. *Third World Resurgence*, 64, 1995. S. 10-13.
- Konan, Denise Eby, Summer J. La Croix, James A Roumassett and Jeffery Heinrich (1995): „Intellectual Property Rights in the Asian-Pacific Region: problems, patterns and policy“. *Asian-Pacific Economic Literature*, 9 (2), 1995, S. 13-35.
- Kreinin, Mordechai E. (1995): „The Uruguay Round and the Future of Trade Policy“. *Contemporary Issues in Commercial Policy* (ed) Mordechai E. Kreinin, Pergamon, Oxford, 1995, S. 83-90.
- Lawrence, Robert Z. (1993): „Future for the World Trading System and their Implications for Developing Countries“. *Trade and Growth, New Dilemmas in Trade Policy*, (eds) Manuel R. Agosin & Dianna Tussie, Macmillan, London, 1993. S. 43-68.
- Schultz, Siegfried (1993): „Services Sector in Uruguay Round“. *Intereconomics*, Sept/Oct, 1993.
- Sen, S. R. (1994): „From GATT to WTO“. *Economic and Political Weekly*, 29 (43), October 22, 1994, S. 2802-2803.
- Smeets, Maarten (1995): „Tariff Issues in the Uruguay Round: Features and Remaining Issues“. *Journal of World Trade Law*, 29 (3), 1995.
- Von Urff, Winfried (1995): „The Result of the Uruguay Round Concerning Agriculture and Their Consequences“. *Economics*, 51, 1995.

Walden Bello

Die Beziehungen zwischen Asien und Europa unter dem Aspekt der Finanzkrise Südostasiens

1. Einleitung

Aus der Sicht der Europäischen Union war der vorrangige Grund für die Entwicklung der Asiatisch-Europäischen Zusammenarbeit (ASEM), dergestalt, so zitiert im Strategiepapier der Europäischen Kommission von 1994, daß die EU „bei dem in Asien stattfindenden Wirtschaftswunder nicht draufzahlen würde“.¹

Amerikanisches und besonders japanisches Kapital hatten bereits eine bestimmende Rolle in der Region und flossen weiterhin in großen Mengen. Wenn europäische Investitionen nicht nach Asien gekommen wären und der Handel sich zwischen den beiden Regionen nicht ausgedehnt hätte, würde Europa auf ein weltwirtschaftliches Debakel zusteuern.

Ich frage mich, was zur Zeit in Brüssel bezüglich einer neuen Einschätzung, unter dem Aspekt der in Südostasien stattfindenden Finanzkrise, geschieht. Denn was in den letzten Monaten wie ein Blitz gekommen war, ist, daß Asien oder zumindest ein sehr bedeutender Teil - Südostasien - , vom umjubelten Vorreiter der Weltwirtschaft ins 21. Jahrhundert sich zur Quelle eines globalen Finanzchaos entwickelt hat. Ich möchte hier die unterschiedlichen Dimensionen der finanziellen Krise, die die Region ergriffen hat, untersuchen. Dabei konzentriere ich mich auf Thailand und die Philippinen und komme zum Schluß auf die Auswirkungen, die sich für den ASEM-Prozeß ergeben, zurück.

In den letzten dreieinhalb Monaten wurden die Philippinen und Südostasien von einer Krise geschüttelt aus der es keinen Ausweg zu geben scheint. Der philippinische Peso hat fast 30% seines Dollarwertes verloren, der thailändische Baht ungefähr 47%, der malaysische Ringgit 32% und der indonesische Rupiah 54%.

Regierungen in der ganzen Region sind aufgrund der Krise wie gelähmt. Im Falle Thailands hat die regierende Koalition ihr letztes bißchen Glaubwürdigkeit verloren, und die Bevölkerung blickt erwartungsvoll auf das kuriose Bündnis zwischen dem König und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) - zur Rettung aus diesen erschreckenden Zeiten. In den Philippinen beschränkt sich die Administration von Ramos darauf, den Menschen zu erzählen, sie sollten dankbar für ihr Glück sein, denn die Krise in Thailand, Malaysia und Indonesien sei schlimmer.

2. Krise eines Wirtschaftsmodells

Die Krise, die jetzt Südostasien trifft, ist nicht nur ein flüchtiges Ereignis von dem sich die Region bald wieder erholen wird, sobald Kapital zurück in die Wirtschaft der Tigerstaaten fließt. Denn es ist die Krise eines Entwicklungsmodells, welches von immensen Zufluß ausländischen Kapitals abhängig ist, und von der Illusion geleitet wird, wie es die *Business Times* aus Singapur nennt, daß „Staaten dem normalerweise langen und mühsamen Weg zu einem fortschrittlichen Status überspringen könnten, indem sie einfach ihren Zugang für ausländischen Kapitalzufluß maximal ausweiten“.²

Wenn man das Modell im Detail betrachtet, zeigt sich, daß darin der Schlüssel zur momentanen Krise liegt.

Mehr als im Fall der NICs (*newly industrializing countries*) Nordostasiens, sind diejenigen in Südostasien mit dem Ziel des ökonomischen Wachstums abhängig von ausländischen Kapi-

¹ European Commission: „Communication from the Commission to the Council Entitled ‘Towards a New Asia Strategy’“. Brüssel, 15.7.1994.

² „Times for less Hectic Growth“, *Business Times* (Singapur), 20.8.1997.

talzufluß geworden. Die erste Phase dieses Prozesses ereignete sich zwischen Mitte der 80er und den 90er Jahren, als ein massiver Kapitalzufluß aus Japan eindrang, die Region aus ihrer Rezession heraustrug und ein Jahrzehnt hohen Wachstums auslöste.

Infolge der Plaza-Übereinkunft von 1985, welche den Yen drastisch gegenüber dem Dollar aufwertete und damit die Japaner zwang, Billigproduktionsstätten außerhalb Japans zu suchen, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, flossen zwischen 1986 und 1990 um die 15 Milliarden Dollar japanischer Direktinvestitionen in die Region. Dieser finanzielle Zustrom brachte nicht nur Milliarden mehr japanischer Hilfe und Bankkapital, sondern auch noch zusätzliches Kapital aus den NICs der ersten Generation, nämlich Taiwan, Korea und Hong Kong.

Jedoch flachte in den frühen 90er Jahren die japanische Direktinvestition ab, oder versiegte wie im Falle Thailands ganz.

Zu dieser Zeit allerdings waren die südostasiatischen Länder schon abhängig von ausländischen Investitionen. Die Herausforderung mit der sich die politischen und ökonomischen Eliten Südostasiens konfrontiert sahen, war die Frage wie die große Kluft zu überbrücken sei, zwischen den begrenzten Ersparnissen und Investitionen der ASEAN-Staaten und den enormen Investitionen, die sie für ihre Strategie des Turbokapitalismus („*fast track capitalism*“) benötigten, der aus ihrer Sicht, die gute Kombination von Wohlstand, Entwicklung für alle und politische Stabilität hervorbringen würde.

Aber zum Glück ergab sich für sie in den frühen 90er Jahren eine zweite Quelle ausländischen Kapitals. Dies waren die gewaltigen Summen persönlicher Ersparnisse, Pensionsvermögen, Firmenersparnisse und anderer Vermögen, die in Gemeinsamen Fonds und anderen Investitionsinstitutionen hinterlegt waren, mit dem Ziel ihren Wert durch Plazierung in äußerst gewinnbringende Unternehmen zu maximieren. Diese Fonds waren größtenteils amerikanischer Herkunft. Anfang der 90er Jahre bemerkte ein Bericht der *Asian Development Bank*, daß „die zurückgehenden Gewinne an den Börsen der Industrieländer und der niedrige Realzinsatz, die Investoren zwang, gewinnbringendere Kapitalanlagen woanders zu suchen.“³

Diese Mittel wären jedoch nicht automatisch ohne ein zuträgliches Klima kommen. Um dieses Kapital anzulocken, entwickelten die Finanzmanager in ganz Südostasien ähnliche Verfahren und Strategien, die alle drei gemeinsame Schlüsselemente beinhalten:

1. Liberalisierung des Finanzmarktes, oder die Ausschaltung von Devisenkontrolle und anderen Beschränkungen auf Zu- und Abfluß von Kapital, komplette Öffnung der Börsen für die Teilnahme ausländischer Portfolio-Investoren, die Erlaubnis für ausländische Banken umfassender in den inländischen Bankgeschäften zu agieren, und andere Finanzsektoren, wie die Versicherungsbranche, für ausländische Mitspieler zu öffnen.
2. Aufrechterhaltung hoher inländischer Zinsraten in Bezug zu Zinsraten in den USA und anderen Weltfinanzzentren, um Spekulationskapital anzuziehen, das die Gewinnspanne von 5-6% in New York gegenüber 12-15% in Manila oder Bangkok ausnutzt.
3. Fixierung der Wechselkurse zwischen lokaler Währung und dem Dollar, um das Risiko, welches aus den Wertschwankungen der „weichen Währungen“ in der Region resultiert, für ausländische Investoren auszuschalten oder zu reduzieren,. Diese Garantie war notwendig, wenn Investoren im regionalen Markt ihre Dollars in Pesos, Baht, oder Rupiah eintauschen, an der Börse partizipieren oder ertragsreiche Regierungsoptionen kaufen, und ihr Kapital und ihre Profite zurück in Dollars transformieren und zu neuen Märkten umziehen sollten.

Natürlich war die Mischung von Liberalisierung des Finanzmarktes, Zinssatzpolitik und Wechselkurspolitik in den verschiedenen Ländern unterschiedlich, und auch die verschiedene Beurteilung anderer Faktoren wie Inflation und Rezession zeigten große Nuancen, aber auch bei der Anwendung dieser politischen Werkzeuge ging man in die gleiche allgemeine Richtung.

³ Min Tang und James Villafuerte: „Capital Flows to Asian and Pacific Developing Countries: Recent Trends and Future Prospects“, Manila: Asian Development Bank, 1995, S.10.

Diese Politik war in der Erreichung ihres Ziels, nämlich ausländische Investitionen und Finanzkapital anzuziehen, ziemlich erfolgreich. Vor allem die Amerikaner waren in diesem Spiel in Form von Gemeinsamen US-Fonds äußerst aktiv, mit denen sie die Region in den letzten paar Jahren mit Nettokapital in der Höhe von vier bis fünf Milliarden Dollar jährlich versorgten.⁴

3. Siamesische Zwillinge

Was Thailand betrifft, so belief sich die Netto-Portfolio-Investitionen oder der Spekulationskapitalzufluß auf ungefähr 24 Milliarden Dollar, weitere 50 Milliarden Dollar kamen in Form von Anleihen über die *Bangkok International Banking Facility* (BIBF), welche ausländischen und lokalen Banken erlaubte, Dollaranleihen zu viel niedrigeren Zinssätzen als denen der Bahtanleihen zu tätigen. Durch die große Spanne - um 600 bis 700 Basispunkte - zwischen US Zinssätzen und Zinssätzen der Bahtanleihen, konnten inländische Banken im Ausland Kredite aufnehmen, und durch die Vergabe von Krediten an einheimische Kunden, zu niedrigeren Sätzen als bei Bahtanleihen, trotzdem einen sauberen Profit erzielen.

Thailändische Banken und Finanzunternehmen hatten keine Probleme im Ausland Kredite aufzunehmen. Mit der zusätzlichen Sicherheit, eine Wirtschaft vorweisen zu können, die eine durchschnittliche Wachstumsrate von zehn Prozent per annum erreicht- die schnellste in der Welt in der Zeit von 1985 bis 1995 -, wurde Bangkok ein Markt für Gläubiger. Ein Artikel in einem Wirtschaftsmagazin, der 1995 erschien, drückte es folgendermaßen aus: „Durch die positiven Zukunftsaussichten des Landes, ist der Wettbewerb darum, thailändischen Banken und Finanzfirmen Kredite zur Verfügung zu stellen, intensiv gewesen (...). Als Ergebnis der harten Konkurrenz sind die Preise für Kredite in einigen Fällen nicht gänzlich in der finanziellen Solidität der Kreditnehmer begründet. Viele Banken in Asien sind sehr darauf bedacht, gute Beziehungen zu ihren thailändischen Partnern zu entwickeln, und sind bereit, Anleihen zu vergeben, um Beziehungen aufzubauen, als um Gewinne zu erzielen.“⁵

Der rasante Kapitalzufluß aus dem Ausland alarmierte weder die Weltbank noch den IWF, obwohl die Schulden mit kurzer Laufzeit sich 1995 auf 41 Milliarden Dollar der 83 Milliarden Dollar Auslandsschulden Thailands beliefen. Die Weltbank und der Fonds waren in der Tat durch das Zusammentreffen des raketentartigen Aufstiegs der Auslandsschulden und des wachsenden Zahlungsbilanzdefizits, des sich auf sechs bis acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Mitte der 90er Jahre belief, nicht sehr beunruhigt. Noch 1994 war die offizielle Stellungnahme der Weltbank zu Thailand folgende:

Thailand stellt ein herausragendes Beispiel dar, wo Dividenden durch Außenorientierung, Aufnahmefähigkeit von ausländischen Investitionen und einer marktfreundlichen Philosophie, gestützt durch konservatives makroökonomisches Management und vorsichtige Verschuldungspolitik, erzielt werden können.⁶

Noch 1996 äußerte der IWF einige Bedenken bezüglich der riesigen Kapitalströme, gleichzeitig aber pries er noch immer die thailändischen Behörden für ihre „konsequent guten Ergebnisse der intakten makroökonomischen Managementpolitik“.⁷

Obwohl der IWF „einen größeren Grad von Wechselkursflexibilität empfahl“,⁸ gab es gewiß keinen Ratschlag, den Wechselkurs für den Baht frei zu geben.

⁴ „Southeast Asian Nations Face More Market Weakness, Top Banker Says.“, *Business World*, 8.9.1997.

⁵ „This Market Triumph“, *Asiamoney*, Mai 1995, S.16.

⁶ *World Bank Development Report*, 1994. Zitiert in Jayat Ghosh, Abhijit Sen und C.P. Chendrasekar: „Southeast Asian Economics: Miracle or Meltdown?“, *Economic and Political Weekly*, 12.-19.10.1996, S.2779.

⁷ Zitiert in Robert Chote: „Thai Crisis Highlights Lessons of Mexico.“ Survey, *Financial Times*, 19.9.1997, S.16.

⁸ Ghosh et al., S.2779.

Die Nachlässigkeit der Bretton Woods Institutionen, als Thailand zur Sprache kam - in der Tat ihr Versäumnis die Warnsignale richtig einzuschätzen - wird von einigen Analytikern auf die Tatsache zurückgeführt, daß nicht die Regierung es auf sich geladen und finanziert hat, sondern der private Sektor. Die hohen Zahlungsbilanzdefizite der frühen 90er Jahre fielen mit den Überschuß des Regierungshaushalts zusammen. Wie eine Gruppe scharfsinniger indischer Analytiker bemerkte:

„Ein Grund für diese Ruhe war die Auffassung, daß ein Außenhandelsdefizit akzeptabel ist, da es kein Defizit im Regierungshaushalt aufzeigt, sondern 'lediglich' einen Überschuß privater Investitionen über inländische private Ersparnisse hinaus.“ In dieser Hinsicht wurden Länder mit beträchtlichen Budgetdefiziten, wie Indien 1991, als verschwenderisch betrachtet, auch wenn ihr Zahlungsbilanzdefizit niedriger als der Thailands war. Dessen Defizit, da es nicht durch die Regierung und nicht durch öffentliche Ausgaben finanziert war, wurde einfach als „geeignetes Klima für ausländische Privatinvestitionen, und nicht als staatliche oder private Verschwendung,“ angesehen.⁹

Wenn wir uns den Philippinen zuwenden, kann man sagen, daß die Technokraten Manilas in den frühen 90er Jahren äußerst hungrig auf ausländisches Kapital waren, da das Land aufgrund politischer Stabilität von den massiven Zufluß japanischer Investitionen in der südostasiatischen Region Ende der 80er Jahre ausgeklammert worden war. Ebenfalls gierig danach, auch in den vordersten Reihen der asiatischen Tiger mitzumischen, betrachteten die philippinischen Technokraten Bangkok als ein nachahmenswertes Beispiel und innerhalb der nächsten paar Jahre, wurden die Philippinen, was die makroökonomische Strategie betrifft, dessen Siamesischer Zwilling. Durch Manila kopiert, lockte von 1993 bis 1997 die Formel der Finanzliberalisierung, der hohen Zinssätze und eines künstlich festgesetzten Wechselkurses, Netto-Portfolio-Investitionen mit einem Wert um die 19,4 Milliarden Dollar ins Land. Und die Dollaranleihen mit Hilfe der *Foreign Currency Deposit Units* (FCDU's) - Manilas Gegenstück zur *Bangkok International Banking Facility* - stiegen Ende 1993 von zwei Milliarden Dollar auf 11,6 Milliarden Dollar im März 1997. Wie es eine Investitionsgesellschaft in Worte faßte, als der Peso, seit September 1995 im Verhältnis zum Dollar bei 26,2 bis 26,3 eingefroren wurde, „man kann nicht behaupten, daß sie in Manila Dummköpfe seien. Ihnen wurden US Dollars zu 600 Basispunkten billiger als der protektionierte Pesokurs der BSP (Zentralbank) geboten. So griffen sie natürlich zu.“¹⁰

Wären die ausländischen Kapitalzuflüsse in die wirklich produktiven Wirtschaftssektoren wie Verarbeitende Industrie und Landwirtschaft eingegangen, dann wäre die Geschichte wohl anders verlaufen. Aber statt dessen wurde hauptsächlich im spekulativen Finanz- und Grundstückssektor an der Börse und in Immobilien investiert, die als die attraktivsten Gebiete, was eine hohe Gewinnausschüttung innerhalb kürzester Zeit angeht, galten. („*asset inflation*“ - Hier zeigten sich dann inflationäre Entwicklungen, wachsende Geldmenge bei gleichbleibendem real existierendem Gegenwert, die zur Abwertung der Währungen zwangen. *Anmerk. d. Übersetz.*)

In der Tat führte der vorhersehbare Boom in Immobilien zum Abzug des Kapitals aus den Verarbeitenden Industrien in Thailand und den Philippinen, da die Unternehmer ihre Profite, anstatt in die Verbesserung ihrer Technologie oder in die Weiterqualifizierung ihrer Arbeitskräfte zu investieren, sie große Teile davon bei Immobilien- oder Börsenspekulationen verspielten.

Der Zufluß ausländischer Portfolio-Investitionen und Anleihen in Immobilien führte zu einem hektischen Treiben, welches eine Situation massivem Überangebots von Wohn- und Gewerbeobjekten von Bangkok bis Jakarta zur Folge hatte. Ende 1996 blieben in Bangkok neue Wohn- und Geschäftsimmobilien in einem geschätzten Wert von 20 Milliarden Dollar unverkauft, und immer noch übersähen Baukräne die Landschaft, da Stadtplaner sich in die Fertigstellung neuer Hochhäuser stürzen. In Manila steht nicht länger die Frage zur Debatte ob

⁹ ibid.

¹⁰ HG Asia, „The Bad News In The Philippines Has not All Been Told,“ *Asia Communique*, September 1997, Internet Version.

es ein Überangebot in der Immobilienbranche gibt. Die Frage ist mehr, wie groß es schließlich sein wird; wenn ein Investitionsanalytiker davon spricht, daß im Jahr 2000 das Angebot von Wohnhochhäusern die Nachfrage um 211 Prozent übersteigt und das Angebot von Gewerbeobjekten um 142 Prozent über dem Bedarf liegt.¹¹ Tatsächlich bemühen sich nun die Immobilienplaner ihre Verluste in der Immobilienschwemme auszugleichen oder zu reduzieren, indem sie nun Milliarden von Dollars in Ferienanlagen und Golfplätzen investieren!¹²

Für die Handelsbanken in Thailand, den Philippinen, Malaysia und Indonesien, bedeutete all dies schlechte Nachrichten, da sie sich, was Immobilienkredite betrifft, in exponierter Stellung befinden. Prozentual gesehen beläuft sich die Gesamtbeteiligung der Handelsbanken bei Immobilien- oder ähnlichen Krediten im Falle der Philippinen und Thailand auf 15 bis 20 Prozent und 20 bis 25 Prozent in Malaysia und Indonesien. In Thailand, wo die Bankenbeteiligung an Immobilien von offiziellen Statistiken unterschätzt wird, nimmt man an, daß sie bis zu 40 Prozent der gesamten Bankkredite ausmacht.¹³ Außerdem wird vermutet, daß die Hälfte all der Kredite an Landentwickler nicht gewinnbringend sind („*non-performing*“), und dies mit einem geschätzten Gesamtwert von 3,1 bis 3,8 Milliarden Dollar.¹⁴

4. Massenansturm und Spekulationen

Das massive Überangebot im Immobiliensektor und die Erkenntnis, daß viele der Finanzunternehmen des Landes, welche große Anleihen aufgenommen, Obligationen in Umlauf gebracht oder Wertpapiere („*equities*“) an ausländische Portfolio-Investoren und Banken verkauft hatten, brachte Anfang 1997 die ausländischen Investoren dazu, ihre Situation im Land nochmals zu überdenken. Sie gerieten in Panik und zogen sich aus dem Geschäft zurück, als sie feststellten, daß die Immobilienschwemme mit der sich verschlechternden Lage der makroökonomischen Grundlagen des Landes zusammenhing, wie das Zahlungsbilanzdefizit, das sich auf 8,2% des Bruttoinlandsprodukts (GDP) belief (ein ähnlicher Wert wie in der mexikanischen Krise im Dezember 1993); einer Exportwachstumsrate von Null im Jahr 1996; und stark wachsende Auslandsschulden von 89 Milliarden Dollar, wovon die Hälfte in nur wenigen Monaten fällig waren.

Dieser Rückzug aus Thailand bedeutete einen Abstoß von Billionen von Baht für Dollars, und durch die Jagd zu vieler Baht auf zu wenig Dollars war das Ergebnis natürlich ein gewaltiger Druck auf den Wert des Baht. Dies zog Spekulanten an, die auf Profit durch gutgetimter Einkäufe und Abstoßung von Baht und Dollars aus waren. Die Bank von Thailand versuchte den Baht zu einem Wert von ungefähr 25 Baht pro Dollar zu verteidigen, aber der Ansturm ausländischer Investoren, den sich die Spekulanten zunutze machten war einfach zu stark. Resultat war, daß die Zentralbank neun Milliarden Dollar ihrer 39 Milliarden Dollar Reserven verlor, bevor sie am 2. Juli das Handtuch warf und den Baht freigab „seinen eigenen Wert zu suchen“.

Das gleiche Drama spielte sich in Manila, Jakarta und Kuala Lumpur ab, wo die gleiche makroökonomische Strategie die gleichen Fehler und Schwächen produziert hatte. Diese Schwachstellen einer makroökonomischen Entwicklungsstrategie, aufbauend auf dem Heranholen riesiger Kapitalzuflüsse, schuf die regionale Finanzkrise. Spekulanten nützten ganz einfach eine Entwicklungskrise aus, die in der Hauptsache selbstverursacht war. Es gab nicht die von George Soros angeführte große jüdische Verschwörung.

¹¹ All Asia, zitiert in Sheila Oviedo and H.F.: „Will Real Estate Go Bust ?“, *International Herald Tribune*, 16.5.1997.

¹² *ibid.*

¹³ „Of Currency Crisis and Financial Stability in Southeast Asia,“ Internal memo of Investment firm requesting anonymity, 18.9.1997.

¹⁴ „Funds Rushed to Help Developers“, *The Nation*, 14.5.1997, S.B1.

5. Aspekte über die es sich nachzudenken lohnt

Lassen Sie mich wieder dem ASEM-Prozess und Asien zuwenden. Dabei möchte ich betonen, daß es für europäische Regierungen und europäische NRO klug wäre, über einige Folgen des Finanzerdbebens der letzten Monate in der südostasiatischen Region nachzudenken, da diese einen Einfluß auf die Euro-Asiatischen Beziehungen in der nahen Zukunft haben werden.

5.1 Strategischer Rückzug

Ein erster Punkt ist, daß es trotz der Erklärungen einiger südostasiatischer Regierungen, es sei nur eine kurzzeitige Krise, - eine Phase im normalen Ebbe- und Flut-Wechsels des globalen Kapitals - einen strategischen Rückzug von Finanzkapital aus der südostasiatischen Region gibt. Die neuen Lieblinge der Fondsmanager sind die lateinamerikanischen Märkte, die um fast 40% im Durchschnitt angestiegen sind, als die asiatischen Märkte fielen. Wie die *Financial Times* daraufhin wies, betrachten die Fondsmanager die Entwicklung der brasilianischen Wertpapiere („*equities*“), die seit Ende des Jahres um 70% stiegen, als sehr positiv. Ebenso die russischen, die sich seit Anfang des Jahres mehr als verdoppelt haben, und die chinesischen „*Red Chips*“, die sich um 90% erhöht haben.¹⁵

Kapitalbewegungen werden, im Gegensatz zur doktrinären Ansicht des Freien Marktes, von einer Mischung aus Rationalität und Irrationalität diktiert. Wie kürzlich während des jährlichen Weltbank-IWF-Treffens in Hong Kong der Stellvertretende Direktor des IWF zugab, „Märkte sind nicht immer im Recht. Manchmal sind die Zuflüsse übermäßig, und manchmal werden sie zu lange angehalten. Märkte tendieren dazu, spät zu reagieren; aber dann reagieren sie oft zu schnell, manchmal übertrieben schnell.“¹⁶ Aber eins ist gewiß, ausländisches Kapital ist nicht so irrational in naher Zukunft nach Südostasien zurückzukehren.

Wahrscheinlicher ist das Szenario einer andauernden Krise, wie es der Vorsitzende einer der wichtigsten „*Global Players*“ in der asiatischen Investitionsszene, *Salomon Brothers Asia Pacific* entwarf. Die Gemeinsamen US-Fonds, sagte er, die die Region mit neuem Nettokapital in Höhe von vier bis fünf Milliarden Dollar pro Jahr versorgt hatten, zögen sich jetzt infolge der düsteren Investitionsaussichten zurück. Die Instabilität der Währung wird sieben bis zwölf Monate andauern, wenn die vorherigen Erfahrungen aus Mexiko, Finnland und Schweden als Anhaltspunkte genommen werden. In dieser Zeit gäbe es wenig inländische Nachfrage und „ernste Verringerungen des BIP in einigen der Länder.“¹⁷

5.2 Werden auch ausländische Direktinvestoren (FDI) ausbleiben?

Eine zweite Frage, die in Erwägung gezogen werden muß ist: Werden ausländische Direktinvestoren dem Ruf der Banken und Portfolio-Investoren folgen und ihr Kapital aus der Region abziehen?

Aufgrund des langsamen Wachstums der regionalen Exporte und der Ausweitung der deflationären Tendenzen, ist es wahrscheinlich, daß neue Fremdinvestoren davor zurückschrecken, beträchtliches Engagement zu zeigen. Ford und GM, zum einen, bereuen jetzt sicherlich ihre Entscheidung von 1996, große Automobilmontageanlagen in Thailand aufzustellen, um Fahrzeuge auf den damals scheinbar ins Unendliche wachsenden südostasiatischen Markt zu 'buttern'.

Es ist jedoch noch nicht klar, wie die japanischen Direktinvestoren reagieren werden. Einige Analytiker meinen, daß neue Investitionszuflüsse aus Japan eher nicht reduziert werden, da

¹⁵ A Ride on the Rollercoaster“, *Financial Times*, 12.7.1997.

¹⁶ Stanley Fischer: „Capital Account Liberalization and the Role of the IMF.“ Paper presented at the „Asia and the IMF Seminar“, Hong Kong, 19.9.1997, S.4.

¹⁷ „Southeast Asian Nations Face More Market Weakness, Top Banker Says“, *Business World*, 8.9.1997.

die Japaner weiterhin ihren Strategieplan aus Südostasien eine integrierte Produktionsbasis zu schaffen, verfolgen.

Es wird darauf hingewiesen, daß sich allein in Thailand mehr als 1100 japanische Unternehmen niedergelassen haben und höchstens eine massive wirtschaftliche Abwärtsbewegung könnte dieses geschaffene Monument einreißen. Ein japanischer Geschäftsführer drückte es so aus: „Japanische Investitionen sind eine langfristig angelegte Strategie, in der Investitionen sich auf einer Jahr-zu-Jahr-Basis steigern. Ich denke nicht, daß eine 10 bis 20 prozentige Abwertung, japanische Investoren zu einer Veränderung ihrer Investitionsstrategie in Thailand zwingen wird.“¹⁸

Jedoch gibt es einen neuen kritischen Moment in der Situation, welcher die Lage anders aussehen läßt als in den frühen 90er Jahren. Zunächst einmal haben die japanischen Anlagestrategien in den letzten Jahren sich auf Südostasien nicht nur als Exportplattform für Drittländermärkte gerichtet, sondern zunehmend auch als blühende Mittelklassenmärkte, die selbst genutzt werden - und es wird angenommen, daß diese Märkte ernsthaft enger werden.

Zweitens wird es schwierig werden, aufgrund der Rezession in Japan, die Produktion der südostasiatischen Märkte dorthin umzuleiten. Anstatt auf dem Weg der Erholung zu sein, wie es früher in diesem Jahr angenommen wurde, ist die Rezession - mit erstaunlichen elf Prozent Rückgang des BIP (auf das Jahr bezogen), verzeichnet im 2. Quartal - tiefer geworden!

Schließlich wird es sehr schwer werden die Produktion wieder auf die USA zu lenken, es sei denn die Japaner wollten den Zorn Washingtons heraufbeschwören, das bereits Japan davor gewarnt hat, „sich den Ausweg aus seiner Rezession zu exportieren“. Außerdem ist sie sehr empfänglich für die Forderungen amerikanischer Unternehmer, da die Handelsüberschüsse der südostasiatischen Wirtschaften in Bezug auf die USA in Wirklichkeit meistens Handelsüberschüsse der japanischen Firmen sind, die in die Region umgesiedelt sind, diese sind den offiziellen Handelsüberschüssen Japans mit den USA zuzurechnen.

Das Ergebnis von all dem ist, daß Japan beträchtliche Überkapazitäten in ihren südostasiatischen Herstellungsindustrien aufgebürdet werden könnten. Dies könnte einen signifikanten Rückgang neuer Kapitalverpflichtungen auslösen.

In der Tat, vor ein paar Tagen äußerte Toyota, daß es keine Neuinvestitionen in Thailand vornehmen würde. Entwicklungen wie diese würden die regionale Rezession nur vertiefen und verlängern.

5.3 Liberalisierung - Fortschritte machen oder den Rückzug antreten?

Eine dritte wichtige Betrachtung bezieht sich auf die Frage, ob die Krise in einem Fortschritt oder in einem Rückzug der Wirtschaftsliberalisierung resultieren wird. Während viele asiatische Wirtschaftsmanager sich auf die Position festlegten, daß die schwache Kontrolle über den internationalen Kapitalstrom eine der Hauptursachen der Währungskrise war, nehmen amerikanische offizielle Stellen und Volkswirte genau die entgegengesetzte Position ein: eine unvollständige Liberalisierung war die Kernursache der Krise.¹⁹

Das Festlegen des Wechselkurses wurde von nordamerikanischen Analytikern, als die Hauptursache identifiziert.²⁰ Bequemerweise wurde dabei vergessen, daß viele Portfolio-Investoren hervorgehoben haben, daß die festen Wechselkurse der örtlichen Anlegerszene die Stabilität gebracht haben. Nicht einmal der IWF setzte sich für eine wirkliche Freigabe

¹⁸ K.I. Woo: „Doyen of Yamaichi Securities Stays Bullish on Thailand“, *The Nation*, 18.7.1997.

¹⁹ Alan Friedman: „Globalization Theory Vaults into Reality“, *International Herald Tribune*, 26.9.1997.

²⁰ As one investment analyst saw it, the combination of completely open borders to financial flows and an informally fixed exchange rate was a deadly combination. „Throughout the period, Thailand's borders have...remained open to international capital flows and this introduces an obvious question to a Thai borrower - if he can borrow US dollars much more cheaply than baht and if the BOT (Bank of Thailand) protected him against currency risk, why should he borrow in baht?“ HG Asia, *Communique: Thailand* (Hong Kong: HG Asia, 1996). Internet Version.

der Dritte-Welt-Währungen ein, aufgrund der Befürchtung, sie könnte inflationären Druck und anderen Formen ökonomischer Instabilität bewirken.

Aber die Tagesordnung der Vereinigten Staaten umfaßt weit mehr, als die Befürwortung einer frei konvertierbaren Währung, und dies bezieht die beschleunigte Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung des Güter- und Dienstleistungshandels ein. Viele amerikanische Kapitalgesellschaften sehen diese Region - was die ökonomische Orientierung betrifft - als einen in der Welt am meisten protektionierten und regierungsgesteuerten Region.

Früher ermöglichte die ökonomische Stärke den südostasiatischen Ländern, sich den Forderungen Washingtons nach schnellerer Handelsliberalisierung erfolgreich zu widersetzen. Tatsächlich war es ihnen möglich, Washingtons Kampagne die *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) in eine freie Handelszone zu transformieren, zum Entgleisen zu bringen.²¹ Aber mit der veränderten Situation könnte dies nicht mehr länger möglich sein, und Washington könnte über den IWF die Liberalisierung oder strukturelle Anpassungen an die Wirtschaft vollenden, wo der Prozeß in den späten 80ern infolge des Füllhorns der japanischen Investitionen abgebrochen wurde (mit der bedeutenden Ausnahme der Finanzliberalisierung). Tatsächlich, ohne einen Ansporn von Washington, haben, in ihrem verzweifelten Wunsch ausländisches Kapital im Land zu halten, die thailändischen Behörden alle Begrenzungen für ausländischen Besitz thailändischer Geldfirmen aufgehoben, eine sogar noch liberalere Gesetzgebung für Fremdinvestitionen vorangetrieben, um Ausländern die Möglichkeit zu geben Grund und Boden zu besitzen. Jakarta hat die 49%-Grenze für ausländische Anleger, IPO-Anteile in öffentlich registrierten Firmen zu kaufen, abgeschafft.²²

Unter der Vormundschaft des IWF sind die Philippinen bereits das am meisten strukturell angepaßte Land in Ostasien, und Thailand befindet sich jetzt in einem Prozeß der radikalen Liberalisierung durch den IWF. Wie viele von uns es schon früher vorausgesagt hatten, hat sich Indonesien auch in die IWF-Schlange eingereiht, und obwohl Mahathir geschworen hat, niemals zum IWF zu gehen, fragen sich viele, wie lange er diese Einstellung noch halten kann. Was diese besagt ist, daß mit der Verallgemeinerung von IWF-geleiteten Strukturanpassungen, Südostasien auf der Schwelle einer Ära mit minimalen oder niedrigen schwankenden Wachstum stehen könne. Ähnlich wie Lateinamerika und die Philippinen in der Zeit von 1980 bis 1993, als sie sich dem ziemlich umfassenden und durchgreifenden Anpassungsprogramm der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds unterziehen mußten.

5.4 Krise und neue Chancen

Am wichtigsten ist vielleicht eine Schlußbetrachtung, besonders für diejenigen unter Ihnen in europäischen NRO, die zunehmend ein gemeinsames Programm und eine Vision mit vielen von uns in Südostasien teilen. Dies heißt, daß die laufende Krise eigentlich in neue Möglichkeiten für eine fortschrittliche Bewegung wandeln könnte. Sie schafft Raum für Menschen, um noch einmal alternative Entwicklungswege in Betracht zu ziehen, Strategien, deren Betrachtungen blockiert waren, aufgrund des Festhaltens populärer Vorstellungen - Illusionen von dauerhaft hohen Wachstumsraten, die zur schrittweisen Verbesserung von Armut und Ungleichheit führen, gefördert durch ein Modell des 'Auslandsinvestitions-geförderten Turbowachstumsmodells' im Rahmen einer beschleunigten Integration der lokalen Wirtschaft in die Weltwirtschaft.

Kontrolle der Kapitalströme sind der erste Schritt in jeder Strategie, ein Verteidigungsschritt, der eine Voraussetzung für den Erfolg einer alternativen Entwicklungsstrategie ist.

Denn wie die *Business Times* aus Singapur, eine Zeitung, die nicht gerade wegen ihrer Radikalität bekannt ist, bemerkte: „Kurzfristige Kapitalzuflüsse haben einen höchst fraglichen

²¹ Siehe Walden Bello and Joy Chavez-Malaluan, eds., *APEC: Four Adjectives in Search of a Noun* (Manila: Manila's People's Forum on APEC, 1996).

²² Derwin Pereira: „Jakarta's Rescue Deal 'a Bold Step'“, *Straits Times*, 5.9.1997.

Nutzen, wenn das einzige was sie tun, die Finanzierung der Spekulationen im Finanz- und Immobiliensektor ist, und eine Nation ist zweifellos besser dran ohne sie.“²³

Der sogenannte „*Tobin Tax*“ (genannt nach seinem Befürworter, dem US-Volkswirt James Tobin), eine Transaktionssteuer, die auf alle grenzüberschreitenden Kapitalströme auferlegt wird, die nicht deutlich als Direktinvestitionen gekennzeichnet sind, würde dazu dienen die hektischen und zunehmend irrationalen Bewegungen von Finanzkapital zu verlangsamen. Ein Verlangsamen der Bewegungen von Spekulationskapital ergänzt durch eine Maßnahme, die die Chilenen angewendet haben, und befürwortet von der Professorin Solita Monsod der *University of the Philippines*: Man muß von den Portfolio-Investoren verlangen, daß sie eine zinsfreie Anzahlung in Höhe von 30% ihrer Investition tätigen, so daß sie nicht die Möglichkeit haben, sich nach ein oder mehreren Jahren zurückzuziehen. Das wird sie dazu bringen, zweimal nachzudenken bevor sie sich allein bei der Vermutung eines anderenorts höheren Gewinns, herausziehen.

Das Ziel ist nicht ausländische Direktinvestitionen zu entmutigen. Solche Maßnahmen würden jedoch keinen Anreiz für Spekulationskapital liefern, welches willkürlich hinein und hinaus drängt, mit all den destabilisierenden Konsequenzen dieser Bewegungen. Aber damit würden keine Direktanleger, die mehr strategische Verpflichtungen mit ihrem Kapital eingehen, bestraft werden. Oder wie es William Greider ausdrückt, Mechanismen wie diese „würden keine Globalmärkte zerstören, aber den unproduktiven täglichen Umsatz in Währungen und anderen Werten (assets) ziemlich reduzieren, und somit wachsende Stabilität in Geldwerten erzielen.“²⁴

Ausländische Direktinvestitionen bringen natürlich eigene Probleme mit sich, und sollten von einem Anreizsystem geregelt werden, die unter anderem auf dem strategischen Ziel des Technologieerwerbs basieren. Genau wie bei Portfolio-Investitionen, würde es sich auszahlen einen kritischen Blick beizubehalten, denn wie die oben zitierte *Business Times* warnte:

Langfristige Ströme können von größerem Nutzen sein, aber es ist fraglich ob all das Geld welches in die sogenannten FDI von Herstellungs- und Dienstleistungsindustrien fließt, tatsächlich so langfristig wie vorgegeben angelegt ist.

Der Zeitpunkt, an dem ein Land als weniger wettbewerbsfähig als ein emporkommender Nachbar wahrgenommen wird, kann zeigen, daß die FDI sich als höchst frei und ungebunden wie es einige ASEAN-Staaten bereits herausgefunden haben, erweisen. Und die Vorteile, die ihnen durch Technologietransfer und Produktivitätssteigerungen verliehen wurden, können übertrieben gewesen sein.²⁵

Solche Maßnahmen wären jedoch nur der Anfang. Die Verabschiedung und Durchsetzung fortschrittlicher Steuergesetze ist eine mittelfristige Maßnahme, die ernsthaft angegangen werden muß, wie auch in dem gleichen Artikel betont wird:

Die Lektion, die dabei zunehmend deutlicher wird, ist, daß besonders die Entwicklungsländer, die eine schnelle Entwicklung anstreben, der inländischen Ressourcenmobilisierung den Vorrang geben müssen. Das bedeutet effiziente (und ehrliche) Steuereinnahmesysteme zu entwickeln und ebenso langfristige Ersparnisse (durch geschickte Fonds und dergleichen) zu fördern um einen nationalen Anleihemarkt („*bond market*“) zu unterstützen.²⁶

Auf der anderen Seite müssen diese Vorkehrungen Teil eines größeren Programms der Wert- („asset“) und Einkommensreform, unter Einbezug einer effektiven Landreform, sein. Diese ist Teil einer Strategie, die den Binnenmarkt erweitert um als Hauptantrieb für Wachstum zu dienen - etwas absolut notwendiges, nachdem es sich gezeigt hat, daß das Hinterherjagen der Exportmärkte eine Strategie ohne Ausweg ist, außer drakonischen Anstren-

²³ „Time for Less Hectic Growth“, *Business Times*, 20.8.1997.

²⁴ Greider, S.257

²⁵ siehe „Time for Less Hectic Growth“.

²⁶ Ibid.

gungen die Löhne und den Lebensstandard - in einem Rennen auf den Abgrund zu -, billiger zu machen, und dabei nur den Interessen der internationalen Investoren zu dienen.

Darin liegt natürlich auch der unvollendete Tagesordnungspunkt der Sozialen Gerechtigkeit der fortschrittlichen Bewegung, aber es ist einer, der von der hinzuaddierten Logik der Wirtschaftsrationalität angetrieben wird. Das Erreichen wirtschaftlicher Nachhaltigkeit, basierend auf lebensfähige und dynamische Binnenmärkte, kann nicht länger von Handlungsweisen getrennt werden, die die Gerechtigkeit fördern. Die Post-Keynesianische Illusion, des ökonomischen Wachstums, basierend auf der Formel der Öffnung von Exportmärkten und die Arbeitskraft an den Bettelstab zu bringen, muß ein für allemal verbannt werden, und jetzt ist die Zeit es zu tun.

Es gibt noch viele andere Elemente in einer Entwicklungsstrategie. Hier ist nicht der Platz für eine detaillierte Auflistung und um eine Analyse zu machen. Aber man kann aus dieser kurzen Diskussion nicht das Prinzip der Ökologischen Nachhaltigkeit ausklammern. Das jetzt diskreditierte Modell des 'Auslandskapital-geförderten Turbowachstums' hinterläßt wenig Positives und viel Negatives. Jeder Besucher, der im Moment nach Bangkok kommt, kann bezeugen, daß zwölf Jahre 'Turbokapitalismus' wenig Spuren hinterlassen hat, außer Industrienanlagen, die in ein paar Jahren veraltet sind, Hunderte von unbewohnten Hochhäusern, ein schreckliches Verkehrsproblem, das nur ein wenig durch den Besitz Tausender Autos neusten Typs von bankrotten Besitzern, abgemildert wird, einen rasanten Abbau des Naturkapitals des Landes, und eine Umwelt, die unersetzbar, wenn nicht komplett beeinträchtigt wurde, zum Schaden der zukünftigen Generationen. Ökologische Nachhaltigkeit, genau wie Gerechtigkeit, müssen zentrale Anliegen in jeder alternativen Entwicklungsstrategie sein, die aus den Ruinen der Alten steigt.

Vorstellung der Referentinnen und Referenten

Jomo K. S., Präsident der malaysischen sozialwissenschaftlichen Vereinigung, Professor an der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften, Universität von Malaysia, Kuala Lumpur

Walden Bello, Professor für Soziologie und Öffentliche Verwaltung an der University of the Philippines und Co-Direktor von Focus of the Global South, einem Programm für Politikforschung, Analyse und Aktion, Bangkok

Mee-Hae Kong, Professorin, Soziologin, arbeitet an der Pusan Women's University, Südkorea. Methodologie der Frauenforschung, Auswirkungen des sozialen Wandels auf die gesellschaftliche Stellung der Frau in Korea und den Entwicklungsländern, Problem der Gewalt gegen Frauen. Sie ist in der koreanischen Frauenbewegung aktiv.

Ulrike Hiller, Dipl.-Pädagogin, seit 1994 kommunale Frauenbeauftragte in der Gemeinde Ottersberg bei Bremen. Mitautorin des Buches „Herrenhaus Europa“ (1992) von Susanne Schunter-Kleemann.

Thomas Heberer, Professor, Ethnologe und Politikwissenschaftler, Leiter des Forschungsschwerpunktes Ostasien beim Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Trier. Zahlreiche Veröffentlichungen zu China.

Roshan Dhunjibhoy, Journalistin aus Pakistan, Baufragte des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore, Pakistan

Wolfgang Jung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Mitautor der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“.

Eva Schwinghammer, Promovierte Südostasien- und Wirtschaftswissenschaftlerin, arbeitet an der Universität Passau, Abteilung für Südostasienkunde

Titi Soentoro, Bogor, Indonesien, Koordinatorin des indonesischen „Bioforums“, eines Zusammenschlusses von 60 indonesischen NRO, der die Beobachtung der Verwirklichung der „Convention on Biodiversity“ in Indonesien zum Ziel hat und sich überdies mit Fragen der Artenvielfalt und der Beteiligung von örtlichen Gemeinden und Gemeinschaften der indigenen Bevölkerung in die diesbezüglichen Entscheidungsprozesse befasst.